

44. Sitzung

Mittwoch, den 06. März 2013

Mainz, Deutschhaus

**Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2012/2013
 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2068 –

Erste Beratung 2651

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung des Innenausschusses, des Ausschusses für Integration, Familie, Kinder und Jugend, des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und des Wirtschaftsausschusses gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags überwiesen. 2693

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühn, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; Staatssekretärin Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Michael Billen, Elisabeth Bröskamp, Dr. Peter Enders, Thomas Günther, Simone Huth-Haage, Arnold Schmitt, Herbert Schneiders; die Staatssekretäre Heike Raab und Walter Schumacher.

Rednerverzeichnis:

Abg. Dr. Weiland, CDU:.....	2676, 2687, 2690
Abg. Frau Klöckner, CDU:	2654, 2687, 2688, 2691
Abg. Hering, SPD:	2661, 2665, 2666
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2668, 2670, 2688
Abg. Ramsauer, SPD:	2679
Abg. Schreiner, CDU:	2683
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2681
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	2689
Dr. Kühn, Minister der Finanzen:	2651, 2685, 2691
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	2672
Präsident Mertes:.....	2651, 2654, 2661, 2665, 2666
Vizepräsident Dr. Braun:	2688, 2689, 2690, 2691, 2693
Vizepräsident Schnabel:	2679, 2681, 2683, 2685, 2686, 2687
Vizepräsidentin Frau Klamm:	2667, 2670, 2672, 2676

44. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 06. März 2013

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle herzlich zur 44. Plenarsitzung des Landtags begrüßen. Ich begrüße auch unsere Gäste.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich die Kollegin Dr. Tanja Machalet und Herrn Kollegen Martin Brandl.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Michael Billen, Elisabeth Bröskamp, Dr. Peter Enders, Thomas Günther, Simone Huth-Haage, Arnold Schmitt und Herbert Schneiders sowie die Staatssekretärin Heike Raab und Staatssekretär Walter Schumacher.

Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer ist zum ersten Mal wieder im Landtag.

Zur Tagesordnung gibt es einige Hinweise. Für die Beratung der Tagesordnungspunkte 8 und 9 (Gesetzentwürfe aller Fraktionen über die freiwillige Bildung der neuen Verbandsgemeinden Rhein-Mosel und Dudenhofen-Römerberg) sind die Vorabdrucke verteilt worden. Das verkürzt unsere Beratungsfrist.

Meine Damen und Herren von den Fraktionen, weitere Hinweise gibt es nicht. Dann ist die Tagesordnung für die drei Tage so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2012/2013
(Nachtragshaushaltsgesetz 2013)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/2068 –
Erste Beratung**

Die Begründung erfolgt durch Herrn Finanzminister Dr. Kühl.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit einem Haushalt wollen wir, die politisch Verantwortlichen im Parlament und in der Regierung, Verlässlichkeit und Planbarkeit herstellen. Allerdings können immer Ereignisse eintreten, die uns zu neuem Handeln und zu entsprechender Verantwortung verpflichten.

Die Landesregierung gestaltet mit dem Nachtragshaushalt 2013 wichtige Politikfelder neu, und zwar Politikfelder, bei denen es um Arbeitsplätze, frühkindliche Betreuung, gute Bildung und Humanität geht. Hier bestehen Handlungsbedarfe, die bei der Verabschiedung des

Doppelhaushalts so nicht erkennbar und damit auch nicht veranschlagungsreif waren.

– Der Flughafen Frankfurt-Hahn, ein wichtiger Arbeitgeber im Hunsrück, benötigt kurzfristig Liquidität und mittelfristig eine solide Basis für seine weitere Entwicklung.

– Der Ausbau der Kindertagesstätten für die unter Dreijährigen soll auch vor dem Hintergrund des ab August bestehenden Rechtsanspruchs auf Betreuung für Einjährige weiter vorangetrieben werden.

– An den Hochschulen des Landes wollen wir auch bei einer deutlich höheren Nachfrage nach Studienplätzen den jungen Menschen gute Studienbedingungen bieten und unseren Beitrag zur Weiterführung und notwendigen Aufstockung des Hochschulpaktes leisten.

– Schließlich haben sich im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes aufgrund eines Gerichtsurteils, aber auch aufgrund erhöhter Flüchtlingszahlen zusätzliche Bedarfe ergeben.

Der Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2012/2013 wurde im Herbst 2011 in der Regierung beschlossen und zu Beginn des Jahres 2012 in diesem Parlament verabschiedet. Es ist gerade bei auf mehrere Jahre angelegten Haushalten nicht ungewöhnlich, dass insbesondere die für das zweite Jahr beschlossenen Pläne durch einen Nachtragshaushalt verändert werden.

Gestatten Sie mir drei Sätze zu den Formalia, insbesondere zu den Unterschieden zu einem regulären Haushalt. Nachtragshaushalte sind rechtlich immer dann zwingend erforderlich, wenn zusätzliche Ausgabebewilligungen über der im Landeshaushaltsgesetz definierten Grenze von 5 Millionen Euro liegen und die Zusatzbedarfe gleichzeitig rechtlich zwangsläufig sind.

Eine Nachtragsvorlage hat nicht die Funktion, den durch Haushaltsgesetz festgestellten Haushaltsplan bei zwischenzeitlich veränderter Haushaltsentwicklung, zum Beispiel bei möglicherweise auftretenden Mehreinnahmen oder Minderausgaben, auf den aktuellen Stand der Prognosen zu bringen. Der Nachtrag ist von vornherein auf den vordringlichen Mehrbedarf zu beschränken, der aus Sicht der Regierung dringend einer Bewilligung durch den Haushaltsgesetzgeber zugeführt werden sollte.

Ich möchte gern auf die einzelnen Bereiche, die mit diesem Haushalt neu geregelt werden, eingehen. Mit diesem Nachtragshaushalt senden wir ein deutliches Signal an die Menschen in der Region Hunsrück/Mosel, an die Beschäftigten am Flughafen Hahn und an die Kunden des Flughafens. Wir halten an diesem zentralen Konversionsprojekt des Landes fest.

(Beifall der SPD und vereinzelt Beifall bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe einer Landesregierung, sich um die Lebenschancen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Das gilt in besonderem Maße, wenn sich, wie hier im Hunsrück, struktur- und regionalpolitische Probleme überlagern. Es geht nur

vordergründig um die Stabilität eines Unternehmens, der FFHG. Im Kern geht es vielmehr um die Lebensbedingungen der Menschen in der Region. Es geht um Solidarität mit denen, die dort leben und arbeiten, und es geht um deren Zukunftschancen.

Hierfür werden wir dem Flughafen Frankfurt-Hahn mit diesem Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

– Erstens können der FFHG im Jahr 2013 bis zu 86 Millionen Euro im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens zur Verfügung gestellt werden, wenn dies erforderlich ist, um die Liquidität des Flughafens sicherzustellen. Netto sind dies 80 Millionen Euro, weil gleichzeitig 6 Millionen Euro Zinszuführungen in diesem Haushalt eingeplant werden. Damit kann nach den Planungen der Geschäftsführung der Liquiditätsbedarf der FFHG bis Ende 2014 gedeckt werden. Er besteht zum überwiegenden Teil aus sogenannten endfälligen Krediten.

– Zweitens sind im Einzelplan des Innenministeriums Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben veranschlagt. In diesem Rahmen kann das Land der Flughafengesellschaft Kosten für Sicherheitsleistungen erstatten.

– Drittens wird sowohl für den Flughafen Frankfurt-Hahn als auch den Flughafen Zweibrücken das bisherige Liquiditätsmanagement aus dem Liquiditätspool in den Haushaltsplan überführt. Damit setzen wir unsere Ankündigung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss vom 17. Januar 2013 um, die Verbindlichkeiten der beiden Flughäfen gegenüber dem Liquiditätspool im Landeshaushalt abzubilden.

Wie sollen die Mittel konkret eingesetzt werden? In einem ersten Schritt wird ein Teil der bereitgestellten Mittel genutzt, um den unmittelbaren, kurzfristigen Liquiditätsbedarf der FFHG zu decken. Ende März 2013 droht vor allem durch eine endfällige Tilgungszahlung von rund 12,7 Millionen Euro eine Liquiditätslücke.

In Abstimmung mit der Europäischen Kommission werden wir rechtzeitig vor dem 31. März 2013 die erforderlichen Mittel als Gesellschafterdarlehen zur Verfügung stellen. Den Dialog mit der Kommission über die genaue Höhe und die Konditionen für dieses Darlehen werden wir in den nächsten Wochen abschließen.

Dies gilt dann für die Auszahlung weiterer Tranchen in entsprechender Art und Weise. In welchem Umfang die Mittel bereits 2013 abfließen, ist ebenfalls Gegenstand der Abstimmungsgespräche. Wichtig ist, dass der Haushaltsgesetzgeber mit diesem Nachtragshaushalt signalisiert, dass er dem Land als Gesellschafter die Befugnis gibt, die erforderliche Liquidität für eine mittelfristig tragfähige Lösung bereitzustellen.

Bis dahin wird es darum gehen, die Neuausrichtung des Flughafens voranzubringen, und zwar

– im Lichte der offenen Beihilfeverfahren,
– vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der ausstehenden Luftverkehrsleitlinie,

– im Kontext der Anstrengungen des Unternehmens, die Kosten zu senken und die Erlössituation zu verbessern,
– im Zuge der Suche nach privaten Investoren oder strategischen Partnern sowie
– im Lichte der Bedeutung des Flughafens Hahn für die Bekämpfung des Fluglärms in der Rhein-Main-Region.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Liquiditätssicherung allein bedeutet noch keine dauerhafte Sicherung des Flughafens. Betriebswirtschaftliche Risiken bleiben. Aber mit diesem Geld wird ein Sicherheitsnetz gespannt, damit sich die Gesellschaft und die Geschäftsführung auf eine Neuausrichtung konzentrieren können, um den Hahn für die Zukunft wieder gut aufzustellen.

Wir wollen mit dem Nachtrag auch den jungen Familien im Land helfen, und wir investieren weitere Mittel in die frühkindliche Betreuung. Wir wollen keine Verhältnisse wie in anderen deutschen Großstädten, in denen Eltern bereits vor der Geburt ihrer Kinder Plätze in den Einrichtungen reservieren oder sogar an Verlosungen teilnehmen müssen. Wir wollen, dass Väter und Mütter ihre Berufe und ihre Familie möglichst stressfrei vereinbaren können, und werden deswegen unser Betreuungsangebot weiter verbessern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz hat vor wenigen Wochen als erstes westdeutsches Flächenland eine Versorgungsquote von 35 % bei den unter Dreijährigen erreicht. Auf diese Kraftanstrengung der Koalition können wir durchaus stolz sein.

Der U3-Ausbau in Rheinland-Pfalz muss und wird weitergehen. Wir wissen, dass die Nachfrage der Eltern nach Betreuungsplätzen in manchen Regionen 35 % deutlich übersteigt. Deshalb haben die Länder einen Ausbau über die hier bereits erreichten 35 % hinaus vereinbart.

Wichtig ist, dass Eltern einen Platz bekommen, wenn sie ihn brauchen. Dies ist auch eine wichtige ökonomische Komponente; denn die Planbarkeit führt dazu, dass junge Paare möglichst früh wieder am Arbeitsleben teilnehmen können, wenn sie dies möchten. Angesichts des bestehenden Fachkräftemangels, der sich durch die demografische Entwicklung noch verstärkt, ist dies ein für unser Land unverzichtbarer Standortvorteil.

Wir werden im Nachtragshaushalt 2013 56,6 Millionen Euro für den U3-Ausbau veranschlagen. Im Einzelnen sind vorgesehen:

– 16 Millionen Euro zusätzliche Landesmittel für die Förderung von Investitionen,

– 12,5 Millionen Euro in Kassenmittel umgewandelte Verpflichtungsermächtigungen, ebenfalls für diesen Zweck,

– 27,2 Millionen Euro Bundesmittel für Investitionen, die begleitend zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalpakts vereinbart wurden, und

– knapp 0,9 Millionen Euro Beteiligung des Bundes an Betriebskosten der Kitas.

Meine Damen und Herren, damit sind die finanziellen Voraussetzungen für den investiven U3-Ausbau geschaffen. Die Landesregierung bietet den Kommunen an, die weiteren Umsetzungsschritte eng miteinander abzustimmen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2013 wird das Land auch seine Universitäten stärker unterstützen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass der Hochschulpakt erfüllt wird und die jungen Menschen bei uns sehr gute Studienbedingungen vorfinden.

Aktuell nehmen deutlich mehr junge Menschen in Deutschland – auch in Rheinland-Pfalz – ein Hochschulstudium auf als noch vor wenigen Jahren: eine, wie wir finden, sehr erfreuliche, aber auch kostenintensive Entwicklung. Die Ursachen sind unterschiedlich. Neben den doppelten Abiturjahrgängen durch die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien und der Aussetzung der Wehrpflicht beobachten wir auch, dass der Wunsch und die Bereitschaft, ein Studium aufzunehmen, gestiegen sind.

Zur Bewältigung der damit verbundenen finanziellen Anstrengungen haben Bund und Länder im Jahr 2009 eine Verwaltungsvereinbarung für die zweite Phase des Hochschulpaktes, das heißt die zusätzlichen Studienanfänger der Jahre 2011 bis 2015, abgeschlossen. Vereinbart sind eine finanzielle Beteiligung des Bundes je zusätzlichem Studienanfänger und die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung durch die Länder.

Die bei Abschluss dieser Vereinbarung erwarteten Zuwächse sind durch die Realität und die neue Prognose der KMK aus dem vergangenen Jahr deutlich übertroffen worden. Waren wir für Rheinland-Pfalz von rund 21.000 zusätzlichen Studienanfängern ausgegangen, so ist nunmehr davon auszugehen, dass diese Zahl deutlich übertroffen wird. Allein in den Jahren 2011 und 2012 lagen wir um rund 3.500 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger über den alten Vorausberechnungen.

Unsere Hochschulen haben auf diesen Anstieg in den vergangenen Jahren gut reagiert und ihn bewältigen können. Während die Zahl der Studierenden von 2005 bis 2011 um 15.000 gestiegen ist, konnte die Personalausstattung Schritt halten. Die Betreuungsrelation, das heißt das Verhältnis von Studierenden pro Wissenschaftler, betrug im Jahr 2005 19,1 und im Jahr 2011 sogar 18,8. Möglich wurde dies auch, weil das Land im Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ die entsprechende finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt hat.

Auch mit Blick auf die zweijährige nachschüssige Ausfinanzierungsregelung in der Verwaltungsvereinbarung zum Hochschulpakt entsteht bei den Hochschulen ein Bedarf, dem wir mit dem Nachtragshaushalt in Höhe von 30 Millionen Euro begegnen.

Der finanzielle Mehrbedarf für die Ausbildung der zu erwartenden zusätzlichen Studienanfänger ist derzeit auch Gegenstand der Verhandlungen zwischen Bund

und Ländern in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz. Die Landesregierung erwartet, dass der Bund sein finanzielles Engagement beim Hochschulpakt deutlich erhöht.

Die Entwicklung des Finanzbedarfs an den Hochschulen wäre eigentlich ein klassischer Grund, eine Revision in der innerstaatlichen Finanzverteilung vorzunehmen, das heißt die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten dieser zu verändern. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre – ich denke an die uneingelösten Offerten zur finanziellen Umsetzung des 10 %-Ziels Bildung – ist es wohl eine Illusion zu glauben, dass der Bund sich hier auch nur ansatzweise auf konkrete und ergebnisoffene Verhandlungen einlässt.

Daneben stehen wir mit diesem Nachtragshaushalt auch zu unserer humanitären Verantwortung. Aufgrund der unsicheren Lage in einigen Regionen und der Vielzahl der verschiedenen Krisenherde dieser Welt stiegen und steigen die Flüchtlingszahlen auch in Rheinland-Pfalz deutlich an. Die Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller unter anderem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, die erstmals einen Asylantrag stellen, liegt deutlich höher als erwartet. In allen Fällen sind diese Flüchtlinge bis zur Klärung ihres Asylbegehrens humanitär zu unterstützen, und ebenso ist eine humanitäre Unterbringung zu gewährleisten.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 erfahren die Asylsuchenden zudem eine entsprechende Anpassung der finanziellen Unterstützung. Der Erstattungssatz wurde nun annähernd auf den Regelsatz der Sozialhilfe angehoben. Für diese notwendige Unterstützung der Asylbewerber und Asylbewerberinnen sind im Nachtragshaushalt 8 Millionen Euro vorgesehen.

Die Landesregierung setzt sich aber auch dafür ein, dass Asylsuchende in die Regelsysteme der Sozialgesetzbücher II und XII übernommen werden; denn nur so kann sichergestellt werden, dass sich der Bund endlich an dieser Sozialleistung beteiligt, die Länder und Kommunen seit vielen Jahren alleine schultern müssen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtragshaushalt kümmern wir uns um heute erkennbare – überwiegend einmalige – Ausgabennotwendigkeiten. Die mit diesen Ausgaben einhergehende dauerhafte strukturelle Belastung der Landesfinanzen lässt sich noch nicht abschließend feststellen. Die Kostenerstattungen für Sicherheitsleistungen an den Flughafen Frankfurt-Hahn und die humanitären Ausgaben sowie die Zinslast für die einmaligen Ausgaben summieren sich auf eine zukünftige dauerhafte – also strukturelle – Belastung von ca. 24 bis 27 Millionen Euro pro Jahr.

Dagegen steigen, isoliert betrachtet, im Nachtragshaushalt 2013 die geplanten Ausgaben gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 242 Millionen Euro. Davon werden 21 Millionen Euro durch zusätzliche Einnahmen abgedeckt. Für die verbleibenden 221 Millionen Euro ist eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme vorgesehen.

Es ist schmerzhaft, aber vertretbar und richtig, diese Summe durch Kreditaufnahme zu finanzieren, nicht

zuletzt auch, weil es sich größtenteils um Einmaleffekte handelt. Hinzu kommt, dass sich die Landesregierung derzeit bereits im Aufstellungsverfahren für den Doppelhaushalt 2014/2015 befindet.

Dort werden wir die infolge des Nachtragshaushalts veränderten strukturellen Konsolidierungsanforderungen berücksichtigen. Das bedeutet, der in der Finanzplanung festgelegte Abbaupfad des Defizits bleibt unangetastet, die Einsparvorgaben werden angepasst.

Natürlich hätte man, um den Nachtragshaushalt besser aussehen zu lassen, Steuereinnahmen höher oder Zinsausgaben niedriger veranschlagen können. Wir haben uns entschieden, entsprechende positive Entwicklungen, wenn sie denn eintreten, im Haushaltsvollzug aufzunehmen; denn die Zinslasten niedriger zu veranschlagen, wäre nicht ungefährlich, da aufgrund des unsicheren Verlaufs der Eurokrise schnell Änderungen und veränderte Bedingungen an den Finanz- und Kapitalmärkten eintreten können.

Es ist deshalb ein Zeichen von Seriosität, bei aller Unsicherheit über kurzfristige Kapitalmarktveränderungen Zinsausgaben eher vorsichtig zu veranschlagen, statt auf sinkende Zinsen zu spekulieren.

Ich halte auch übertriebenen Optimismus bei den Steuern, bei denen sich eine aktualisierte Veranschlagung ohnehin prozentual nur gering auswirken würde, für unangebracht. Wenn es hier positive Entwicklungen gibt, senken sie automatisch im Vollzug die Nettokreditaufnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel ist, die Neuverschuldung im Haushaltsvollzug des Jahres 2013 wieder möglichst nah an die ursprüngliche, im Doppelhaushalt für 2013 eingeplante Kreditaufnahme abzusenken und damit die beschriebene dauerhafte, also strukturelle Belastung für kommende Jahre ebenfalls abzumildern.

Wir haben bereits zu Beginn des Jahres gegenüber den Ressorts eine restriktive Bewirtschaftung angemahnt. Die Landesregierung hat zuletzt im Haushaltsjahr 2012 gezeigt, dass sie es versteht, im Haushaltsvollzug deutlich niedrigere Ausgaben zu erzielen. Es bleibt der Nachweis, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf mit den Schuldenregeln unserer Landesverfassung vereinbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist zweifellos der Fall. Wir halten die investitionsbezogene Kreditobergrenze ein. Der Abstand zu den eigenfinanzierten Investitionen beträgt 170 Millionen Euro. Das strukturelle Defizit im Nachtragshaushalt beläuft sich auf 836 Millionen Euro. Das sind 84 Millionen Euro mehr als bislang geplant. Gleichwohl liegen wir weiterhin deutlich, und zwar um 432 Millionen Euro unter der Obergrenze des Defizitabbaupfads der Schuldenbremse. Diese liegt für das Jahr 2013 bei 1,268 Milliarden Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals, an dem in der Finanzplanung festgelegten Konsolidierungspfad werden keine Abstriche gemacht. Ein Aufwei-

chen der Schuldenbremse wird es mit mir und mit dieser Landesregierung nicht geben.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir zur Aussprache kommen, darf ich ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 50, Landau in der Pfalz, herzlich begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich begrüße ebenfalls Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bacharach. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben eine Grundredezeit von 45 Minuten je Fraktion. Gemäß der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Klöckner das Wort. – Bitte schön.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Nachtragshaushalt einzubringen und zu beschließen, ist auch immer ein Zeichen dafür, dass etwas nicht im Plan ist. Es geht um Mehrausgaben von rund einer Viertelmilliarde Euro, und das vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und vor dem Hintergrund von Rekordsteuereinnahmen. Es geht in erster Linie gar nicht um die sicherlich sehr wichtigen Themen, U3, Hochschule oder humanitäre Hilfe. Darum geht es primär nicht,

(Pörksen, SPD: Warum nicht?)

sondern es geht bei diesem Nachtragshaushalt – ich sage noch einmal, das sind wichtige Themen, deshalb hat auch der Finanzminister geredet und nicht die Ministerpräsidentin, die hier Leitlinien der Politik vorstellte – schlichtweg um das Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz, um den Flughafen Hahn. Darum geht es.

Dass wir alle, zumindest die beiden großen Fraktionen, hinter dem Hahn stehen, dass wir hinter dem Flugbetrieb und vor allen Dingen den Arbeitsplätzen stehen, steht außer Frage.

(Beifall der CDU)

Die CDU-Fraktion hat immer hinter dem Hahn gestanden, nicht aber hinter den problematischen Entwicklungen, die diese Landesregierung, die SPD-Landesregierung, zu verantworten hat.

(Frau Schneider, CDU: Seit Jahren!)

Diese Landesregierung ist heute für die akute Notlage mit der drohenden – der Finanzminister hat es genannt – Liquiditätslücke verantwortlich.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um Sorgen einer ganzen Region. Es geht um Ängste von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es geht um Existenzen von Kleinbetrieben. Sie haben nicht Not, Sorgen und Ängste, weil sie schlecht gearbeitet haben, sondern es geht darum, dass wichtige Entscheidungen, die diese Landesregierung hätte treffen müssen, nicht getroffen worden sind.

(Beifall der CDU)

Das will ich auch noch einmal festhalten, ein Nachtragshaushalt ist etwas, was nicht geplant ist. Aber der Zustand am Hahn ist nicht über Nacht passiert. Über Nacht hat keine Airline abgesagt. Über Nacht ist auch nicht urplötzlich ein Investor abgesprungen. Nichts Unerwartetes ist geschehen, worauf wir innerhalb weniger Tage reagieren müssen. Der Grund für den hektisch eingebrachten Nachtragshaushalt liegt vier Jahre zurück. Dieser Grund liegt im Jahr 2009. Damals war Herr Hering der zuständige Minister, und damals hat die SPD-Alleinregierung sich von der Fraport getrennt. Das sind die Gründe.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, getrennt hatte man sich von einem starken, von einem professionellen Partner, der das wirtschaftliche Risiko sogar getragen hatte. Es war fahrlässig, eine solche Partnerschaft überhaupt aufzugeben.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb konnte man in der Folge den Problemen beim Wachsen zusehen. Da ist nichts über Nacht passiert. Man konnte den Problemen beim Wachsen zusehen.

Der Nachtragshaushalt ist also keine Reaktion auf etwas Unerwartetes, sondern ein scheinbarer Notausgang in letzter Minute, ein Notausgang, von dem wir nicht wissen, ob er in eine Sackgasse führt.

Der Nachtragshaushalt ist – ich sage es noch einmal – keine Reaktion auf etwas Unerwartetes. Erstaunlich ist deshalb, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, keinen einzigen Satz in Ihrer Regierungserklärung von vor nur fünf Wochen dazu gesagt haben, noch nicht einmal die Überlegungen, die vielleicht anstünden, kein einziges Wort dazu. Das fand ich persönlich enttäuschend.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es liegt doch auf der Hand. Dieser Nachtragshaushalt war zu Beginn des neuen Jahres schon beschlossene Sache. Die Entscheidung im Ministerrat war am 26. Februar. Dieser muss einige Wochen zuvor einen Beschluss gefasst haben, der dem vorausging, und vor allen Dingen muss-

te dieser Nachtragshaushalt erst einmal aufgestellt und dann der Finanzminister damit beauftragt werden.

Bemerkenswert ist auch, dass an dem Tag, als der Beschluss im Ministerrat gefasst worden ist, dieser doch umfangreiche Nachtragshaushalt bereits in gedruckter Fassung vorlag.

Alein das braucht seine Vorlaufzeit. Das war deshalb auch ohne jeden Zweifel Teil der politischen Überlegungen und Planungen der Ministerpräsidentin, die am 16. Januar gewählt wurde. In der Regierungserklärung, die dann Ende Januar von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, gehalten worden ist, kam das Wort „Nachtragshaushalt“ oder allein die Überlegung nicht mit einem einzigen Wort vor.

Auffällig ist – das passt auch in dieses Bild –, dass nur die Fraktions- und Parteivorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen – also Rot-Grün – in einer Pressemitteilung die Überbringer dieser Botschaft waren. Frau Ministerpräsidentin, ich finde es bedauerlich, dass Sie heute nicht selbst diesen Nachtragshaushalt eingebracht und – ich sage das ganz offen – erläutert haben;

(Pörksen, SPD: Das ist völlig unüblich! Das ist völliger Quatsch, was Sie uns erzählen!

So ein Unsinn! –
Unruhe bei der SPD)

denn jetzt, wo es konkret und – zugegeben – vor allen Dingen brenzlich wird, finde ich es schade, dass Sie nicht die Gelegenheit genutzt haben, sich zu erklären und vor allen Dingen auch in diesem Fall Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall der CDU)

Ich spreche deshalb bewusst von Verantwortung, weil dieser Nachtragshaushalt die Verschuldung des Landes wieder nach oben treiben wird und weil andere später dafür haften müssen, die heute nicht mitentscheiden können. Der Nachtragshaushalt ist beschlossene Sache, aber die Last bleibt.

Schauen wir zurück auf den Tag, an dem Sie den Nachtragshaushalt im Kabinett beschlossen haben. Fast zeitgleich stellt der Landesrechnungshof seinen Jahresbericht vor. Darin heißt es – ich zitiere –: „Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2016 erwartet die Landesregierung einen Anstieg der Verschuldung auf 41 Mrd. €. Die Gesamtverschuldung des Landes hätte sich damit im Vergleich zu 2002 nahezu verdoppelt.“ – In zehn Jahren hat sie sich nahezu verdoppelt!

Die Steuereinnahmen sprudeln, die Zinsen sind historisch niedrig. Klar ist natürlich auch, dass wir nicht automatisch davon ausgehen können, dass sich das weiter so entwickelt, wie es sich positiv für dieses Land und letztlich auch für die Berechnungen entwickelt. Wir befinden uns also in einer Situation, in der wir gute, beste Rahmenbedingungen haben, aber in der der Landesrechnungshof dieser Landesregierung bescheinigt, alles andere als gespart zu haben. An dem Tag, an dem dieser Landesrechnungshofbericht vorgestellt wird, beschließt die Landesregierung eine noch höhere Ver-

schuldung außerhalb der schon jetzt unverantwortlichen Schuldenentwicklung in Rheinland-Pfalz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich: Wie soll das mit dieser Haltung in Rheinland-Pfalz noch gut gehen?

(Beifall der CDU)

Die Schuldenbremse ist auf dem Papier überhaupt nichts wert, wenn die Landesregierung genau das Gegenteil macht.

Es sind Mehrausgaben von noch einmal 242 Millionen Euro vorgesehen. Das, was Sie als Gegenfinanzierung benannt haben, sind zum Beispiel 15 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung, die auch noch vom Bund kommen.

Herr Finanzminister, Sie haben in der Tat sinngemäß gesagt, dieser Haushalt hätte durchaus schöner aussehen können. Das stimmt, wenn man versucht hätte, Gegenfinanzierungsvorschläge zu machen.

(Pörksen, SPD: Die haben wir von Ihnen noch nie gehört! –

Ramsauer, SPD: Da sind wir auf Ihre gespannt!)

Eines müssen Sie uns aber noch erklären: Warum ist die Landesregierung nicht in der Lage, aus einem Landeshaushalt von über 14,3 Milliarden Euro 220 Millionen Euro durch Umschichtungen und Einsparungen statt durch neue Schulden aufzubringen?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das werden Sie jetzt vortragen!)

Nicht ein einziger kleiner Versuch findet in diesem Nachtragshaushalt statt, neue Ausgaben durch Umschichtungen und Einsparungen zu finanzieren.

(Frau Brede-Hoffman, SPD: Da hören wir zu diesem Punkt von Ihnen auch nichts!)

Ich muss sagen, 220 Millionen Euro sind lediglich 1,5 % des Gesamthaushaltes. Diese 1,5 % sollen nicht für neue Aufgaben aus den über 14 Milliarden Euro, die Sie aus diesem Haushalt zur Verfügung haben, aufzubringen sein? Man sieht nicht, dass Sie wollen, sondern man sieht nur, dass Sie beschreiben, dass Sie wollen sollen, aber das ist noch nicht gekonnt.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in den kommenden Tagen noch im Einzelnen darüber diskutieren, ob die dreistelligen Millionenausgaben unabwendbar oder sinnvoll sind. Ich will dem deshalb nicht vorgreifen. Wir werden noch eine Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses haben; meine Fraktion wird noch beraten. Es gibt viele offene Fragen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Zukunft des Hahns; denn klar ist auch, die von Ihnen mit rund 120 Millionen Euro angesetzten Gelder sind kein frisches Geld für die Zukunft

des Hahns, sondern Verbindlichkeiten, die aufgelöst werden sollen.

Es gibt viele Fragen, die offen sind. Deshalb waren meine Kollegen Jupp Bracht, Alexander Licht und ich in Brüssel beim zuständigen Wettbewerbskommissar Almunia, um uns zu informieren.

(Pörksen, SPD: Fototermin!)

Wir sind ihm dankbar, dass er sich so viel Zeit genommen hat, um uns die Sichtweise der Kommission aus erster Hand zu erläutern.

Sie wissen, das Beihilfeverfahren ist eröffnet, und grundsätzlich gilt das Durchführungsverbot. Das heißt, jede Aktivität am Hahn muss mit der EU-Kommission abgestimmt sein. Das muss vor allen Dingen so früh und so offen wie möglich geschehen, und am besten ab dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens. Eines ist klar: Letzteres hat diese Landesregierung schon einmal nicht getan.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, bitte schieben Sie die Probleme nicht wieder auf die Flughafenleitlinien der Kommission, die verspätet in der zweiten Hälfte des Jahres kommen sollen. Schieben Sie die nicht als Probleme für den Hahn vor. Selbst wenn die Leitlinien jetzt da wären, wären die akuten Probleme, die wir jetzt am Hahn haben, auch da gewesen. Deshalb, sind Sie ein bisschen mehr ehrlich, weil dann zumindest die Zukunft ehrlicher zu beurteilen sein wird.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen, gerade mit Blick auf die zu erwartenden Flughafenleitlinien sind strukturverändernde Maßnahmen definitiv nicht erlaubt.

In Kenntnis dieser Tatsache hätte auch keiner die LBM-Lösung vorgeschlagen, geschweige denn so lange daran festgehalten. Der Landesbetrieb sollte nach den rot-grünen Plänen die gesamte Infrastruktur übernehmen. Mit EU-Recht ist das aber nicht vereinbar. Deshalb haben Sie jetzt diesen Vorschlag fallen gelassen.

Dass Sie aber überhaupt diesen Vorschlag machten, zeigt noch einmal, wie nachlässig und fahrlässig Sie bei dem wichtigsten Infrastrukturprojekt unseres Landes vorgegangen sind, und vor allen Dingen, wie ignorant Sie gegenüber der EU-Kommission aufgetreten sind, Herr Minister Lewentz.

(Beifall der CDU)

Noch zum Stichwort „LBM“: In diesem Zusammenhang ist uns auch aufgefallen, dass die Beantwortung unserer Großen Anfrage zum LBM noch auf sich warten lässt. Den LBM werden wir aber noch gesondert zum Thema machen.

(Staatsminister Lewentz: Fristgerecht vorgelegt!)

Frau Ministerpräsidentin, wenn ich mir ansehe,

– wie viel wertvolle Zeit Ihr Innenminister bereits hat verstreichen lassen,

– dass er in seiner Funktion bis heute kein einziges Mal selbst in Brüssel vorstellig geworden ist,
 – wie wenig professionell er das EU-Verfahren begleitet hat,
 – er dem Parlament und der Öffentlichkeit immer wieder versichert hat, er habe alles im Griff und
 – wie diejenigen, die die Probleme angesprochen haben, gescholten worden sind, sie würden den Hahn kaputtreden,

muss ich sagen, Sie haben den Hahn deshalb in die Bredouille gebracht, weil Sie gar nichts gemacht haben.

(Beifall der CDU)

Deshalb sage ich deutlich: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr.

Frau Ministerpräsidentin, ich kann mir vorstellen, dass Sie sich im Geheimen auch die Frage stellen, ob er wirklich noch länger der richtige Mann für diese hochkomplexen Probleme ist.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Noch vor wenigen Wochen hat Ihr Innenminister in einem Fernsehinterview mit scharfen Worten die EU-Kommission öffentlich angegriffen. Sie wissen auch, dass das – gelinde ausgedrückt – suboptimal und nicht sehr hilfreich war, sondern sogar Schaden angerichtet hat. Dadurch hat sich die Position des Landes Rheinland-Pfalz erheblich erschwert. Statt konstruktiv mit der EU-Kommission ins Gespräch zu kommen, hat er noch mehr Öl ins Feuer gegossen. Das war eher das Verhalten eines Parteisekretärs als das eines Staatsministers.

(Beifall der CDU)

Geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist auch nicht hilfreich, wenn der frühere Ministerpräsident als Zeuge vor Gericht beim Nürburgring-Prozess seine Anschuldigungen gegen die EU-Kommission erneut wiederholt. Gerade beim jetzt erreichten Stand der Verfahren ist das wirklich kontraproduktiv.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, wir wissen doch alle, die bisherigen Beschlüsse der Kommission sind durchzogen von Feststellungen, welche Fragen die Landesregierung nicht beantwortet hat, welche Belege nicht geliefert wurden und welche Darstellungen falsch oder lückenhaft sind. Daran ist nicht die Kommission schuld, sondern daran ist der Angeschriebene schuld, und das ist die Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Was ist das Ergebnis unserer Gespräche in Brüssel gewesen, die übrigens in einer sehr guten Atmosphäre stattgefunden haben, die alles andere als konfrontativ war?

Frau Ministerpräsidentin, ich hatte Ihnen vor einigen Tagen einen Brief geschrieben, weil wir auf die EU-

Konformität aller Entscheidungen und Anwendungen im Zusammenhang mit diesem Nachtragshaushalt Wert legen. Das ist die Grundvoraussetzung, dass der Hahn überhaupt weitermachen kann.

Deshalb haben wir Sie mit Blick auf den Hahn um folgende vier Punkte gebeten:

1. das detaillierte schriftliche Konzept, von dem wir ausgehen, dass Sie es der EU-Kommission im Rahmen des laufenden Beihilfeverfahrens vorgelegt haben,

2. eine schriftliche Bewertung der EU-Kommission zu diesem Konzept,

3. die Bestätigung, ob die Verwendung der Landesgelder, die Sie planen – Sie müssen ja jetzt schon wissen, was Sie planen –, EU-rechtskonform ist,

4. eine Aufstellung der fälligen Kredite, zu welchem Zeitpunkt in welcher Höhe welche Kredite fällig werden, damit wir auch sehen können, welche zeitlichen Notwendigkeiten gegeben sind.

Warum haben wir diese Fragen gestellt? – Weil wir sonst nicht unserer Kontrollfunktion als Parlament gerecht werden könnten. Wir haben als CDU-Fraktion diesen Anspruch. Deshalb könnte hier von keinem ernsthaft ein Blankoscheck ausgestellt werden für Gelder, deren Verwendung vor der Abstimmung noch nicht klar definiert und mit der EU abgestimmt worden sind.

(Beifall der CDU –
Pörsken, SPD: Wie bitte?)

Alles andere wäre ein Blankoscheck, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Kühl, Sie haben vorhin von Verlässlichkeit und Planbarkeit gesprochen, die die Landesregierung vorhat anzubieten. Das haben wir von der Landesregierung in fast den gleichen Worten beim Nürburgring und seit Jahren immer und immer wieder im Zusammenhang mit dem Flughafen Hahn gehört.

Unser Vertrauen in diese Art von Versprechungen der Landesregierung bei solchen Projekten ist verständlicherweise erschüttert. Das Versprechen der Landesminister, europarechtlich sei alles auf der sicheren Seite, haben wir noch alle im Ohr. Jeder von uns weiß, nicht nur diejenigen, die im Parlament sitzen, was aus Ihren angekündigten Verlässlichkeiten und Planbarkeiten geworden ist. Verlässlich ist klar, dass der Steuerzahler dafür haften muss.

(Beifall der CDU)

Wir erwarten, dass deshalb endlich vonseiten der Landesregierung geprüft wird, was das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union bei wirtschaftlichen Unternehmen in Staatshand überhaupt zulässt.

Wir erwarten, dass Sie mit Geschick und Diplomatie rheinland-pfälzische Interessen in Brüssel bei der Kommission vertreten. Das sollte eine Landesregierung beherrschen. Dafür haben Sie entsprechende Minister,

Europaminister und eine Landesvertretung, Sie haben verschiedenste Personen in verschiedenen Ministerien eingestellt, die genau dafür zuständig sind. Schade, dass das bisher nicht zum Erfolg geführt hat.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie waren unlängst in Brüssel. Das ist ein guter Ansatz. Das begrüße ich sehr. Uns als Parlament konnten Sie bis jetzt noch keine belastbaren Ergebnisse vorlegen.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Ich finde es interessant, dass die Kollegen von Rot-Grün darüber lachen;

(Pörksen, SPD: Wir lachen über Sie!)

denn letztlich war es Frau Lemke, die damals noch keine Ministerin war, die nach Brüssel gereist ist, was wir gut fanden, und hat sich informiert.

Dass jetzt just die Kollegen der GRÜNEN belächeln, dass es eine neue Qualität hat, wenn eine Landesregierung sich zumindest einmal nach Brüssel begibt, um konstruktive und keine konfrontativen Gespräche zu führen, finde ich höchst interessant.

Dass ich von Ihnen noch nichts darüber gehört habe, dass der zuständige Minister, der die Infrastruktur in seiner Verantwortung hat, noch kein einziges Mal in diesen zwei Jahren in dieser Funktion bei der EU-Kommission gewesen ist, diese beschimpft und dabei noch nicht einmal versteht, was diese EU-Kommission will und deshalb einen LBM-Vorschlag macht, der überhaupt nicht zu tragen ist, das finde ich vor allem deshalb bemerkenswert, weil Sie noch Häme und Spott über andere ausschütten, die diese Fragen stellen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wir haben die Sorge – das will ich auch zum Ausdruck bringen –, dass Sie im noch laufenden Verfahren das Ergebnis in Ihrem Sinne vorwegnehmen wollen. Ganz ehrlich, ich glaube, Sie setzen in diesem ganzen Verfahren auf ziemlich viele Unbekannte.

Der Hahn ist in Rheinland-Pfalz kein Einzelfall, in gleich drei zentralen Projekten muss sich die Landesregierung einem Verfahren wegen unerlaubter staatlicher Beihilfe bei der EU-Kommission unterziehen: Das ist der Nürburgring, der Flughafen Hahn und der Flughafen Zweibrücken. Bleibt es bei den bisherigen Feststellungen der Kommission – ich sage, es sind keine Fragen, sondern Feststellungen der Kommission –, dann müssen in allen drei Fällen Gelder zurückgezahlt werden. Hier ist der Steuerzahler in Haftung. Das ist sozial unfair, weil Verantwortung und Haftung hier auseinanderfallen und die kommenden Generationen dies zahlen müssen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb beweisen Hahn, Nürburgring, Schlosshotel und andere Unternehmungen, was passiert, wenn ökonomischer Sachverstand und finanzielle Solidität nicht Maßstab des eigenen Regierungshandelns sind.

(Frau Schneider, CDU: So ist es!)

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat wieder einmal bewiesen, dass der Staat eben nicht der bessere Unternehmer ist.

(Baldauf, CDU: Sehr traurig! Sehr traurig!)

In allen Fällen stimmte Ihr Geschäftsmodell nicht. Entweder war es von vornherein nicht geeignet oder – wie im Fall des Flughafens Hahn – man hat sich vom bestmöglichen Partner, der Fraport, getrennt.

(Pörksen, SPD: Die Geschichte kennen Sie anscheinend genau!)

Wer, wenn nicht die Fraport, die als international tätiger Flughafenbetreiber wie kaum ein anderes Unternehmen in der Luftfahrt die Gesetze des Marktes kennt und beherrscht, hätte den Hahn am ehesten zu einem dauerhaften Erfolg führen können? Wenn nicht die Fraport, wer dann? Wenn Sie jetzt bezweifeln, dass die Fraport es nicht wäre, dann frage ich mich, warum uns gesagt wird, dass Sie sich wieder um Gespräche mit der Fraport bemühen. – Eine Wahrheit wird wohl stimmen.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: So ist es!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nach dem Nürburgring steht nun das größte Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz vor einer ungewissen Zukunft. Der Flughafen Hahn galt immer als Vorzeigeprojekt für die Konversion in Rheinland-Pfalz. Gebetsmühlenartig hat diese Landesregierung diese Konversionsprojekte für die überproportional hohe Verschuldung in diesem Land genannt, einmal abgesehen davon, dass auch andere Bundesländer Militärstandorte in einem gleichfalls beachtlichen Ausmaß verloren haben.

(Ramsauer, SPD: Nicht in dem gleichen Ausmaß!)

Schauen wir nach Bayern, nach Niedersachsen oder nach Hessen. Einmal abgesehen davon, dass Konversion nicht immer nur Last, sondern auch Chancen bedeutet, es ist nicht die Konversion generell, die unser Land finanziell so herausgefordert hat. Es ist das Versagen dieser Landesregierung, Konversionsprojekte erfolgreich zu managen. Das ist der Grund.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Ah!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vertreter der Landesregierung, sagen Sie doch ehrlich, was der Hauptgrund für einen Nachtragshaushalt in diesem Umfang hier und heute ist. Erwecken Sie nicht mit anderen Themen – auch wenn sie ebenfalls wichtig sind – den Eindruck, nun vor allem nur Gutes für das Land tun zu wollen.

Dass Sie in Ihrer Pressemitteilung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden den Hahn mit dem größten Umfang ganz an den Schluss gestellt haben, obwohl er der Hauptgrund des Nachtrages ist, zeigt, dass Sie schlichtweg ablenken wollen. Es macht sich gut, zusätzliche Investitionen vorzusehen, damit Sie dadurch die Kreditaufnahme erhöhen können. Dazu dienen U3 und Co. natürlich. Das wissen wir, und das wissen auch die anderen.

(Pörksen, SPD: Das ärgert Sie! Das ist es!)

Das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die verfahrenere Situation am Flughafen Hahn der einzig wahre Grund für diesen Nachtragshaushalt ist.

Bemerkenswert – das möchte ich an dieser Stelle sagen – finde ich im Übrigen die Rolle der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion, insbesondere ihres Fraktionsvorsitzenden. Einerseits sind Sie gezwungen zu betonen, dass Sie natürlich hinter dem Hahn stehen, andererseits würden Sie ihm am liebsten die Flügel so weit stutzen, dass er gar nicht mehr flugfähig ist.

Sie fordern drei Dinge, hoch interessant:

– „Reaktivierung der Hunsrückbahn“ – Hatte die nicht Ihr Koalitionspartner, vor allem der geschätzte Herr Präsident, aber in anderer Funktion, bereits für beerdigt erklärt?

– „Generelles Nachtflugverbot“ – Das nimmt dem Hahn jede Chance. Darüber müssen wir gar nicht reden. Es gibt auch Gutachten, die in Auftrag gegeben worden sind, die genau das belegen.

– „Kein Wachstum am Flughafen Hahn“ – Das ist betriebswirtschaftlicher Unsinn. Reden Sie einmal mit Ihrem neuen Geschäftsführer auf dem Hahn.

(Beifall der CDU)

Herr Bracht, Herr Licht und ich sind dort gewesen. Auf die Frage, was er von Ihrer Forderung hält, hatte er nur ein müdes Lächeln übrig. Mehr will ich dazu nicht sagen, weil es ein nicht öffentliches Gespräch war. Aber reden Sie einmal mit ihm.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wachstum und Ertragssteigerung sind die Voraussetzungen. Ich sage es noch einmal: Wachstum- und Ertragssteigerung sind die Voraussetzungen dafür, dass der Hahn jemals in eine gute Zukunft gehen kann und rentabel wird. Er wird es niemals ohne Nachtfluggenehmigung schaffen. Wie soll der Hahn dann überhaupt eine Entlastungsfunktion zum Beispiel für Frankfurt erfüllen?

Haben Sie schon einmal mit der Deutschen Bahn AG über Ihre Zusage – es war keine Forderung; Sie haben eine Zusage gemacht – gesprochen, dass die Hunsrückbahn reaktiviert werden wird? Ich weiß, wo die Hunsrückbahn liegt. Sie würde dann durch mein Heimatdorf Guldental fahren. Schauen Sie sich den Ort Windesheim an, was das bedeutet.

Nichtsdestotrotz: Wir reden gern mit Ihnen über die Reaktivierung. Nur, dass Sie die schon zugesagt haben, finde ich beachtlich. Ich würde gerne etwas über die Kosten und darüber hören, was die Deutsche Bahn dazu sagt.

Ich hatte jüngst mit Herrn Dr. Grube ein Gespräch, und ich rate Ihnen an, reden Sie mit ihm. Es wäre sicherlich nicht falsch.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der GRÜNEN, ich muss schon sagen, eines hätte ich wirklich nicht gedacht und nicht vermutet: Die Art und Weise, wie Sie die Menschen, die betroffen sind, wissen lassen, dass sie am Flughafen Zweibrücken fallen gelassen werden, finde ich erschreckend.

(Beifall der CDU –
Licht, CDU: Ja!)

Ich hätte nie gedacht, dass Sie von den GRÜNEN den Menschen in der Pfalz über eine Pressekonferenz mitteilen, dass sie am Flughafen in Zweibrücken nicht mehr gebraucht werden.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch gelogen, Frau Klöckner! Das wissen Sie doch auch!)

Und als es Nachfragen gab, sind sowohl Sie als auch Herr Hering leider auf Tauchstation gegangen. So geht man nicht mit Menschen um.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir müssen nun binnen weniger Tage etwas beurteilen, für das die Landesregierung Jahre, aber auch Millionen Euro für Gutachten zur Verfügung hatte, um das zu beurteilen, was wir binnen weniger Tage beurteilen sollen. Auch dies möchte ich noch einmal deutlich machen. Wir haben eine verkürzte Beratung, der wir zugestimmt haben, aber das müssen wir noch einmal festhalten. Es wird ein zeitlicher Druck aufgebaut, als sei gestern, vorgestern oder Anfang des Jahres etwas passiert, was man nicht hätte absehen können.

(Pörksen, SPD: Sie hätten doch Nein sagen können!)

Es ist nichts urplötzlich passiert, sondern es hat sich etwas entwickelt, worauf wir hingewiesen haben und wofür Herr Bracht gescholten worden ist, weil er es ins Parlament gebracht hat. Man sieht nun, nicht nur er hatte recht, sondern auch andere hatten recht, auch wenn einem das eine oder andere Wort nicht gepasst hat. Ich finde, es bedarf auch einmal einer Entschuldigung an diejenigen, die beschimpft worden sind, weil sie genau das vorausgesehen haben, was jetzt auch geschieht, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Sie haben übrigens Millionen Euro für Gutachten investiert. Diese Gutachten kennen wir als Opposition nicht. Frau Ministerpräsidentin, ich frage Sie: Kommen diese vielfältigen und zahlreichen Gutachten alle zu dem gleichen Ergebnis? – Das würde uns in der Tat interessieren.

Dies ist aber nicht einzige Frage, die offen ist. Sind Sie beispielsweise sicher, dass die Überführung von Teilen des Liquiditätspools in den Landeshaushalt europarechtlich sicher ist? – Die Experten in der gestrigen Sachverständigenanhörung haben daran grundsätzlich Zweifel angemeldet. Unsere Experten – ein Experte von der SPD ist beteiligt; er hat aus dem Liquiditätspool etwas erhalten; die GRÜNEN haben ganz darauf verzichtet, einen Experten zu benennen – kamen zu diesem Schluss.

Meine nächste Frage lautet: Wenn Sie dem Flughafen Hahn nun ein Gesellschafterdarlehen gewähren, müssen Sie – Frau Ministerpräsidentin, dass sagen auch Sie – einen marktüblichen Zins zugrunde legen. Ansonsten haben wir schon von vornherein ein Beihilfeproblem. Was heißt das konkret? – Ich weiß, dass Sie diesbezüglich in der Zwickmühle stecken, aber benennen Sie sie doch auch.

Wenn Sie einen marktüblichen Zins zugrunde legen müssen, fragt man sich: Was ist der Vorteil für den Flughafen Hahn? Wenn es ein marktüblicher Zins ist, warum kann sich dann der Flughafen Hahn nicht am normalen Markt bei einer Bank Geld besorgen? – Dort bekommt er es nicht aufgrund der Unsicherheiten. Dann fragt man sich: Welchen Zins geben Sie bei diesem Darlehen? Welche Art von Zinsen geben Sie? Geben Sie Ihre Bonität des Landes weiter? – Dann ist es nicht marktüblich, weil der Risikozuschlag eben nicht berechnet ist. Genau dies wird auch die EU-Kommission prüfen, und genau das wird Ihr Problem werden, da bin ich mir sicher.

(Beifall der CDU)

Das heißt – das sage ich ganz deutlich –, Sie müssen prüfen, wie es um die wirtschaftliche Aussicht der Flughafengesellschaft bestellt ist. Dies würden Dritte tun, wenn sie Kredite vergeben würden. Im Ergebnis müssten Sie, wie ich schon sagte, einen erheblichen Risikozuschlag ansetzen; denn wenn Sie ihn nicht ansetzen, wäre es nicht mehr beihilfekonform.

Wir haben deshalb die Sorge, dass im Übrigen die Probleme – auch wenn Sie jetzt über die Runden kommen, auch wenn Sie jetzt über den 1. April kommen – schlichtweg in die Zukunft verschoben werden. Wir haben die Befürchtung, dass dies Steine statt Brot sind, die gegeben werden. Jede spürbare Verbesserung zugunsten der Flughafengesellschaft hat zur Folge – das ist die Krux, und ich benenne sie auch –, dass die Beihilferegelungen gelten. Haben Sie wirklich hierfür den notwendigen Schulterchluss mit der Kommission schon hergestellt? – Dies ist eine ganz zentrale Frage, die ich beantwortet haben möchte, bevor wir den Arm heben sollen, um Gelder freizugeben, über die Sie später entscheiden werden.

(Beifall der CDU)

Von Ihrem Finanzminister haben wir soeben gehört, dass die Gespräche mit der EU-Kommission über die genaue Höhe und die Bedingungen für das erste Darlehen noch nicht abgeschlossen sind. Sie sind noch nicht abgeschlossen, hat er gesagt, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Ich schliesse daraus, dass Sie also noch nicht einmal ein verbindliches Ergebnis dazu aus Brüssel mitgebracht haben und Ihr Innenminister sich offensichtlich noch nicht einmal in Brüssel darum gekümmert hat. Wir erwarten von der Landesregierung, dass diese Fragen vor der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes stichfest und auch sicher geklärt werden.

(Beifall der CDU)

Ich habe eine weitere Frage. Halten Sie an Ihrer Rechtsauffassung fest, allein die Bereitstellung der Mittel durch das Parlament führe noch nicht zu einem Beihilfeproblem? – Wir können nun Haarspalterei betreiben. Aber ich möchte eines sagen: Wir verabschieden nicht diesen Nachtragshaushalt, wir geben nicht die Gelder frei, um sie nachher nicht zu nutzen. Wir wissen doch alle, sie werden freigegeben, um sie dann zu nutzen, und spätestens dann kommt die Frage nach der EU-Konformität.

Das ist doch genau der Punkt. Wir können doch nicht sagen, einen Nachtragshaushalt zu beschließen, ist kein Problem, aber dann beginnen die Probleme. Das Bändchen-Durchschneiden machen Sie gern allein, aber wenn Wasser ins Boot läuft, dann sollen wir als Union dabei sein, das Wasser wieder herauszuschöpfen. Diese Aufgabenteilung ist auf Dauer nicht wirklich spaßig.

(Pörksen, SPD: Das haben wir noch nie gemacht!)

Deshalb stellen wir jetzt die Fragen zu den Problemen, und nicht erst hinterher, und die hätten Sie besser auch gestellt, Herr Pörksen.

(Beifall der CDU)

Ich frage noch einmal: Wofür sollen wir die Gelder denn genau freigeben? – Es hat mich gewundert, dass Herr Finanzminister Kühl relativ schnell über diesen heiklen Punkt hinweggegangen ist. Drei Minuten etwa hat der Flughafen Hahn in seiner Rede eine Rolle gespielt.

(Licht, CDU: Drei Minuten)

Würde man einmal den Anteil zugrunde legen, welchen der Flughafen Hahn innerhalb der Finanzen des Nachtragshaushalts ausmacht, hätte er mindestens dreimal so lange just zum Hahn reden müssen, als er reden wollte oder auch konnte.

(Baldauf, CDU: Oder durfte!)

Deshalb sage ich Ihnen, wenn es eine kurzfristige Liquiditätslücke gibt, frage ich Sie: Warum wollen Sie denn 120 Millionen Euro freigegeben haben? – Das müssen Sie uns dann ganz genau erklären. Wir sind an Ihrer Seite zu schauen, was wir für den Flughafen Hahn tun können, aber wir machen nicht alles mit, um es nachher

von der EU-Kommission doppelt und dreifach ins Stammbuch geschrieben zu bekommen.

(Beifall der CDU)

120 Millionen Euro Haushaltsmittel dürfen nicht einfach als kurzfristige Überlebenshilfe für kurze Zeit gewährt werden. Wir stellen konkret die Frage: Wie stellen Sie sich einen stabilen Hahn überhaupt vor? Wie ist denn Ihr Zukunftskonzept?

Der Nachtragshaushalt bzw. die Freigabe ist doch das Anliegen aller Fraktionen. Ich könnte es mir bei Rot-Grün auch gar nicht anders vorstellen. Wer diese Gelder freigibt, der muss doch eine Vorstellung darüber haben, wie die Zukunft aussieht; denn die Frage ist doch: Wo gibt man denn gutes Geld hin? – Wenn ich den Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN höre, sagt er, wir müssen schon allein deswegen die 120 Millionen Euro geben, weil es 150 Millionen Euro kostet, wenn wir dem Hahn nicht helfen. Ich finde diese Rechnung zumindest bemerkenswert. Ich bin gespannt.

Aber nichtsdestotrotz, wenn wir heute über Gelder beraten und am 19. März darüber entscheiden sollen, müssen wir doch eine ungefähre Vorstellung darüber haben, was geschehen soll. Herr Kollege Dr. Weiland geht sicherlich noch auf das interessante Phänomen des Testats ein, wo wir noch einmal deutlich machen werden, was Ihre Krux ist. Aber ich hätte es gut gefunden, wenn Sie das auch beschreiben und nicht so tun würden, als sei dies alles ein Vollzug, der überhaupt kein Problem darstellt. Auch dies hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie benötigen 120 Millionen Euro Haushaltsmittel dafür. Wir wollen ein klares nachprüfbares Konzept, und ich komme deshalb nun zu meinem letzten Punkt. Der Finanzminister hat soeben angekündigt, die Neuverschuldung im Haushaltsvollzug solle – ich zitiere – möglichst nahe an den ursprünglichen Planungen des Doppelhaushaltes 2013/2014 liegen. – So habe ich Sie in etwa verstanden. Ich hoffe, es war zumindest sinngemäß, verehrter Herr Kühl.

Das finde ich interessant, dass Sie davon sprechen, dass die Neuverschuldung möglichst nahe daran liegen soll. Ich halte dies für selbstverständlich, aber das ist noch lange nicht genug. Deshalb entlastet Sie dies auch nicht davon, Vorschläge für Gegenfinanzierungen zu machen. Wir kennen das ewige Spiel, immer im Blick zu haben, die Landesregierung hat etwas verbockt, sie ist in der Sackgasse, und dann kommt Rot-Grün und sagt zu uns: Machen Sie doch einen Gegenvorschlag, nur weil wir das einfordern, was Sie mit eigener Entscheidung ohne unsere Forderung, ohne unser Zutun selbst entschieden haben.

Das heißt, Sie verbocken etwas, und wir sollen Ihnen Vorschläge machen, wie Sie herauskommen,

(Pörksen, SPD: Dann lassen Sie es doch einfach sein!)

geben uns aber nicht die Informationen, die wir dazu bräuchten. Diese Aufgabenteilung wird nicht funktionieren.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen uns diese Beratungen nicht leicht. Als Opposition könnte man schlichtweg einfach etwas ablehnen. Wir beraten darüber. Wir stellen Fragen, die wir von Ihnen nicht gehört haben. Wir fahren selbst nach Brüssel, erfahren Neues aus erster Hand.

(Ramsauer, SPD: Oh ja! Das war ein toller Auftritt!)

– Wissen Sie, das ist so ein Zwischenruf, „Das war ein toller Auftritt“. Das ist genau Ihr Problem. Ihnen hat es nicht gepasst, dass wir das gemacht haben, was die Landesregierung schon längst hätte machen sollen. Tun Sie es!

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, Wörter wie „Das ist gelogen“ nicht zu benutzen.

(Frau Klöckner, CDU: Habe ich das gesagt?)

– Nein, Sie nicht.

Herr Hering, Sie haben sich gemeldet. Sie haben das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Im Zweifel ist die deutsche Sprache reich genug an Begrifflichkeiten, die das umschreiben.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen Nachtragshaushalt eingebracht, dessen doppelte Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz klar ist: Erstens, Zukunftsfragen werden von der rot-grünen Koalition entschlossen angepackt und auf der Grundlage unserer Politik gelöst.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der CDU)

Zweitens, die Konsolidierung des Landeshaushalts wird nicht infrage gestellt. Das heißt, wir werden in die Zukunft zusätzlich investieren, ohne den strengen Sparkurs zu verlassen. Das heißt, wir halten Kurs, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir schaffen mit diesem Nachtragshaushalt eine Grundlage dafür, dass der Flughafen Hahn, das größte Kon-

versionsprojekt im Land, eine Restrukturierung in Angriff nehmen kann. Wir investieren noch einmal verstärkt in Bildung und Betreuung, um diesen wichtigen Zukunftsfragen ohne Wenn und Aber gerecht zu werden.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei diesem Nachtragshaushalt stellt sich die Öffentlichkeit die Frage: Ist die Opposition bereit für ein konstruktives Miteinander bei den für das Land wichtigen Fragen, oder bleibt es bei einer Politik der Opposition um der Opposition willen? Genau diese Frage wird gestellt werden.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es war zu erwarten, vielleicht auch zu befürchten,

(Frau Klöckner, CDU: Dass wir Fragen stellen!)

dass die Opposition in ihr altes Lied von der beispiellosen Verschuldung des Landes einstimmen würde. Frau Klöckner, es ist Ihr gutes Recht, immer wieder dieselbe Platte aufzulegen. Aber es ist nicht originell, es ist nicht kreativ.

(Klein, CDU: Aber es ist richtig!)

Es ist nicht produktiv.

(Licht, CDU: Es trifft nur die Wahrheit!)

Es entspricht nicht den Zukunftsinteressen der Menschen von Rheinland-Pfalz, wenn Sie keine eigenen Vorschläge machen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Nur die Wahrheit! –
Weitere Zurufe von der CDU –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Menschen
merken das auch in Rheinland-Pfalz!)

Keine eigenen Vorschläge zu machen, ist eben genau das Gegenteil von konstruktiver Politik.

(Bracht, CDU: Sie sind die Regierung! Fangen Sie
einmal an! Sie sind in der Verantwortung! –
Frau Schneider, CDU: Treten Sie zurück,
dann machen wir gerne weiter!)

Wenn Sie darüber sprechen, dass in unüblicher Weise der Finanzminister den Haushalt eingebracht hat, dann zeugt das von Unkenntnis des Parlamentarismus. Es ist in Deutschland üblich, dass Finanzminister die Haushalte in die Landtage einbringen. Das war immer in Rheinland-Pfalz so. In den letzten vierzig Jahren hat das immer der Finanzminister getan. Deswegen trägt er auch den Nachtragshaushalt vor.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das anders darzustellen, ist unredlich. Sie wissen es nämlich besser, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Es spricht aber auch nichts
gegen eine andere Lösung!)

Es ist unredlich zu sagen, an dem strengen Sparkurs der Koalition würde nicht festgehalten.

(Bracht, CDU: Bei besonderen Herausforderungen
wären Sie gefordert, Frau Ministerpräsidentin!)

Die Wahrheit ist, wir haben für das vergangene Jahr 2012 ein vorläufiges Rechnungsergebnis, das deutlich besser ist, als es der Haushaltsplan vorgesehen hat. Im Jahr 2012 werden knapp 300 Millionen Euro weniger Kredite aufgenommen als geplant.

(Baldauf, CDU: Dank der Bundesregierung!)

Das strukturelle Defizit ist gegenüber dem Plan um noch einmal 365 Millionen Euro gesenkt worden. Das heißt, die Konsolidierung läuft besser, als wir sie angekündigt haben. Das sind Fakten, die auch Sie zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben uns zu einem klaren Abbaupfad des Defizits bis 2020 bekannt. Diesen Pfad werden wir trotz des heute vorgelegten Nachtragshaushalts strikt einhalten.

Die Koalition weiß sehr gut, dass weiterhin harte Anstrengungen unternommen werden müssen, um auf diesem Kurs eines Haushaltes ohne neue Schulden weiterzugehen.

Im Unterschied zur CDU reicht unsere Konfliktfähigkeit über die parteipolitische und parlamentarische Auseinandersetzung hinaus. Wir sind bereit, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber gut zu begründen, aber auch spürbare Einschränkungen zu vertreten. Diesen Mut haben wir.

(Dr. Weiland, CDU: Wo denn?)

Gemessen an dieser Bereitschaft, Opportunismus und Populismus zu vermeiden, ist die CDU so weit von jeder Regierungsfähigkeit entfernt wie vor 22 Jahren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Das haben Sie Gott sei Dank
nicht zu beurteilen, sondern der Wähler!)

Ich möchte keiner Debatte von morgen vorgreifen. Wir werden morgen über das Sitzenbleiben eine Aktuelle Stunde haben. Sie vertreten das sehr hartnäckig gemeinsam mit Ihrem Kollegen Bouffier. Wenn man das auf die Politik überträgt, hat das 22-jährige Sitzenbleiben

der CDU nichts geholfen. Die Qualität Ihrer Arbeit ist kein Stück besser geworden.

(Heiterkeit und Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Fastnacht ist vorbei!)

Es ist ein Beispiel dafür, dass Sitzenbleiben nicht immer hilfreich ist.

(Baldauf, CDU: Am Aschermittwoch ist alles
vorbei!)

Sie haben gesagt, die neuen bzw. erhöhten Ansätze des Nachtragshaushalts müssten durch Einsparungen gegenfinanziert werden. Seit Jahren ist es aber immer dasselbe. Sie fordern, es müssten Einsparungen erfolgen, aber was tun Sie? Diese Woche haben Ihre Kollegen von der CDU-Fraktion – Frau Dickes und Herr Lammert – bei den Demonstrationen der Beamten Forderungen auf den Weg gebracht, die mehrere Hundert Millionen in den nächsten Jahren bedeuten würden. Sie verlangen in dieser Woche das Doppelte an Mehrausgaben des Nachtragshaushalts, ohne jeden Einsparvorschlag. Frau Klöckner, das ist unredliche Politik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Und sichert keinen Arbeitsplatz!)

Wir bleiben weiterhin deutlich unter dem, was uns der Sparkurs bis 2020 als Defizitobergrenze vorschreibt. Das ist die entscheidende haushaltspolitische Feststellung.

(Baldauf, CDU: Deshalb stehen Sie so da!)

Der Kurs der Konsolidierung wird durch den Nachtragshaushalt nicht infrage gestellt. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD haben auch aufgezeigt, wie die 80 Millionen Euro, um die es geht, für ein Gesellschafterdarlehen des Flughafens Hahn im Vollzug des laufenden Haushalts 2013 und des kommenden Doppelhaushaltes im Haushaltsvollzug gegengespart werden. Wir haben dazu konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben gesagt, wir werden diese Einsparungen im laufenden Haushaltsvollzug trotz der erweiterten Restriktionen, die wir haben, erbringen. Wir übernehmen auch haushaltspolitische Verantwortung.

(Baldauf, CDU: Ein bisschen mehr Bescheidenheit
wäre auch gut!)

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Nachtragshaushalt ist notwendig. Mit ihm reagiert das Land auf Herausforderungen, die sich seit der Verabschiedung des laufenden Doppelhaushaltes 2012/2013 in dieser Form neu ergeben haben und eine Revision des Haushaltes notwendig machen.

Dies gilt zunächst für den Flughafen Hahn. Mit dem Nachtragshaushalt sichern wir die Zukunft des Flughafens Hahn und eröffnen dort die Perspektiven für eine EU-konforme Umstrukturierung.

Der Flughafen Hahn steht nach Jahren der Aufwärtsentwicklung vor großen Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Ich nenne hier nur die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Flugverkehrswirtschaft, die unsinnige Luftverkehrsabgabe, die für deutsche Flughäfen und Airlines zu einem Wettbewerbsnachteil mit nachhaltigen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland geführt hat.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Wie wahr! –
Weitere Zurufe von der SPD: So ist es!)

Sie haben den Ausstieg der Fraport angesprochen. Sie und die in der Region Beteiligten wissen, dass im Jahr 2008/2009 das Ende des Flughafens Hahn schon einmal zu befürchten war, weil der damalige Betreiber seine Genehmigung am Flughafen Frankfurt/Main für den Ausbau erhalten hatte. Das Interesse am Flughafen Hahn war zunehmend und erkennbar rückläufig, und zwar auch nach dem Einstieg des Wettbewerbers von Ryanair in die Gesellschaft Fraport. Es war damals in der Region und hier Konsens, es muss der komplette Abzug von Ryanair verhindert werden. Das hätte das Ende für den Flughafen Hahn bedeutet. Der Frachtverkehr war noch nicht ausgebildet gewesen. Es hätte damals das Ende des Flughafens Hahn bedeutet. Die konsequente Linie dieser Landesregierung ist, wir stehen konsequent zum Hahn, und zwar auch dann, wenn es schwierig ist.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das ist eine Behauptung, das können
Sie doch gar nicht beweisen!)

– Herr Bracht, das ist der Unterschied, das ist verantwortungsvolle Politik. Das anders darzustellen, ist eine Frage der Redlichkeit. Das können Sie gerne tun.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Pörksen, SPD: Sie wissen doch ganz genau, dass
Sie nicht die Wahrheit sagen!)

Das Beihilfeverfahren, das weitere 70 Flughäfen in Europa betrifft, bedingt eine Umstrukturierung am Flughafen Hahn und ist mit einer unausweichlichen Sanierung verbunden.

Abschließend – das wissen Sie Frau Klöckner – kann erst dann über eine Umstrukturierung und Beteiligung von Privaten erst entschieden werden, wenn die neuen Beihilferichtlinien verabschiedet sind. Das weiß jeder, der sich mit der Thematik befasst. Abschließende Entscheidungen können erst dann getroffen werden, wenn die neuen Richtlinien in Kraft sind.

(Frau Klöckner, CDU: Ich habe nichts anderes gesagt!)

Auch das haben Sie in Brüssel erfahren. Redlich wäre es gewesen, das hier ganz klar kundzutun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Klöckner, CDU: Schlecht, wenn die Rede
vorher geschrieben wird! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Dieser Neuausrichtungsprozess steht am Anfang. Ich bin zuversichtlich, dass am Ende ein wirtschaftlich tragfähiges Flughafenkonzept für den Hahn stehen wird.

(Baldauf, CDU: Das haben Sie beim Nürburgring auch erzählt! –
Zurufe der Abg. Bracht und Frau Klöckner, CDU)

Das ist aus folgender Überlegung so – da könnten Sie vielleicht noch mitwirken, aber Ihre Einwirkungsmöglichkeit wird mit Sicherheit im September im Bund eine deutlich geringere sein –: Wir haben folgende Konzeption der jetzt noch amtierenden Bundesregierung und der größten Airline in Deutschland, der Lufthansa. Das gesamte Wachstum im Flugverkehrsbereich soll auf drei Großflughäfen in Deutschland konzentriert werden, Frankfurt, München und Berlin, wenn er in Funktion getreten ist.

Das ist die Konzeption der jetzigen Bundesregierung. Man will es auf Großflughäfen, auf Hubs konzentrieren, weil das der Interessenlage der größten Airline in Deutschland entspricht.

Ich bin der festen Überzeugung – wir sehen es in Frankfurt/Main –, dass Menschen und Großregionen das auf Dauer nicht akzeptieren werden. Wir kennen die Demonstrationen der von Fluglärm Betroffenen in Frankfurt am Main. Wir wissen von dem Volksentscheid zum Flughafen München, der eine Erweiterung ablehnt.

(Pörksen, SPD: Die hoch gelobte Fraport!)

Wir kennen die Widerstände gegen Nachtflüge, die es auch in Berlin gibt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, Regionalflughäfen werden eine Zukunftsperspektive haben. Es wird einen Wandel in der Flughafenstrategie einer Bundesregierung geben. Alles andere ist nicht verantwortbar und nicht gegen den Widerstand von Menschen durchsetzbar. Bezüglich einer ökologischen Entwicklung ist das auch nicht vertretbar. Wir brauchen ein ökologisch angemessenes, vertretbares Wachstum, das auch den Menschen gerecht wird.

(Licht, CDU: Jetzt bin ich gespannt, was die GRÜNEN sagen! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das ist meine feste Überzeugung. Damit werden wir eine Zukunftsperspektive haben.

(Licht, CDU: Ich bin gespannt, was der Regionalflughafenexperte Köbler dazu sagt! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, was Sie und Frau Klöckner massiv ärgert, ist die Tatsache, dass wir das mit großem Konsens in einer konstruktiven Politik gemeinsam mit unserem Koalitionspartner hinbekommen haben. Das ärgert Sie.

Das ist das eigentliche Ärgernis an diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Diese Koalition kann auch schwierige Probleme lösen.

(Zurufe der Abg. Bracht und Ernst, CDU, und
weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Bracht, Sie können nicht die Reaktion der Mitglieder ihrer Fraktion sehen. Daran merkt man, dass wir genau einen wunden Punkt getroffen haben. Das ist das eigentliche Ärgernis.

(Bracht, CDU: Keine Sorge!)

Wir werden diese gemeinsame Lösung mit unserem Partner, den GRÜNEN, hinbekommen. Diese konstruktive Lösung wird funktionieren. Seien Sie sich dessen gewiss.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Baldauf und Frau Klöckner, CDU)

Meine Damen und Herren, das Land wird diesen wichtigen und notwendigen Prozess unterstützen. Wir schaffen mit dem Nachtragshaushalt die notwendige Vorsorge, um in einer Größenordnung von bis zu 80 Millionen Euro Liquidität am Hahn über ein Gesellschafterdarlehen zu marktüblichen Konditionen zu sichern. Es geht um die Schaffung der Liquidität der FFHG (Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH). Die beihilfekonforme Ausgestaltung dieses Weges ist selbstverständlich.

(Baldauf, CDU: Sagen Sie mal etwas zu
Zweibrücken! –

Pörksen, SPD: Er weiß schon selbst, was er sagt!)

Klar ist, dieser Weg kann nur in enger Absprache mit der EU-Kommission gegangen werden. Deswegen war es richtig und notwendig, dass die Landesregierung im Vorfeld dieses Nachtragshaushalts vor Ort in Brüssel die ständige Kommunikation mit der EU-Kommission gesucht und aufrechterhalten hat.

(Licht, CDU: Die ständige haben Sie gesucht,
genau! –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Wir kommen zu dem entscheidenden Unterschied. Es nützt dem Flughafen Hahn und den Menschen in der Region nichts, wenn man – wie Sie es getan haben, Frau Klöckner – dem zuständigen EU-Kommissar einmal in Brüssel seine Aufwartung macht und diesen Termin anschließend dazu nutzt, sich selbst massiv in der Presse darzustellen. Zu dem weiteren Vorgehen muss die Frage gestellt werden, was die entscheidende Motivation für den Termin in Brüssel war, den man anschließend als Clou bezeichnet hat. War es im Interesse des Flughafens Hahn oder im Interesse der eigenen Profilierung?

Diese Frage muss man wirklich stellen nach Ihrem Auftritt hier.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Sie zum Jagen zu treiben! Wenn Sie hier sagen, dass Sie hier nur gesucht haben, sagt das doch alles! –

Weitere Zurufe von der CDU)

Die Zusammenarbeit mit der Kommission erfordert einen langen Atem.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ein bisschen Dynamik ist gut. Herr Licht, bitte melden Sie sich doch, wenn Sie so viel zu sagen haben.

Abg. Hering, SPD:

Die Zusammenarbeit mit der Kommission erfordert einen langen Atem, viel Fachkenntnis und die Fähigkeit, sich selbst zugunsten einer Lösung in der Sache zurückzunehmen. Ich bin dankbar, dass die Ministerpräsidentin all diese Anforderungen im besten Maß erfüllt hat. Sie hat ihre Treffen mit dem EU-Kommissar genutzt, um den von der Arbeitsebene in vielen Treffen vorbereiteten Lösungsweg für den Hahn festzumachen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Von diesen Treffen auf höchster Ebene gibt es keine Bilder, keine Berichte in den Zeitungen. Keine Publicity wurde zum falschen Zeitpunkt gemacht, um den Erfolg der Gespräche nicht zu gefährden.

(Dr. Mittrücker, CDU: Weil nichts gemacht wurde!)

So sieht ein gelungener Einsatz für Menschen in der Region und ihre Arbeitsplätze aus, Frau Klöckner!

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Ihr habt doch gar kein Navi bis Brüssel! –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie wissen, dass es auf Fachebene eine Vielzahl von Kontakten und Vorbereitungen gegeben hat. Ein Spitzenbesuch muss gut vorbereitet werden, um zu einem positiven Ergebnis zu führen. Wenn man nur Bilder und Zeitungsberichte haben will, dann genügt ein Besuch ohne Vorbereitung. Wer den Besuch gut vorbereiten will, der hätte zuvor den Kontakt zur Landesregierung gesucht und eine Verhandlungslinie mit der Landesregierung abgestimmt.

Das wäre ein konstruktives Vorgehen gewesen, bei dem klar gewesen wäre, die Motivation liegt im Interesse der Sache und nicht im Interesse der eigenen Position. Frau

Klöckner, Sie haben sich für einen anderen Weg entschieden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Pörksen, SPD: Sehr richtig, genau das Thema! –
Zurufe von der CDU)

Wir wissen auch, dass die notwendigen Gelder gut investiert sind; denn es geht um das Schicksal von Tausenden von Familien und Tausenden von Arbeitsplätzen, weil weit über 8.000 Arbeitsplätze allein in der Region von der Aktivität des Flughafens abhängen. Volkswirtschaftlich war der Hahn immer rentierlich; denn 93 Millionen Euro Steuereinnahmen – Bund, Land und Kommunen – gehen jährlich vom Flughafen Hahn aus.

Klar ist auch, all das, was jetzt positiv in Brüssel gelaufen ist, dass dieser Weg gegangen werden kann, dass wir dort die konstruktiven Gespräche mit klaren Perspektiven führen, ist gut vorbereitet worden. Das wird auch weiterhin von dem zuständigen Minister gut vorbereitet, der die großen Herausforderungen und die schwierigen Probleme hervorragend handelt. Wir haben dort eine klare Position und lassen uns von Ihnen nicht Streit in die eigene Regierung reden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Hervorragend sieht anders aus,
Herr Kollege!)

Das Ergebnis wird nachher entscheidend sein. Sie werden sehen, es wird ein positives Ergebnis für den Flughafen Hahn geben, und die Menschen werden auch wissen, wer immer zum Flughafen Hahn und zu den Arbeitsplätzen in der Region auch in schwierigen Zeiten gestanden hat und nicht die Tatsache genutzt hat, parteipolitische Schlagzeilen zu machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Fragen Sie einmal die Leute Ihrer eigenen Partei! –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Darfst Du auch mal ans Pult? –

Licht, CDU: Ich habe gerade die Rolle von Pörksen übernommen! –

Pörksen, SPD: Das kannst Du nie schaffen!)

Die Neustrukturierung des Flughafens mit den vorliegenden Flughafenrichtlinien wird möglich sein. Wir müssen auch im Interesse des Flughafens Hahn eine enge Kooperation mit den 70 Flughäfen in Europa auf den Weg bringen, damit es Flughafenrichtlinien gibt, die Regionalflughäfen auch zukünftig verantwortbar möglich machen. Man kann vielleicht über die Anzahl europaweit sprechen, aber nicht über die Tatsache. Es muss möglich sein, Regionalflughäfen unter Geltung europäischen Rechts rentierlich zu betreiben. Das ist die klare Botschaft, die wir von Brüssel erwarten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir sie von Brüssel bekommen werden, weil auch Brüssel ein Interesse an einer regionalen Entwicklung in Europa hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer den Flughafen Hahn und seine Zukunftsperspektive erhalten will, kann jetzt den vorgelegten Nachtragshaushalt nicht ablehnen.

Herr Bracht, Herr Licht, Frau Klöckner, die Region wird ganz genau darauf schauen, wie Sie sich hier verhalten. Ich hoffe nicht, dass die Ausführungen, die Sie heute hier gemacht haben – wir wollen immer noch hoffen, Sie kommen auf einen konstruktiven Weg –, nicht der Versuch sind, Gründe zu finden, um nachher zu einer Ablehnung zu kommen. Das ist der Verdacht, den wir nach Ihrer Rede haben. Sie suchen nach den Gründen, um hier im Parlament am 19. März den Nachtragshaushalt abzulehnen.

(Bracht, CDU: Wir kommen unserer Aufgabe als Opposition nach!)

Das wäre verantwortungslos gegenüber der Region. Die Region wird das genau registrieren und sich entsprechend danach verhalten, wie Sie sich in der schwierigen Phase beim Flughafen Hahn verhalten haben.

(Bracht, CDU: Machen Sie gute Politik!)

Lösungsperspektiven jetzt zu zerschlagen, ist verantwortungslos.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Dem Ziel der GRÜNEN kann man doch nicht zustimmen, oder? Oder, Herr Kollege? –
Ramsauer, SPD: Zum Glück brauchen wir Sie nicht!)

Ich bin – – –

(Weitere Zurufe des Abg. Licht, CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Licht, ich mache es jetzt noch genau einmal mit, dann bitte ich Sie, das einzustellen. Einen Schuss haben Sie noch frei.

(Licht, CDU: Noch einmal! –
Fuhr, SPD: Dieses Mal! –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dann gibt es Gelb-Rot! –
Pörksen, SPD: Das ist mir noch nie gesagt worden in 22 Jahren!)

Abg. Hering, SPD:

Meine Damen und Herren, die Region im Hunsrück kann froh sein, dass das Schicksal des Flughafens Hahn nicht von der Zustimmung der CDU abhängig ist. Sie hat bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – das mag überraschend sein – einen verlässlicheren Partner für die Region im Zweifel, als das bei der CDU der Fall ist. Sie versuchen, Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen.

(Beifall der SPD)

Die GRÜNEN sind dort im Interesse der Menschen freundlicherweise verlässlicher. Diese Erfahrung haben wir gemacht. Dafür auch vielen Dank an Herrn Köbler und seine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Weiner, CDU: Die GRÜNEN als Flughafenretter, da lachen ja die Hühner!)

Es ist doch nicht redlich, hier Angst zu machen bezüglich der Westpfalz.

(Frau Klöckner, CDU: Das sagt ihr doch! –
Baldauf, CDU: Ah!)

Wir wissen auch, wie wichtig die Konversionsprojekte gerade für die Westpfalz gewesen sind. Frau Klöckner, zu sagen, andere Länder hätten gleich große Belastungen durch die Konversion gehabt, ist einfach unredlich und fachlich falsch.

(Pörksen, SPD: Richtig! –
Zuruf von der SPD: Unkenntnis!)

Kein Bundesland ist von der Konversion bezogen auf seine Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstruktur so stark betroffen gewesen wie Rheinland-Pfalz. Bundeswehrstandorte und NATO-Standorte sind nach dem Krieg bewusst in strukturschwache Regionen gelegt worden, um dort Strukturpolitik zu machen. Jetzt kann man bezüglich der Strukturpolitik mit Militär vielleicht unterschiedlicher Meinung sein, aber das war die Motivation nach dem Krieg gewesen. Dann einem Bundesland zu sagen „Die Weltgeschichte hat sich geändert, das wird alles geschlossen, wir lassen euch mit euren Problemen im Stich!“, das hat damals eine CDU-Bundesregierung gemacht.

(Bracht, CDU: Das ist falsch!)

Sie hat Rheinland-Pfalz im Stich gelassen und mit ihrer Konversion alleingelassen. Das ist die Wahrheit.

(Starker Beifall der SPD und Beifall des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Das ist die Unwahrheit!)

Sie hat sie im Stich gelassen. Deswegen wäre es klug von Ihnen, dieses Thema so nicht zur Sprache zu bringen. Dann brauchen Sie sich diese Konter auch nicht zu fangen. Das ist einfach Dummheit, das in dieser Form hier so auszudrücken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch bezeichnend, dass Sie zu den wichtigen Fragen der U3-Versorgung und der Hochschulen hier gerade einmal einen Satz verloren haben.

(Pörksen, SPD: Verloren ist richtig!)

Ich nehme an, Ihr fachpolitischer Sprecher, Herr Dr. Weiland, wird das nachher nachholen und zu diesen Fragen dezidiert Stellung nehmen. Davon gehen wir aus. Sie haben ja angekündigt, dass Herr Dr. Weiland zu den anderen wichtigen Fragen Stellung nehmen wird.

(Dr. Weiland, CDU: Freuen Sie sich drauf!)

Uns ist das ein wichtiges Anliegen, wie die Kindergarten-träger und die Hochschulen auch zukünftig finanziert werden. Auch da werden wir unserer Verantwortung gerecht. Wir sind froh, dass wir im Landesdurchschnitt einen Versorgungsgrad von 35 % erreicht haben.

(Baldauf, CDU: Aber vergessen Sie Zweibrücken nicht!)

Wir sind damit ganz vorne bei den Flächenländern im Westen der Republik. Mit dem zusätzlichen Geld, das wir jetzt mobilisieren, soll der notwendige Ausbaugrad von 39 % beschleunigt werden. Wir müssen jetzt handeln, um an der Spitze der Bewegung zu bleiben, nicht als Selbstzweck, sondern weil die Familien darauf angewiesen sind, dass diese Einrichtungen geschaffen werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Kindern und Beruf bleibt ein drängendes Problem, dessen Lösung immer noch zu oft am Mangel an Betreuungsplätzen scheitert.

(Fuhr, SPD: Das steht sogar im Armutsbericht!)

Wir wissen, dass dies besonders auch bei Alleinerziehenden der Fall ist, oft mit der Gefahr verbunden, in eine Armutsfalle zu geraten. Betreuung, gleiche Bildungschancen, berufliche Entfaltung und auch Armutsvermeidung: Bei der U3-Betreuung fließen diese Fragen zusammen. – Es ist gut, dass wir auf aktuelle Entwicklungen reagieren und dafür rund 56 Millionen Euro in 2013 zusätzlich bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD und Beifall des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch bei den Mitteln, die wir zusätzlich dem Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ zuführen werden, geht es um Zukunftsbewältigung. Die neuen Prognosen deuten darauf hin, dass die Zahlen der Studienanfänger – Herr Dr. Kühl hat darauf Bezug genommen – noch einmal deutlich über die Prognose hinaus steigen werden. War damals für Rheinland-Pfalz eine Zahl von 20.000 realistisch, so ist heute nach den neuesten Daten für 2011 bis 2015 von rund 31.000 zusätzlichen Studienanfängern auszugehen. Allein in den Jahren 2011 und 2012 lagen wir um rund 3.500 über den alten Vorausberechnungen.

Wenn wir dann das Betreuungsverhältnis in dieser Zeit noch verbessern, zeigt das, wir haben die richtigen Schwerpunkte zur Zukunftsentwicklung unseres Landes gesetzt. Wir müssen reagieren. Nur so können wir den zusätzlichen Studierwilligen ein angemessenes Studienangebot machen, die besonders aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Abschaffung der Wehrpflicht nun in die Hochschulen drängen. Die Hochschulen brauchen die Flexibilität des Sonderprogramms und die

Sicherheit, um die große Aufgabe stemmen zu können. Dies dient auch der Fachkräftesicherung für die Zukunft. Wenn wir dafür jetzt 30 Millionen Euro in die Hand nehmen, so ist das ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung.

Es würde uns später teuer zu stehen kommen, hier nicht zu investieren. Mit dem Zusatzbetrag für das Hochschulsondervermögen wird das Land seine Zusagen einhalten können, was die Absprachen zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung der tatsächlich aufgenommenen zusätzlichen Studierenden betrifft. Rheinland-Pfalz steht zu seinen Zusagen. Diese Verlässlichkeit würden wir uns auch vom Bund wünschen, Stichworte „Fiskalpakt“, „Eingliederungshilfe“ usw.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, mit diesem Nachtragshaushalt werden notwendige Anpassungen vorgenommen, die den politischen Weichenstellungen entsprechen und die die rot-grüne Koalition vorgenommen hat.

– Wir wollen dem Hahn eine gute Zukunft ermöglichen, und zwar im Interesse der Menschen in der Region, aber auch des Landes insgesamt. Strukturpolitik ist eine Aufgabe, der wir gerecht werden müssen.

– Wir wollen Bildung – von Anfang an und bis ins letzte Glied der Bildungskette – als Investition in die Zukunft weiter stärken, als Angebot einer allen zugänglichen öffentlichen gebührenfreien Infrastruktur, zum individuellen und zum gesellschaftlichen Nutzen.

– Wir wollen Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und einem Leben mit Kindern erleichtern, wo wir das als Staat können, und mit den Kommunen auch an dieser Front konstruktiv zusammenarbeiten.

– Wir werden die Konsolidierung des Landeshaushalts zukunftsgerecht fortführen.

Wer all dies will, wird diesen Nachtragshaushalt nicht ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der Ahrweiler Schützengesellschaften und der Jungen Union Ahrweiler sowie Mitglieder der Jungen Union Neustadt. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer des SWR! Ich finde, es ist sehr begrüßenswert, dass Ihnen eine so schwierige Debatte nahegebracht wird, damit Sie auch die Tiefe und die Vielfalt der Argumentationen nachvollziehen können. Vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren, den Nachtragshaushalt behandeln wir heute nicht, weil wir ihn politisch gefordert haben, sondern weil es Notwendigkeiten dafür gibt, um Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen. Dieser Nachtragshaushalt beweist auch die Handlungsfähigkeit dieser Koalition bei schwierigen Themen und großen Zukunftsherausforderungen.

Meine Damen und Herren, dieser Nachtragshaushalt bleibt auf der Ebene unserer Prinzipien, unserer Politik im Allgemeinen und unserer Haushaltspolitik im Besonderen, indem wir für dieses Land Verantwortung übernehmen, Rheinland-Pfalz für die Zukunft aufstellen und das Zusammenleben aller Menschen in Rheinland-Pfalz so gestalten, dass es auch in Zukunft noch gestaltbar bleibt.

Deswegen werden wir in diesem Nachtragshaushalt wichtige Weichen für die Betreuung der unter Dreijährigen in unseren Kitas, für die Planungssicherheit der Hochschulen, ein menschenwürdiges Leben von Asylsuchenden im Land und auch für die Gesellschaft Flughafen Hahn stellen. Das ist eine Verantwortung, die wir mit übernommen haben und zu der wir auch stehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass es am Ende, wenn wir in 14 Tagen über diesen Haushalt nach intensiver – das halte ich für wichtig – Beratung abstimmen werden, zumindest die Hoffnung gibt, dass die Abstimmung ohne Gegenstimmen erfolgen wird, weil das, was wir heute tun, etwas ist, was die CDU-Vorsitzende, Frau Klöckner, schon im Januar gefordert hat, nämlich einen Nachtragshaushalt für den Hahn. Übrigens hat die CDU bereits die Forderung hinsichtlich einer Unterstützung der Kommunen bei der Kinderbetreuung erhoben.

Von den Bedingungen, die ich heute von Frau Klöckner hören durfte – wenn man einmal den reflexartigen Oppositionspopulismus und die eine oder andere Märchenstunde weglässt, also wenn man das auf das Substrat zurückführt –,

(Ernst, CDU: Da müssten Sie jetzt schon aufhören!)

ist nicht mehr viel übrig geblieben. Ich glaube, dass wir ganz nahe beieinander sind. Es muss alles in Abstimmung mit der EU-Kommission geschehen. Es darf nicht die Schuldenbremse sprengen, die übrigens, liebe Frau Klöckner, nicht auf einem Blatt Papier, sondern in der Verfassung steht. Es muss Transparenz und Klarheit herrschen.

Meine Damen und Herren, wir schaffen, weil wir das transparenteste Instrument wählen, das die Demokratie kennt, ein parlamentarisches Gesetz in Form eines Nachtragshaushalts und damit Transparenz auch in Sachen Flughafen Hahn. Ich halte das für einen Schritt nach vorne.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Diese gut 80 Millionen Euro, die zusätzlich für diese Gesellschaft hinzukommen, sind eine Vorsorge, um einen Umstrukturierungsprozess abzusichern. Es geht für uns als GRÜNE und regierungstragende Fraktion nicht darum, in erster Linie einen Flughafen zu retten, sondern darum, eine Landesgesellschaft so aufzustellen, dass sie eine entsprechende Zukunft hat, und vor allem auch als verantwortliche Gesellschaft und als Land Rheinland-Pfalz einen potenziell größeren Schaden für das Land und damit für die Steuerzahler abzuwenden. Das ist die Verantwortung, die wir übernommen haben. Zu der stehen wir auch.

(Zurufe der Abg. Frau Thelen und
Dr. Mittrücker, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben jetzt noch zwei Wochen Zeit, diese Verantwortung mit uns gemeinsam zu übernehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es muss gemeinsam mit der EU laufen. Es ist unser erklärtes Ziel, den Umstrukturierungsprozess so zu gestalten, dass die Gesellschaft am Ende betriebswirtschaftlich so dasteht, dass sie ohne weitere Subventionen aus Steuergeldern auskommen muss. Das ist es, was uns unterscheidet.

Frau Klöckner, wenn betriebswirtschaftlicher Sachverstand fehlt, hilft auch die Ideologie nicht weiter. Es ist doch einfach keine grüne Forderung, sondern die Realität, dass Wachstumsprognosen aus der Vergangenheit, was diese Fluggesellschaft angeht, nicht eingetroffen sind. Deswegen muss es um die Konsolidierung gehen. Wir haben doch einen ganz veränderten Weltmarkt, was den Flugbereich betrifft. Die Boomzeit der Billigfliegerei ist vorbei.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU –
Licht, CDU: Das ist falsch, was Sie sagen!)

Das ist eine Aneinanderreihung von Fakten. Wer daraus keine Konsequenzen zieht, handelt unverantwortlich und führt die Gesellschaft in den Ruin. Deswegen ändern wir jetzt die Strategie und verfahren verantwortlich, zukunftsfest und beihilfekonform.

Meine Damen und Herren, das sind die wesentlichen Bedingungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Licht, CDU: Das ist falsch!)

Frau Klöckner, in einem Punkt haben Sie vollkommen recht. Mit einem Nachtragshaushalt ist kein Freibrief verbunden. Das ist vollkommen richtig. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt. Deswegen sind auch gewisse Bedingungen einzuhalten. Dazu gehört die Beihilfekonformität. Dazu gehört vor allem, dass man diese Gesellschaft wie andere Regionalflughäfen europaweit so aufstellen muss, dass die Flughafenleitlinien entsprechend beachtet und umgesetzt werden, die wir in diesem Jahr hoffentlich endlich von der EU-Kommission erwarten. Das wird Ihnen auch der Kommissar in Brüssel gesagt haben, oder gab es da nur Schnittchen und Kaffee?

(Dr. Mittrücker, CDU: Niveaulos!)

Frau Klöckner, diesen Satz müssten Sie doch mitgenommen haben. Wir müssen diese Leitlinien umsetzen. Da sie noch nicht vorliegen, brauchen wir jetzt die entsprechende Zeit, damit der Flughafen zur Ruhe kommt. Wenn die Leitlinien vorliegen, kann sich auch die Gesellschaft entsprechend aufstellen, damit das, was Sie heute fordern, auch morgen erfüllt werden kann. Ich glaube, wir sind gar nicht so weit auseinander. Wir können im Frühjahr 2013 nicht Bedingungen erfüllen, die erst im Herbst 2013 bekannt sind.

So viel Logik darf auch hier erlaubt sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Es bedeutet, Rentabilität für das Kerngeschäft der Gesellschaft herzustellen, wenn wir davon sprechen, von unrealistischen und unproportionalen Wachstumsszenarien in diesem Bereich Abstand zu nehmen. Jede Gesellschaft braucht es, sich zu konsolidieren, auch damit keine Überkapazitäten vorgehalten werden, die dazu führen, dass Entlastungen vorhanden sind und gewisse Liquiditätsprobleme entstehen.

Aber das ist nicht etwas, was wir erfunden haben, sondern etwas, was wir vorgefunden haben. Wir übernehmen aber jetzt mit die Verantwortung dafür, das Suchen von Lösungen voranzutreiben. Aber ich will Ihnen einmal die verantwortlichen Ressortminister nennen, die die Dinge in den 90er-Jahren so aufgestellt haben, als sich der Bund aus seiner Konversionsverantwortung herausgezogen hat und das Land einspringen musste.

(Bracht, CDU: Das ist doch nicht Ihr Bereich!)

Mit einem von ihnen würden Sie in Berlin gern weiter regieren. Er heißt Rainer Brüderle. Er hat schon 1993 behauptet, in spätestens zwei Jahren würde der Flughafen Hahn an einen privaten Investor verkauft werden. Ich glaube, wenn wir die Gesellschaft aufgestellt haben, wird es zwei Jahrzehnte nach Brüderles Worten endlich gelingen, hier einen Schritt weiterzukommen. Rot-Grün ist also notwendig, um auch ökonomisch und wirtschaftspolitisch einen Schritt nach vorne zu gehen. Ich glaube, das, was für Rheinland-Pfalz gut ist, kann für den Bund nicht schlecht sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Dann haben Sie Vorwürfe erhoben, die nicht zusammenpassen. Sie haben den verantwortlichen Ministern auf der einen Seite Untätigkeit vorgeworfen und auf der anderen Seite Dinge kritisiert, die getan worden sind. Sie müssen sich schon entscheiden, welche Strategie Sie wählen.

(Frau Klöckner, CDU: Nichts zu tun, ist auch ein Tun!)

Wir können einmal mit Ihrem Kollegen Reichel darüber sprechen, wie verlässlich und seriös in der Rhein-Main-Region die Fraport AG als Partner gesucht wird.

(Frau Klöckner, CDU: Es kommen doch Gespräche mit der Fraport AG!)

Es ist eben nicht so, dass Fraport hier vom Hof gejagt worden ist, sondern Fraport ist aus strategischen Gründen beim Flughafen Hahn ausgestiegen. Das ist nun einmal die Realität.

Ein weiterer Punkt ist, dass verschiedene Optionen in Bezug auf die Frage, wie man den Umstrukturierungsprozess beim Flughafen Hahn gestaltet, geprüft worden sind. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das erwarte ich von meiner Landesregierung. Dass der Innenminister beispielsweise auch das LBM-Modell intensiv geprüft hat, ist doch richtig. Ebenso richtig ist es, wenn sich am Ende ein anderer Weg als gangbarer erweist. Dass eine Regierung verschiedene Optionen prüft, gegeneinander abwägt und dabei auf Machbarkeit und Gangbarkeit Wert legt, ist doch genau das, was ich von einer Regierung erwarte.

Hätte sie das nicht getan, hätte ich Ihre Kritik verstanden. Aber zu kritisieren, dass im Vorfeld auch Optionen geprüft worden sind, für die man sich dann nicht entschieden hat: Das ist der Job der Regierung, und dafür sollten wir ihr dankbar sein – auch dafür, dass wir jetzt einen Weg haben, der gangbar ist. Er löst zwar nicht alle Probleme, aber er gibt uns zumindest die Möglichkeit, die Probleme, die dort sind, zu lösen. Deswegen kann man das auch unterstützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Herr Bracht und Herr Licht, wenn es um Verantwortung geht – auch um die der Opposition –, schauen wir alle auf Sie. Sie haben uns immer aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass die Flughafengesellschaft am Hahn überlebensfähig bleibt. Nun ist ein umfassender Vorschlag auf dem Tisch, an dem Sie inhaltlich und materiell bisher auch gar nichts kritisiert haben. Mit den von Ihnen formulierten Bedingungen laufen Sie bei mir offene Türen ein. Setzen Sie sich also in Ihrer Fraktion dafür ein!

(Licht, CDU: Jetzt legen Sie uns die Katze im Sack vor!)

Wagen Sie im Zweifel auch einmal eine Kampfabstimmung gegen Ihre Vorsitzende, und zeigen Sie die entsprechende Verantwortung und den neuen Stil auch in Ihrem Abstimmungsverhalten, indem Sie nach intensiven Beratungen mit klaren Bedingungen und einem

tragfähigen Weg diesem Haushaltsentwurf zustimmen. Diese Verantwortung liegt nun auch bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber es geht um mehr. Es geht auch darum, diese Region von einem unberechenbaren, weltweit agierenden Markt wie dem Flugmarkt unabhängiger zu machen. Das bedeutet auch, uns ist es ganz wichtig, dass von der Landesregierung ein alternatives Gewerbeentwicklungskonzept formuliert wird, um mehr vom Flugbetrieb unabhängige Arbeitsplätze in der Region zu sichern und neue zu schaffen. Es bedeutet auch – das sage ich jetzt als Mainzer –, dass man der Region nicht signalisieren darf, der Lärmschutz sei uns egal.

(Bracht, CDU: Uns ist das seit 20 Jahren nicht egal!)

Deswegen wird die Landesregierung ein Lärmgutachten in Auftrag geben und einen Lärmaktionsplan für den Hunsrück umsetzen. Die Menschen im Hunsrück sind uns nämlich genauso wichtig wie die in Rheinhessen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Zur Hunsrückbahn und zur schienenmäßigen Erschließung dieser Region möchte ich heute gar nicht viel sagen. Vielmehr möchte ich einfach den Beschluss der CDU vom 7. November 2011 zitieren. Da heißt es wörtlich: „Die CDU setzt auf die Aktivierung der Hunsrückbahn. Sie ist eine der Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Flughafens Hahn und für die Annäherung zum Flughafen Frankfurt sowie für die Kooperation mit Hessen und der Fraport. Sie ist auch eine Alternative für Pendler in das Rhein-Main-Gebiet sowie für Touristen in den Hunsrück-Nahe-Raum.“ – Wir haben da doch überhaupt keinen Dissens.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Sie sehen, für uns ist die Zustimmung alles andere als ein Freibrief, sondern wir haben klare Bedingungen und Anforderungen daran geknüpft. Wir geben in dieser Entwicklung auch eine klare Richtung vor.

(Licht, CDU: Rückwärts am Hahn, vorwärts bei der
Bahn! Das ist die grüne Politik! –
Heiterkeit und Beifall bei der CDU –
Zuruf von der SPD: Jetzt ist es aber gut, Frau
Präsidentin!)

– Frau Präsidentin, bitte haben Sie Nachsicht mit dem Kollegen Licht. Er ist heute emotional sehr betroffen.

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich habe Nachsicht, aber nicht mehr lange.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn wir jetzt im Haushalt eine Vorsorge für den Flughafen Hahn treffen, bedeutet das nicht, dass diese Mittel einfach zur Verfügung gestellt werden, sondern sie werden in Absprache mit der EU-Kommission dann bereitgestellt, wenn die Gesellschaft sie braucht und sie aus eigener Anstrengung nicht erwirtschaften kann. Es bedeutet auch, dass wir das deswegen machen, weil dies von den vielen geprüften Optionen diejenige ist, die dem Land als Gesellschafter den geringsten Schaden zufügt und damit den Steuerzahler am wenigsten belastet. Es ist eben auch ein Gebot der Wirtschaftlichkeit, hier die entsprechende Vorsorge zu treffen. Nichts zu tun, wäre in jedem Fall teurer.

Wir machen das auch deswegen, weil das ein Gebot der Transparenz und der Haushaltswahrheit ist und weil die Überführung der Mittel aus dem Liquiditätspool an die beiden Flughäfen Hahn und Zweibrücken zu mehr Haushaltswahrheit beiträgt. Frau Klöckner, das ist etwas, was Sie bis gestern noch gefordert und heute infrage gestellt haben. Wenn Sie Experten zitieren, die auf der Basis der bisherigen Praxis Bedenken haben, können Sie jetzt nicht kritisieren, dass wir es sind, die die bisherige Praxis abschaffen. Ich halte auch das für einen großen Schritt nach vorne in Sachen Haushaltsklarheit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister hat es gesagt, und es gilt für meine Fraktion und die Koalition insgesamt: Wir werden von der Einhaltung der Schuldenbremse nicht abrücken. Für uns ist es auch eine klare Bedingung, dass bei allen zusätzlichen Belastungen, die real daraus resultieren, dass wir diese Operation durchführen, auch real gegengespärt wird und sie nicht nur aus Steuermehreinnahmen gegenfinanziert werden. Darauf werden wir achten – jetzt im Haushaltsvollzug, aber auch in den Beratungen des Doppelhaushalts 2014/2015. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie umsetzbare Vorschläge haben, werden wir sie ernsthaft prüfen und in unsere Überlegungen mit aufnehmen;

(Frau Klöckner, CDU: Haben Sie keine?)

denn im laufenden Haushalt ist es nicht möglich, das so darzustellen. Aber Sie können sich darauf verlassen, wir werden es in dieser Legislaturperiode darstellen, dass die zusätzliche Belastung auch gegenfinanziert wird. Dafür stehen wir GRÜNE; dafür steht aber auch die Koalition insgesamt. Mit uns gibt es kein Aufweichen der Schuldenbremse in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Frau Klöckner, CDU: Dann beschließen Sie es
doch! Beschließen wir es doch als Parlament
zusammen!)

Sollte ich mich bei meinem Zwischenruf in der Wortwahl vergriffen haben, dann tut mir das leid. Aber dann nehmen Sie das Wort „Unwahrheit“ oder „Märchenstunde“.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Es ist nicht so, dass wir das Konversionsprojekt in Zweibrücken generell infrage stellen. Das ist eine Unwahrheit, die Sie heute wiederholt haben. Ich bitte Sie, das umgehend zurückzunehmen. Im Gegenteil. Es geht darum, den Subventionswettbewerb nach unten von zwei Regionalflughäfen, die gerade einmal 30 Kilometer entfernt sind, und den damit verbundenen dauerhaften Schaden für den Steuerzahler zu beenden und die sich auf einem guten Weg befindlichen Kooperationsverhandlungen mit dem Saarland mit dem Ziel zu intensivieren und zu beschleunigen, diesen Subventionswettbewerb zu beenden und die Steuerzahler auch in Rheinland-Pfalz auf mittlere Sicht davon zu entlasten.

Es geht mitnichten darum, eine Region abzuhängen. Ganz im Gegenteil. Wir brauchen diese Mittel, um unsere Anstrengungen in der West- und Südwestpfalz zu intensivieren, auch für Zukunftsinvestitionen im Bereich von Bildung und Kinderbetreuung. Dazu tun wir heute schon eine ganze Menge. Das kommt der Region zugute und nicht nur dem Flugbetrieb in Zweibrücken.

Übrigens ist da der Unterschied ein Vier-Säulen-Modell, das jetzt schon breiter aufgestellt ist, und eine konsequente Trennung von Betrieb und Besitz der Gesellschaft. Das schafft mehr Klarheit. Ich glaube, dass es gut ist, wenn dieses Parlament den Innenminister dabei unterstützt, dass das Saarland ein Stück weit von seinem Kirchturm herunterkommt, um eine vernünftige Lösung für die gesamte Region, die Menschen, die Arbeitsplätze und die Zukunftssicherheit zu schaffen. Es ist unsere Forderung, dort zu intensivieren. Mit uns gehen da nicht die Lichter aus. Wir wollen, dass sie dort auch übermorgen noch leuchten, meine Damen und Herren

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, aber wenn Sie in Sachen Flughafenbetrieb noch Nachhilfe brauchen, können Sie mit Ihrem Kollegen Billen reden. Vielleicht ist er heute deswegen nicht hier, weil er in Bitburg noch etwas zu regeln hat.

(Heiterkeit bei der SPD –
Frau Klöckner, CDU: Der ist krank!)

Kommen wir zu dem wichtigen Punkt Zukunftsinvestitionen in diesem Nachtragshaushalt. Es ist sehr begrüßenswert, dass wir 56 Millionen Euro zum Ausbau der Kinderbetreuung investieren und vor allem an dieser Stelle die Kommunen entlasten, wie wir immer gesagt haben, dass wir es tun werden und es angekündigt worden ist. Wir sind bundesweiter Spitzenreiter bei der U3-Betreuung im Vergleich zu anderen. Wir wollen als erstes Land nicht nur die 35 %, sondern die 39 % Versorgungsquote erreichen und die Kommunen substanziell entlasten. Da ist dieser Nachtragshaushalt und sind diese 56 Millionen Euro ein ganz großer Schritt in Richtung Zukunft und ein gutes Signal an die Kommunen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, wir sichern die Zukunft der Familien in unserem Land, aber auch die der kommunalen

Haushalte. Auf Rot-Grün kann man sich in Rheinland-Pfalz in dem Punkt zu 100 % verlassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Für uns geht es um Bildung, beitragsfreie und zugängliche Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Deswegen ist es ein starkes Signal an die Hochschulen in unserem Land, dass mit 30 Millionen Euro das Sondervermögen aufgestockt wird, um die Planungssicherheit an den Unis und Fachhochschulen zu erhalten.

Diese Planungssicherheit entzieht ihnen diese Bundesregierung, die es mit jetzt wechselnden Ministerinnen nicht schafft, eine verbindliche Zusage für die Fortfinanzierung und Ausfinanzierung des Hochschulpakts zu machen. Das ist im Prinzip ein großer Schaden für den Wissenschafts- und Hochschulstandort Deutschland. Deswegen springen wir für das Versagen der Bundesregierung in die Bresche und sichern den Hochschulstandort in Rheinland-Pfalz und vor allem die Perspektive für immer mehr Studierende, die wir gerne an unseren Hochschulen begrüßen und denen wir weiterhin die besten Bedingungen gewähren wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Eines ist ein ganz besonderer Erfolg, auch wenn es haushalterisch der kleinste Punkt in diesem Nachtragshaushalt ist. Aber es war insbesondere diese Landesregierung, die schon jetzt die humanste Flüchtlingspolitik in Deutschland betreibt, die aktiv vor dem Bundesverfassungsgericht mit dafür gesorgt hat, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber in diesem Land endlich zumindest die gleichen Mittel erhalten wie Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

Dieser Erfolg, der vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten wird, bildet sich jetzt auch im Nachtragshaushalt mit 8 Millionen Euro ab, die übrigens wieder direkt den Kommunen zugutekommen. Das ist ein Ausdruck dessen, dass wir weiterhin die humanste Flüchtlingspolitik in Deutschland über den Tag hinaus gewähren wollen und über den Tellerrand schauen. Das ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft von Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns gute und intensive parlamentarische Beratungen dieses Nachtragshaushalts. Ich denke – da bin ich optimistisch –, die Regierung wird all Ihre Fragen beantworten, Frau Klöckner. Bei den entscheidenden Punkten haben wir keine unüberbrückbaren Differenzen. Machen Sie keine Show daraus. Übernehmen Sie Mitverantwortung.

(Frau Klöckner, CDU: Deshalb stellen wir
die Fragen!)

Nutzen Sie die Zeit. Wir sind auf Ihren Wunsch bis zum 19. März gegangen, an dem wir erneut zusammenkommen werden, um diesen Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Wichtig für die Zukunft unseres Landes ist, wem es darum geht, Landesgesellschaften zu unterstützen, wem es darum geht, den U3-Ausbau in unserem Land für Kinder und Familien voranzutreiben, Sicherheit für unsere Hochschulen zu schaffen und eine humane Flüchtlingspolitik zu betreiben, der wird am Ende diesem Haushalt zustimmen müssen. Wir sind dazu bereit.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Lehrerinnen und Lehrer der Anne-Frank-Realschule plus aus Ludwigshafen,

(Beifall im Hause)

und Seniorinnen und Senioren aus Böhl-Iggelheim, nämlich aus dem Seniorenzentrum, dem Seniorenclub und dem Seniorenbeirat. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung hat nun Herr Innenminister Lewentz das Wort.

Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal ein herzliches Wort des Dankes an die Koalitionsfraktionen, namentlich an Herrn Hering und Herrn Köbler, aussprechen. Das ist das Vertrauen, das der Hahn braucht. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Tosender Applaus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es richtig, dass die Koalitionsfraktionen – das gilt auch für uns, für die Landesregierung – darum werben, dass wir für den Hahn einen möglichst breiten Konsens hinbekommen können. Es sind noch 14 Tage der Diskussion.

Frau Klöckner, das, was Sie heute gesagt haben, war aus meiner Sicht eine vorgezogene Wahlkampfrede. Wahlkampf ist aber erst 2016. Bis dahin haben wir gemeinsam noch viele Hausaufgaben zu machen.

(Baldauf, CDU: Sind Sie da überhaupt noch da? –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen, die vor dieser Landesregierung liegen, sehr erfolgreich bewältigen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Infrastrukturminister ist das heute ein Tag, da kann ich sagen, ich bin entspannt und zufrieden. Das war sicherlich in den letzten zwei Jahren nicht immer so. Aber mit dem heutigen Tag stoßen wir eine Tür zur Umstrukturierung des Hahns sehr weit auf.

Ich hoffe, dass wir am 19. März alle der Meinung sind, dass der Hahn diese gute Zukunft – die Vorschläge liegen über das Thema „Nachtragshaushalt“ vor – von allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses ermöglicht bekommt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Sie werden da noch ein wenig in sich gehen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, aber Sie wissen, dass Sie in der Region natürlich enorm beachtet und beobachtet werden

(Licht, CDU: Sie schon lange!)

und man von Ihnen schon erwartet, dass Sie den Weg mitgehen, der eine Zukunft des Hahn ermöglicht. Vorschläge von Ihnen haben wir leider bisher noch nicht hören können.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, es gibt doch gar keine Zweifel daran, dass der Flughafen Hahn zu den größten, wichtigsten und nach wie vor erfolgreichsten Infrastrukturprojekten in Rheinland-Pfalz gehört.

Schauen wir uns noch einmal die vergangenen zwanzig Jahre – es sind ziemlich genau 20 Jahre – an: Zu Beginn der 1990er-Jahre war Rheinland-Pfalz der sogenannte Flugzeugträger der NATO. Wir hatten dort einen großen US-Militärflughafen, der vor dem Hintergrund guter geopolitischer Entscheidungen aufgegeben wurde, was allerdings für die Region ein großes Problem mit sich gebracht hat, weil Wertschöpfung und Arbeitsplätze verlorengegangen sind.

Man muss einmal überlegen, was damals die Antwort der Bundesregierung war. Die Bundesregierung hat Tausende von Aussiedlerinnen und Aussiedler gerade in dieser Region angesiedelt.

(Pörksen, SPD: Genau das war ihr Programm!)

Das sind Menschen, die heute unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, die von uns sehr geschätzt werden, die aber damals für die Region eine große Herausforderung gewesen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war eine richtige Entscheidung zu sagen, wir wandeln diese ehemalige Militärliegenschaft, den Hahn, in einen zivilen Flughafen um. Es gab damals einen breiten politischen Konsens, weil die Mehrheit gesagt hat: Es ist aus volkswirtschaftlichen und strukturpolitischen Notwendigkeiten heraus eine gute Entscheidung, dies zu tun.

Das steht im Konsens mit 660 Umwandlungen ehemals militärisch genutzter Liegenschaften in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung hat sich entschieden, 2 Milliarden Euro für Konversionsmaßnahmen einzusetzen – am Hahn wie an anderer Stelle. Das ist gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam mit Unternehmen und gemeinsam mit Menschen einer Region geschehen, die jeweils sehr hart von diesen Prozessen der Umwandlung, des Wegfalls von ehemals militärischen Arbeitsplätzen betroffen war. Das waren 2 Milliarden Euro an gut investiertem Geld am Hahn, in Zweibrücken und an vielen anderen Stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist uns gemeinsam gelungen, mindestens 60.000 Arbeitsplätze neu entstehen zu lassen. Das sind Arbeitsplätze, die Hoffnung für Familien, für Menschen und für die Zukunftsfähigkeit von Regionen bedeuten. Daher gilt nach wie vor das Fazit: Die Entwicklung am Hahn war erfolgreich. Er hat eine Ausgleichsfunktion übernehmen können, die durch den Wegfall der militärischen Liegenschaften notwendig geworden ist.

Wenn man sich die Entwicklung des Flughafens Hahn in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten anschaut, kann man einige Erfolgsmomente an dieser Stelle nur noch einmal wiederholen: Drei Jahre lang war er weltweit der am stärksten wachsende Frachtflughafen. Wir liegen jetzt auf Platz fünf – gleich nenne ich noch einmal die Zahlen – in der Bundesrepublik Deutschland. Zehn Jahre lang hatten wir bundesweit die größten Steigerungsraten bei der Passage. Da hat sich aber tatsächlich etwas verändert, was wir auch haben zur Kenntnis nehmen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass es rund um den Flughafen 2006 Erwartungshaltungen gab, dass wir uns in Richtung auf zweistellige Millionenzahlen bei den Passagieren entwickeln könnten. Das ist nicht geschehen. Wir haben Düsseldorf, wie damals erhofft, nicht überrunden können. Der Hahn ist aber nach wie vor für jährlich 400 Millionen Euro Bruttowertschöpfung verantwortlich. 93,5 Millionen Euro beträgt das Steueraufkommen – Herr Kollege Hering hat das bereits erwähnt – für den Bund, für das Land, aber eben auch für die Region. Wir sagen, dass wir dort rund 11.200 Arbeitsplätze durch den Flughafen, durch den vierspürigen Ausbau der B 50, initiiert haben, davon 3.000 Arbeitsplätze direkt am Flughafen. Wir haben heute noch – 2012 – 2,79 Millionen Flugpassiere am Hahn.

Wie gesagt, es verändert sich einiges. Das sehen wir auch. Auf diese Veränderung werden wir gemeinsam Antworten finden müssen. Es werden aber auch 207.000 Tonnen Luftfracht abgewickelt. Das ist ein ganz erhebliches arbeitsmarkt- und strukturpolitisches Moment, das als Impuls vom Hahn ausgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde sehr raten – damit richte ich mich auch an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition –, diese Impulse nicht öffentlich herunterzureden. Ich war heute gemeinsam mit der Ministerpräsidentin am Flughafen Hahn. Wir haben auch dort gesagt, wir hoffen, dass wir es gemeinsam hinbekommen, gemeinsam mit allen im Landtag

vertretenen Fraktionen. Wir sind dem entgegengetreten, dass eine Fraktion den Hahn kaputtreden will. Das ist aber schon ein Stück weit so dort angekommen; denn es geht um die Existenzen von Familien, von Gemeinschaften und von Kommunen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit dem heutigen Tag die Zukunftsoption, die Möglichkeit zur Umstrukturierung, für den Hahn aufzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach an Betriebsversammlungen von Kolleginnen und Kollegen, von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, teilgenommen. Ich habe häufig mit dem Betriebsrat gesprochen. Ich meine, man empfindet dieses Signal am Hahn heute tatsächlich als ein solches, wie ich es beschrieben habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir fragen, warum wir umstrukturieren müssen, gibt es da sicherlich auch Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Kommission. Gleich werde ich dazu noch einiges sagen. Wir haben aber auch im Augenblick in der Tat – dadurch wird die Bilanz getrübt – weltweit schwache Konjunkturdaten, die sich als allererstes in der Luftfracht niederschlagen. Wir haben eine Luftverkehrsabgabe der Bundesregierung. Dazu haben Sie nichts gesagt. Es fällt Ihnen schwer, dazu etwas zu sagen. Die haben Sie politisch zu verantworten.

Nehmen wir nicht den Hahn, sondern die Lufthansa. Die Lufthansa hat in ihren zurückliegenden Bilanzen gesagt, wir müssen – das macht uns weltweit fast nicht mehr konkurrenzfähig – über 300 Millionen Euro aufgrund der Sonderentscheidung von CDU/CSU und FDP in Berlin zahlen, die andere konkurrierende Airlines, andere Standorte nicht als Belastung haben. Das kann man doch nicht negieren.

Ferner gibt es – das ist auch ein Grund, weshalb wir sagen, wir würden gerne aus Zweibrücken und Saarbrücken ein gemeinsames Flughafensystem machen – nicht zu wenig Flughäfen in Europa. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen und werden mit dem heutigen Tag dafür sorgen, dass der Hahn zukunftsfähig umstrukturiert werden kann.

Ich möchte Herrn Kollegen Dr. Kühl noch einmal herzlich danken. Er hat deutlich gemacht, wie wir uns diese Umstrukturierung über den Nachtragshaushalt vorstellen.

Im Übrigen, all das, was auslösendes Moment ist, unter anderem Kredite und Tilgungsleistungen, ist dem Aufsichtsrat nicht unbekannt. Das heißt, es ist nichts Neues, was in den vergangenen zwei oder drei Monaten öffentlich zur Kenntnis gelangt ist, auch nicht für die Opposition.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will noch einmal sagen, wie wir uns das vorstellen. Mit dem Nachtragshaushalt treffen wir Vorsorge für die Finanzprobleme des Flughafens Hahn. Demnach können mit einem Gesamtvolumen von netto bis zu 80 Millionen Euro Liquiditätseingänge des Flughafens über Gesellschafterdarlehen zu marktüblichen Konditionen abgedeckt werden. In den

kommenden Wochen werden wir die genauen Konditionen gemeinsam mit der Europäischen Kommission konkretisieren. Das heißt – nur so kann das ein gangbarer Weg für die EU sein –, dass immer nur so viel ausgezahlt wird – Frau Klöckner, diese Fragen wurden eben von Ihnen gestellt –, wie für die Liquiditätssicherung erforderlich ist. Es gibt keine Umschuldung, und das Geld wird auch nicht auf einmal ausgegeben, sondern es wird so ausgegeben, wie das Schub für Schub notwendig werden könnte. Dabei ist noch nicht entschieden, ob die ganzen 80 Millionen Euro als Rahmen ausgenutzt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute einen Nachtrag vorgelegt. Ich kann mich an viele Diskussionen mit Ihnen in den vergangenen zwei Jahren im Infrastrukturausschuss erinnern, in denen genau die Forderung erhoben worden ist, legt doch bitte einen Nachtragshaushalt vor. Das wäre aus Ihrer Sicht ein mögliches Modell gewesen, um diese Umstrukturierung und diese Zukunftsgestaltung angehen zu können.

(Ramsauer, SPD: Ganz genau! Mehrfach gefordert!)

Er liegt Ihnen jetzt vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man das immer offensiv fordert, kann man sich heute und vor allem am 19. März nicht in die Büsche schlagen. Ich wiederhole noch einmal: Hätten Sie uns einen eigenen Lösungsvorschlag vorgelegt, hätte man über zwei Modelle reden können.

(Bracht, CDU: Jetzt kommt die Nummer wieder!)

Es liegt unser Lösungsvorschlag Nachtragshaushalt vor. Wenn Sie sich dem verweigern, verweigern Sie sich der Zukunft des Hahn.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Wir haben keine Probleme mit einem Nachtragshaushalt! –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eher den Eindruck, dass Sie enttäuscht sind,

(Bracht, CDU: Nein!)

dass wir einen gangbaren Weg vorgeschlagen haben, sodass ihre politische Argumentation, die bekommen nichts hin, nicht verfängt.

(Pörksen, SPD: Das ist so! Natürlich ist das so!)

Die Vorredner, die Fraktionsvorsitzenden der Koalition, sind auf unsere Verhandlungen auf der Ebene der Europäischen Kommission eingegangen. Sie wissen aus dem Infrastrukturausschuss auch, dass wir seit nahezu zwei Jahren eine Task Force aus mehreren Ministerien haben, die wöchentlich einmal zusammenkommt.

(Licht, CDU: Wöchentlich?)

Unter Federführung des Innenministeriums tagt sie gemeinsam mit dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium und in enger Abstimmung mit der Landesvertretung und der Staatskanzlei.

(Bracht, CDU: Seit zwei Jahren? –
Licht, CDU: Aber doch nicht seit zwei Jahren! Seit zwei Jahren doch nicht!)

Dort bereiten wir die vielen stattgefundenen Gespräche mit der Europäischen Kommission intensiv vor.

(Licht, CDU: Seit zwei Jahren?)

– Wir kommen nahezu wöchentlich zusammen, um die Dinge vorzubereiten. Ich meine, das ist auch gut so.

Im Übrigen sind mehrere europäische Themen bei der Landesregierung anhängig, die dort alle gemeinsam besprochen werden. Ich bin Frau Dreyer sehr, sehr dankbar. Sie hat uns mit ihren zwei Terminen in Brüssel mit Ergebnissen helfen können. Die Ergebnisse sind so, dass wir der Meinung sind, den Weg, den ich Ihnen beschrieben habe, gut gehen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind sehr kritisch mit einem möglichen LBM-Modell umgegangen. Das habe ich im Übrigen auch mehrfach im Infrastrukturausschuss vorgestellt, ohne dass man gesagt hat, dass so ein Modell nicht EU-verträglich sein könnte.

(Bracht, CDU: Sie haben es selbst verworfen!)

Wir haben der Europäischen Kommission mehrere Wege aufgezeigt. Einer wäre dieses Modell.

Jetzt lassen Sie mich Ihnen einen Text vorlesen: Man erwartet, dass das Land aus öffentlicher Hand zukünftig die Infrastruktur am Hahn finanziert, wie das an fast allen Flughäfen der Welt der Fall ist.

(Bracht, CDU: Richtig!)

Nur so kann der Flughafen Hahn auf Dauer im Wettbewerb bestehen. – Ist das in Ordnung? – Das ist aus der Erklärung der CDU im Hunsrück. Das wäre das LBM-Modell.

(Licht, CDU: Es muss EU-konform sein!)

Deswegen war es doch richtig, dass auch wir gesagt haben, wir prüfen es, und man wird dann sehen, ob man es irgendwann noch einmal benötigt. Es kann durchaus in der Phase der Umstrukturierung sein, dass man auf das LBM-Modell noch einmal zurückgreifen wird. Daher ist es alles, nur keine unnötige Arbeit gewesen, ganz im Gegenteil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es schön, wenn Sie in Ihrer Rede – ich habe es vorhin einmal gesagt – Wahlkampftöne anschlagen, Frau Klöckner.

(Bracht, CDU: Sie können doch Oppositionsarbeit nicht mit Wahlkampftönen vergleichen!)

Sie haben gesagt, ich hätte ein „Verhalten eines Parteisekretärs“ an den Tag gelegt. „Verhalten eines Parteisekretärs“ erinnert mich an einen Brief, den Herr Schnieder in Ihrem Auftrag an den SWR geschrieben hat.

Sie kritisieren ein mediales Feuerwerk um Frau Dreyer: Verdacht tendenziöser Berichterstattung, einseitige Berichterstattung, selektive Darstellung, grob unfaires Verhalten. –

Dann wird es richtig schön: Auch bei der Fastnachtsberichterstattung – ich zitiere jetzt – „war die krasse politische Einseitigkeit ihres Senders zu beobachten.“ Herr Schnieder ging in Ihrem Namen auf den Mainzer Rosenmontagszug ein. Er schreibt: Die CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner, die im Zug mitgelaufen ist – das ist eine wichtige Nachricht –, wurde totgeschwiegen. Eben war sie noch ganz lebendig. –

Ich könnte diesen Brief noch weiter vorlesen. Er dient der Erheiterung. Wenn das der einzige Weg ist, mit Medien umzugehen – – –

(Zurufe von der CDU)

– Ich bin von Frau Klöckner aufgefordert worden, sozusagen das Thema „Parteisekretär“ einmal zu beantworten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Ramsauer, SPD: Wir würden den feuern!)

– Herr Bracht, ich wollte eigentlich diesen Brief zur Seite legen. Dann lassen Sie mich auch noch den zweiten Satz von Herrn Schnieder vorlesen. Er schreibt: Am Karnevalssonntag gab es eine Umfrage unter Passanten zu den Motiven der Fastnachtswagen. – Es wären zwei gesendete Kommentare gewesen, die er kritisiert.

Er schreibt: Es geht um die Frauen von SPD und CDU. Die eine ist unsere neue Ministerpräsidentin, und die ist mir sympathisch, die andere – dann schreibt Herr Schnieder, gemeint war die CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende – mag ich nicht so, weil sie immer so breit grinst. –

Das hat Ihr Generalsekretär geschrieben. Ich würde so etwas nicht zulassen, wenn Herr Guth so etwas schreiben würde.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben das Stichwort eingeworfen. Sie müssen in der heutigen Zeit damit rechnen, dass Sie eine Antwort bekommen.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, wir haben in den letzten Monaten mit vielen Beispielen gezeigt, dass

wir unsere Möglichkeiten, den Hahn weiter unterstützen zu können, sehr intensiv wahrgenommen haben.

Sie wissen, dass wir die Förderung von Sicherheitskosten von 5 Millionen Euro auf 8 Millionen Euro in 2012 und für die Jahre 2009 bis 2011 noch einmal rückwirkend um 4,6 Millionen Euro erhöht haben. Ich glaube, das ist – jedenfalls so meine Rückmeldung – als sehr großer Vertrauensbeweis vor Ort aufgenommen worden, ebenso die Entscheidung, dass wir die landseitige Infrastruktur dem LBM zur Verfügung stellen und in Landesstraßen umwandeln, so wie es richtig ist, glaube ich, wie es bisher immer unumstritten war, und damit weitere 7,5 Millionen Euro für den Hahn, für die Zukunft dieses Konversionsprojektes aktivieren konnten.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einmal in den Gesamtzusammenhang stellen, dass es uns gelungen ist, die 24-Stunden-Fluggenehmigung bis heute zu bewahren. Da gibt es in der Koalitionsvereinbarung überhaupt keinen Streit.

(Frau Klöckner, CDU: Aber einen Antrag der
GRÜNEN auf Bundesebene aus
Rheinland-Pfalz!)

Es gibt unterschiedliche Meinungen von Parteien in diesem Landtag. Ich glaube, das ist nicht unnorm. Wir haben diese Genehmigung bis 2016 festgeschrieben. Darüber hinaus haben wir die B 50 vierspurig ausgebaut. Das sind Voraussetzungen für den Hahn, die auch aus Ihrer Sicht Anerkennung finden sollten; denn das sind gute Perspektiven für die Zukunft.

(Zurufe der Abg. Frau Klöckner und Bracht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will an der Stelle ausdrücklich Herrn Schumacher, Herrn Dr. Rethage und Herrn Pollety danken. Ich finde, Sie machen insgesamt einen guten Job. Ich glaube, es war aufgrund veränderter Voraussetzungen, veränderter Zukunftsnotwendigkeiten eine richtige Entscheidung, den Vertrag von Herrn Schumacher mit seinem Einverständnis umzuwandeln und mit Herrn Dr. Rethage einen weiteren, sehr erfahrenen Kaufmann mit seiner Kompetenz in das Führungsduo aufzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an der Stelle will ich ausdrücklich – ich habe zu Beginn der Koalition gedankt – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Hahn ein dickes Dankeschön sagen. Das ist für sie keine einfache Zeit, das ist vollkommen klar. Aber die ziehen mit einer Verve mit, dass ich nur bewundernd den Hut vor diesen Menschen ziehen kann.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Noch nicht einmal da könnt
ihr mitkatschen!)

Frau Klöckner, ich finde, der Hahn, die Menschen, die rund um den Hahn leben, und die ganze Region – ich definiere sie mindestens in die Landkreise Rhein-Hunsrück, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld, Bad Kreuz-

nach, und in Teilbereichen sehe ich auch Cochem-Zell und Rhein-Lahn – verdienen, dass wir gemeinsam an der Zukunft des Hahn arbeiten.

(Bracht, CDU: Aber richtig!)

Der Hahn ist für diesen Bereich unseres Landes enorm wichtig und gibt enorme Impulse. Wenn Sie mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen – Herr Bracht, Sie kennen die Situation –, die wohnen alle in dieser Region und setzen darauf, dass wir am 19. März gemeinsame Entscheidungen treffen, dass alle Fraktionen des Landtags sagen, jawohl, wir machen uns auf diesen gemeinsamen Weg der Umstrukturierung. Das wäre ein Zeichen. Ich glaube, Sie sind da sehr gefordert, auch mit regionalem Blick, dass Sie diesen Weg mit uns gehen.

Ich kann nur dafür werben. Es sind noch 14 Tage Zeit. Keiner sollte sich mit Hürden überfordern, Hürden, die man nicht erfüllen kann, aber der Nachtragshaushalt sagt ganz klar, wir stellen in dem Zeitraum, für den er gilt – – –

(Licht, CDU: Sie sollten aus den Parteitag, die Sie dort oben besucht haben, berichten, SPD-Parteitage! –
Ramsauer, SPD: Waren Sie dort?)

– Lieber Herr Licht, ich habe viele Parteitage in den letzten zwei Jahrzehnten besucht und fast immer ist das Thema „Hahn“ Thema gewesen und immer ein positives Thema und immer versehen mit einem klaren Bekenntnis meiner Partei zu dieser Region und dem Hahn und für eine Zukunftsentwicklung für den Hahn. Daran arbeite ich, daran arbeiten viele. Ich arbeite gerne daran.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich freue mich, wenn wir am 19. März entsprechende Rahmenbedingungen geboten bekommen, damit wir den Hahn zukunftssträftig und zukunfts-fähig umstrukturieren können. Gehen Sie diesen Weg mit. Das wäre ein gutes Zeichen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordneter Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit tiefer Sorge

(Zurufe von der SPD: Oh!)

muss einen die Rede des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus erfüllen; denn wer die Haushalts- und Finanzsituation dieses

Landes so darstellt, wie er es vor wenigen Minuten getan hat, der muss in einer Scheinwelt leben.

(Beifall der CDU)

Mit der Realität in diesem Land hat das jedenfalls nichts mehr zu tun.

Wer die Haushalts- und Finanzsituation dieses Landes so darstellt, wie er es getan hat, der hat längst den Kontakt zu Realität verloren.

(Beifall bei der CDU)

Der hat den Kontakt zur Situation der kommunalen Finanzen verloren. Der hat den Kontakt zur Situation und zum Zustand der Landesstraßen in diesem Land verloren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der hat den Kontakt zum Zustand der Schulen und der Universitäten in diesem Land verloren, und der hat den Kontakt zum Sonderopfer verloren, das dem öffentlichen Dienst in diesem Land ungerechtfertigterweise abverlangt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Solange der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus nicht einsieht, dass seine Partei und seine Finanzminister dieses Land kaputtverschuldet haben, kommen wir hier nicht zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren;

(Beifall der CDU)

denn der verhält sich wie jemand, der in der Grube sitzt und nicht aufhören kann zu graben. Davon hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion vorhin ein erschreckendes Beispiel abgegeben, meine Damen und Herren.

Herr Köbler, zu Ihrem Verhältnis zu Märchen und Ihrem offensichtlich gestörten oder nicht ganz geklärten Verhältnis zur Wahrheit zitiere ich aus der „RHEINPFALZ“ vom 2. März 2013:

„Nachdem die Grünen vergangene Woche allerdings weiteren 120 Millionen Euro für den Flughafen Hahn zugestimmt haben, drängen sie massiv auf einen Ausstieg des Landes aus der Förderung für Zweibrücken. Gestern bekräftigten Sie diese Forderung.“ Aber vielleicht waren Sie nicht dabei, so wie Sie gestern auch nicht in der Anhörung zum Liquiditätspool waren.

(Beifall der CDU)

Vielleicht interessiert Sie das auch alles nicht. Nur stellen Sie es dann in diesem Parlament nicht faktenwidrig dar.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, ich habe das wörtlich so gesagt! Zuhören! – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Verstehen und zuhören! Das sind zwei verschiedene Dinge! Nicht nur zuhören, sondern auch verstehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man muss schon feststellen, es ging dann doch ziemlich schnell. Es dauerte gerade einmal sieben Wochen, also vom 17. Januar 2013 bis zum 6. März 2013, bis die Ankündigungen von einem Neuanfang in der rheinland-pfälzischen Politik, die Ankündigungen von Transparenz, von einem neuen Miteinander in der Landespolitik zusammengefallen sind wie ein Kartenhaus. Wenn man sich einmal den Zusammenhang der Daten und Ereignisse anschaut, in denen dieser Nachtragshaushalt formuliert und aufgestellt worden ist und heute in das Parlament eingebracht worden ist, muss man zunächst einmal feststellen, dass heute, am 6. März, der Minister der Finanzen erklärt hat, sowohl für den Flughafen Frankfurt-Hahn als auch für den Flughafen Zweibrücken wird das bisherige Liquiditätsmanagement aus dem Liquiditätspool in den Haushaltsplan überführt.

(Ramsauer, SPD: Das ist doch okay!)

– Ja, ja, regen Sie sich doch nicht so auf. Das ist nicht gut für den Blutdruck. Ich habe ja noch gar nichts gesagt. Ich muss nur eine längere Einleitung benutzen, damit Sie es auch verstehen, Herr Kollege.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh! –
Ramsauer, SPD: Wenn man so einfach spricht!)

– Ja, ja, Sie werden es noch merken.

Danach führt der Finanzminister weiter aus – jetzt bitte gut zuhören, jetzt kommt es –: Damit setzen wir unsere Ankündigung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss vom 17. Januar 2013 um, die Verbindlichkeiten der beiden Flughäfen gegenüber dem Liquiditätspool im Landeshaushalt abzubilden. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bedeutet nichts anderes, als dass die Planung für diesen Nachtragshaushalt, der heute eingebracht worden ist, bereits am 17. Januar so weit gediehen war, dass man ihn schon damals ankündigen konnte; denn sonst hat die Aussage des Finanzministers keinerlei Bewandtnis.

(Beifall der CDU)

Am 30. Januar – wir gehen aus vom 17. Januar dieses Jahres –, also fast zwei Wochen später, hören wir in der Regierungserklärung sehr viel von neuer Offenheit und neuem Regierungsstil. Wir hören aber kein Wort von einem offensichtlich dringend notwendigen Nachtragshaushalt, obwohl der schon am 17. Januar im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt worden sein soll.

Wir hören nichts von einem dringend notwendigen Nachtrag, der deshalb so dringend notwendig ist, weil es am Hahn lichterloh brennt, und einer damit verbundenen grundlegenden Kurskorrektur im Bereich der Konversionspolitik dieser Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Am 26. Februar fallen zwei Ereignisse zusammen: Während der Rechnungshof vorrechnet, wie beängstigend

tief Rheinland-Pfalz in der Schuldenkrise steckt, während der Rechnungshof vorrechnet, dass trotz höchster Einnahmen der höchste Schuldenstand in diesem Land zu verzeichnen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, beschließt das Kabinett einen Nachtrag mit einer zusätzlichen Neuverschuldung von 220 Millionen Euro.

(Frau Thelen, CDU: Wir machen's einfach!)

Heute ist dieser Nachtrag eingebracht worden. Wenn man die Daten seit dem 17. Januar bis heute im Zusammenhang sieht und aufeinander bezieht, ist dieser Nachtrag nicht das Dokument eines Neuanfangs. Dieser Nachtrag ist nichts anderes als das Eingeständnis des Scheiterns, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Dabei ist die Tatsache, dass Sie mit Ihrem LBM-Konzept gescheitert sind – der Infrastrukturminister hat sich eben gemüßigt gefühlt, dies noch einmal zu verteidigen, ich weiß nicht, ob er das Konzept noch einmal wiederbeleben möchte; vielleicht wollte er auch nur die Leiche schön schminken –, noch das Geringste, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dabei wollen wir von den 3 Millionen Euro an Kosten, die für Gutachten in diesem Zusammenhang entstanden sind, gar nicht weiter reden, aber auch das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall der CDU)

Sie sind gescheitert mit Ihrer Konversionspolitik, die uns seit 20 Jahren immer wieder als Begründung für die horrende Neuverschuldung und Gesamtverschuldung dieses Landes vorgeführt wird. Heute müssen Sie mit diesem Nachtrag den Offenbarungseid leisten, dass Ihre Konversionspolitik grundlegend gescheitert ist.

(Beifall der CDU)

Sie sind gescheitert mit Ihrer missbräuchlichen Nutzung des Liquiditätspools.

(Pörksen, SPD: Noch so ein Märchen! Das ist doch eure Auffassung! Von euren Experten!)

Dabei müssen Sie sich fragen lassen, ob die bloße Überführung der Finanzierung der beiden Flughafen-Projekte Hahn und Zweibrücken aus dem Liquiditätspool, aus dem sie missbräuchlich finanziert worden sind, in den Landeshaushalt auch nur annähernd den beihilfe-rechtlichen Anforderungen entspricht. Sie sind schließlich gescheitert mit Ihrer Politik der maßlosen Kaputtverschuldung dieses Landes, und Sie sind in dieser Kaputtverschuldung nun an einem Punkt angekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dem Sie keinen Spielraum mehr haben, Solidarität zu üben mit strukturschwachen Regionen in diesem Land. Das ist das Problem, das Sie haben. Das ist das grundlegende Problem, das Sie haben.

(Beifall der CDU)

Zur Verschleierung dieses Problems versuchen Sie jetzt kurzfristig durch eine Hand-in-den-Mund-Politik, durch

eine Flickschusterei über Nachträge, dieses grundlegende Defizit Ihrer Politik zu vernebeln.

(Pörksen, SPD: Warum ziehen Sie nicht aus hier?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu alledem hört man aus der Politikzentrale dieses Landes, aus der Staatskanzlei, wo die politische Richtlinienkompetenz nach der Verfassung angesiedelt ist, nichts, kein Wort, bis heute kein Wort.

In der Staatskanzlei werden die Rolläden heruntergelassen, die Vorhänge zugezogen, das Licht ausgemacht, es ist einfach keiner zu Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren, während es am Hahn lichterloh brennt.

Wo ist denn die Richtlinienkompetenz, die in dieser für das Land und die Konversionspolitik und die strukturschwachen Regionen existenziellen Situation so dringend vonnöten wäre? – Frau Ministerpräsidentin, wir erwarten von Ihnen, dass Sie zu diesem Themenkomplex klar Stellung nehmen.

(Beifall der CDU)

Es ist richtig, was der Finanzminister gesagt hat.

(Staatsminister Dr. Kühl: Sind Sie sicher?)

– Ja, dessen bin ich mir hundertprozentig sicher, Herr Minister. Sie haben gesagt, es ist nicht ungewöhnlich, gerade bei auf mehrere Jahre angelegten Haushalten, dass insbesondere die für das zweite Jahr beschlossenen Pläne durch einen Nachtragshaushalt verändert werden.

Aber das ist nur die formale Seite, Herr Kollege. Inhaltlich wissen Sie in Wahrheit doch heute am Tag des Einbringens dieses Nachtragshaushaltes überhaupt nicht, was Sie tun sollen. Sie sind inhaltlich orientierungs- und konzeptlos.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie müssen sich das einmal vergegenwärtigen. Sie wollen, dass das Parlament Ihnen dreistellige Millionenbeträge für den Hahn genehmigt, haben aber bis zur Stunde nicht eine einzige Aussage zu einem inhaltlichen Zukunftskonzept am Hahn gemacht.

(Beifall der CDU)

Welche Zumutung ist das eigentlich für dieses Parlament? Sie wollen dieses Geld in verschiedenen Tranchen ausgeben, wissen aber bis zur Stunde nicht, ob das beihilferechtlich in Ordnung ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Sie wissen nicht einmal, ob es beihilferechtlich möglich ist, weil Sie bisher in all den Jahren zuvor versäumt haben, dies abzuklären. Bereits die Haushaltsermächtigung ist von existenzieller beihilferechtlicher Bedeutung.

Frau Ministerin Lemke fragt heute in einer Pressemeldung Bundesumweltminister Altmaier, warum erst die EU-Kommission den Finger in die Wunde legen muss, um die gerechte Kostenverteilung bei der Energiewende sicherzustellen.

(Ramsauer, SPD: Die Frage ist berechtigt!)

Ich stelle die Frage: Warum muss bei dieser Landesregierung die EU-Kommission erst den Finger in die Wunde bei einem Konversionsprojekt legen, mit dem wir uns bzw. Sie sich schon seit Jahren schwertun, meine Damen und Herren?

(Beifall der CDU)

Wenn das alles nichts miteinander zu tun hat, wie Sie hier darzustellen versuchen, dann stellen Sie sich doch hierhin und sagen,

(Frau Klöckner, CDU: Sagen Sie es doch!)

dieser Nachtragshaushalt ist beihilferechtlich konform, ja oder nein. Sagen Sie es doch. Das würde uns die Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt erheblich erleichtern.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Ach was! Das glauben Sie doch selbst nicht! –
Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Jedenfalls haben Sie es bis jetzt versäumt, uns glaubhaft darzustellen, wie Sie verhindern wollen, dass Sie bei diesem Konversionsprojekt von der einen Falle in die andere Falle tapen.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das, was uns hier dargestellt worden ist, ist kein klarer Weg.

(Pörksen, SPD: Was wollen Sie eigentlich?)

Das sind nicht klare Schritte, die jetzt abgearbeitet werden müssen, sondern das ist ein Herumgestolpere und Herumgetappe in einer Umgebung, die man längst hätte klären müssen und klären können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich darauf verlassen, wir werden in den wenn auch wenigen Tagen, die uns zur Beratung dieses Nachtragshaushaltes zur Verfügung stehen, genau hinsehen, dass Sie nicht die Ermächtigung bekommen, Geld auszugeben, das beihilferechtlich problematisch ist. Das kann ich Ihnen hier sagen.

(Beifall der CDU)

Wir werden auch genau hinsehen und prüfen,

(Baldauf, CDU: Das würdet ihr besser auch so machen!)

ob Sie in diesem Finanzpaket dieses Nachtragshaushaltes nicht, wie das im Zuge der Finanzkrise allzu oft geschehen ist, gute Kredite mit schlechten Krediten so vermischen,

(Pörksen, SPD: Da habt ihr gute Erfahrungen!
Das ist wohl wahr!)

dass beides sich gegenseitig kontaminiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das werden wir zu verhindern wissen. Deshalb freuen wir uns auf die intensiven Beratungen. Erheblichen Klärungsbedarf, bevor wir die Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss zum Beispiel am Freitag stellen, könnten Sie schon jetzt ausräumen, indem sich jemand von der Landesregierung, der sich dazu berufen fühlt, hier hinstellt und sagt: Ja, dieser Nachtragshaushalt ist einwandfrei beihilferechtlich genehmigt. –

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Ramsauer das Wort.

(Frau Klöckner, CDU: Ach, da gehe ich jetzt mal etwas trinken!)

Abg. Ramsauer, SPD:

Das ist aber schade, wenn Sie jetzt etwas trinken gehen.

Ich habe mir heute Morgen aufgeschrieben: Frau Klöckner leitet das Ausstiegsszenario ein. – Bei welcher Passage? Nämlich da, als Sie wider besseres Wissen davon sprachen, dass wir uns von Fraport getrennt hätten,

(Baldauf, CDU: Das sagt der Schuldenkönig von Ludwigshafen!)

und als Sie davon sprachen, dass der Finanzminister die Beihilfefähigkeit in Schwierigkeiten brächte, obwohl Sie kurz vorher gehört haben, dass der Finanzminister erklärt hat, dass alle Maßnahmen in Abstimmung mit der EU-Kommission geschehen werden.

Meine Damen und Herren, jetzt bei der Rede des Kollegen Dr. Adolf Weiland ist mir erst richtig klar geworden, dass Sie nie die Absicht hatten, einem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Wir werden das merken. Man merkt es an jeder Aussage, die Sie hier machen. Herr Dr. Adolf Weiland, dieses Szenario, das Sie hier aufgezeigt haben, diese Horrorvisionen, die sich an jedem Punkt widersprechen, zeigen ganz klar, wo Ihre Linie hingeht.

Wenn Sie auf der einen Seite lamentieren, dass der Liquipool fälschlicherweise genutzt wurde, und verlangen, dass das in den Haushalt kommt, auf der anderen Seite aber kritisieren, dass diese Mittel verwandt werden, dann frage ich mich, welche Linie Sie haben.

Wenn Sie beklagen, dass wir das bereits am 17. Januar angekündigt haben, dann verschweigen Sie, dass da

nicht die Rede von einem Nachtragshaushalt war, sondern die Absicht bestand, das in den nächsten Haushalt zu bringen. Sie versuchen also, uns hier etwas ans Bein zu binden, das überhaupt nicht passt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Kollege Dr. Weiland wider besseres Wissen über Zweibrücken spricht, hier einerseits selbst wörtlich darstellt, dass wir erklärt haben, dass wir die Mittel aus dem Liquipool auch für Zweibrücken in den Haushalt übertragen, und dann so tut, als gäbe es einen Beschluss, dass wir Zweibrücken im Stich lassen, dann ist das eine bewusste Verunsicherung der Bevölkerung.

(Beifall der SPD)

Es ist keine Frage, dass über die Zusammenarbeit des Flugplatzes Zweibrücken und des Flugplätzchens Saarbrücken verhandelt werden muss. Es ist keine Frage, es gab sogar schon gute Verhandlungsergebnisse. An diesem Punkt muss weitergearbeitet und angeknüpft werden, meine Damen und Herren. Es muss gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch eine Lösung finden werden. Panikmache hilft hier nicht weiter.

Worum geht es uns, meine Damen und Herren? Es geht uns nicht um das, was Herr Dr. Adolf Weiland erklärt hat, es sei nämlich ein Offenbarungseid. Er spricht in einer Presseerklärung sogar von einer Unverschämtheit und von Verschleierungstaktik, weil wir nicht nur über den Hahn reden, sondern über andere wichtige Dinge auch.

Meine Damen und Herren, worum geht es uns beim Hahn? Es geht beim Hahn um insgesamt 11.000 mittelbar und unmittelbar betroffene Arbeitsplätze. Es geht um Lebenschancen von Menschen, meine Damen und Herren, und es geht um die Stützung einer strukturschwachen Region.

Es geht um Fluglärm in den Ballungsräumen. Da können Sie sich hier ein Bild machen. Es geht darum, den Hahn im Rahmen der EU-Richtlinien mit den gleichen Maßnahmen zu sichern, wie das bei 70 anderen europäischen Regionalf Flughäfen geschieht. Es ist doch nicht ein Einzelproblem des Flughafens Hahn, was die EU-Richtlinien angeht, meine Damen und Herren.

Es geht natürlich auch um die Liquidität des Hahn. Frau Klöckner hat heute Morgen darauf hingewiesen, dass es darum ginge, eine zeitliche Klippe zu überspringen. Aber auch dazu hat der Finanzminister entsprechende Äußerungen gemacht und auch in seiner Rede von der entsprechenden Sicherung gesprochen.

Übrigens ist dem Finanzministerium sehr zu danken, dass es gelungen ist, in so kurzer Zeit, nachdem wir uns in der Koalition darauf verständigt haben, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, Herr Kollege Weiland, der Hand und Fuß hat und der uns in der jetzigen Situation weiterbringt, der zugegebenermaßen nicht alle Zukunftsprobleme lösen wird. Da müssen wir noch auf die EU warten.

Worum geht es bei den anderen Teilen dieses Nachtragshaushaltes? Diese wollen wir doch nicht vergessen. Worum geht es beim Kita-Ausbau? Es geht um 56 Millionen Euro, und es geht vor allem um unsere Kinder.

Es geht um unsere Familien. Es geht darum, dass junge Familien Beruf und Familie verbinden können. Es geht darum, dass Bildung und Betreuung bei uns konsequent weiter als politisches Ziel stehen.

Es geht darum, dass wir den Kommunen als Träger und den freien Trägern helfen. Insofern ist Ihr Gefühl, dass wir den Kontakt zu den Kommunen verloren haben, reine Panikmache, als wüssten Sie nicht, dass wir den Entwurf zum kommunalen Finanzausgleich gerade in der letzten Woche verändert haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es geht hier um notwendige Ergänzungen trotz der Tatsache, dass wir in der Bundesliga auf Platz 1 sind. Wir haben schon einen Deckungsgrad von 35 % in Rheinland-Pfalz. Wir wollen so schnell wie möglich die 39 % erreichen. Die anderen müssen sich anstrengen, bis sie uns eingeholt haben. Wir hoffen, dass diese Mittel unseren Kindern und Familien zugutekommen.

Meine Damen und Herren, worum geht es beim Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“? Es geht um gute Studienbedingungen. Es geht um Planungssicherheit der Hochschulen. Es geht um Verlässlichkeiten. Diese Verlässlichkeiten würden wir uns auch vom Bund wünschen. Es geht auch darum, dass der Bund seine Zusagen einhält. Es geht darum, dass der Bund entsprechend agiert. Dazu wollen wir unsere Voraussetzungen schaffen. Es geht darum, dass wir Gott sei Dank steigende Studierendenzahlen haben. Es geht darum, dass wir damit helfen können, ein ganz aktuelles Problem, nämlich den Fachkräftemangel, zumindest auf akademischer und fachhochschulischer Ebene anzugehen.

Es geht also um unsere Zukunft. Es geht um die Zukunft von vielen Menschen. Es geht um zusätzliche 30 Millionen Euro. Ich glaube, dass ist sicher und gut angelegtes Geld.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, worum geht es bei unseren humanitären Verpflichtungen? Das sollte man nicht vergessen. Es geht um Menschen mit teils unvorstellbaren Schicksalen. Es geht um Menschenwürde. Es geht darum, dass Menschen würdig aufgenommen werden, gleich warum und woher sie zu uns kommen. Es geht darum, dass es endlich gelingen kann, dass die Menschen zumindest so wie die anderen unterstützt werden können, die nach den Sätzen des Sozialgesetzbuches Sozialhilfe bekommen.

Es geht darum, dass der Bund endlich seine Verpflichtungen wahrnimmt. Die Kommunen sind nämlich diejenigen, die am meisten von diesen Lasten zu tragen haben. Es geht darum, dass sich der Bund endlich dazu

verstehen könnte, die Kommunen von den Soziallasten zu befreien. Wir haben im KFA (Kommunaler Finanzausgleich) aus unserer Sicht und Verantwortung einen ersten Schritt vorgeschlagen, nämlich wenn es endlich gelingen könnte, dass der Bund die Kommunen von den Soziallasten befreien könnte – Herr Kollege Dr. Weiland, als Ludwigshafener weiß ich, wovon ich rede –, dann geht es den Kommunen deutlich besser. Da haben Sie wohl den Kontakt verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Ja, gut, wir könnten erfolgreicher sein, wenn wir nicht schon seit über zehn Jahren eine Oberbürgermeisterin der CDU hätten. Da haben Sie recht.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Fall geht es um weitere 8 Millionen Euro. Ich glaube, auch hier ist es bestens angelegtes Geld.

Es geht insgesamt um mehr Ausgaben im Haushalt. Es geht dabei auch um die Einhaltung des sogenannten Abbaupfades. Es geht um die Einhaltung der beschlossenen Schuldenbremse.

Herr Dr. Weiland, Sie tun so, als wäre das nicht der Fall. Wir stehen noch richtig gut da. Sie können das vergleichen. Fragen Sie Ihre Bundespolitiker, und fragen Sie, welche Probleme der Bundesfinanzminister hat. Dann relativiert sich so manches.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Der Schuldenabbaupfad und die investitionsbezogene Kreditobergrenze werden eingehalten. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist mit Blick auf diesen Nachtragshaushalt gewährleistet, meine Damen und Herren.

(Dr. Weiland, CDU: Wo leben Sie denn?)

Der Nachtragshaushalt ist aus unserer Sicht ein weiterer Nachweis dafür, dass wir uns – auch wenn Sie das anders darstellen wollen – einer seriösen Politik verpflichtet sehen,

(Bracht, CDU: Schuldenpolitik, nichts Weiteres!)

wir mit einer zukunftsorientierten Politik dieses Land gestalten, wir vor allem zu unseren politischen Schwerpunkten in unserer rot-grünen Koalition stehen und dazu stehen, dass wir Bildung von Anfang an bis zum Verlassen des Hörsaals kostenfrei und qualitativ hochwertig und für jeden gewährleisten wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Das ist eine Schuldenpolitik, keine Zukunftspolitik! Das müssen Sie uns erklären!

Die Kinder müssen es bezahlen, wenn Sie erwachsen sind! –

Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land wissen – ganz sicher auch die Menschen in Raum Zweibrücken –, dass sie sich auf diese rot-grüne Koalition, die sozialdemokratische Fraktion und die rot-grüne Landesregierung verlassen können. Verlassen Sie sich drauf.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Ihr Schuldenmacher!)

Vizepräsident Schnabel:

Herr Kollege Steinbach hat das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mit dem vorgelegten Entwurf für den Nachtragshaushalt 2013 zeigt diese Landesregierung Verantwortung für erforderliche und wirtschaftlich begründbare Maßnahmen. Ich bin dem Finanzminister dankbar, dass er im gleichen Atemzug der Einbringung klargemacht hat, dass der vereinbarte Konsolidierungskurs fortgesetzt wird.

(Bracht, CDU: Schuldenfinanziert!)

Wir halten mit diesem vorgelegten Entwurf alle Verfassungsgrenzen ein. Der Abbaupfad des strukturellen Defizits wird nicht verlassen. Die Schuldenbremse werden wir mit dem vorgelegten Entwurf genau Jota für Jota umsetzen. Die Nettokreditaufnahme bleibt im zulässigen Rahmen.

Die Einbringung des Nachtragshaushalts ist erforderlich, weil die Mehrausgaben, die beschlossen werden sollen, teilweise dem Grunde und der Höhe nach bei dem Entwurf und dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2012/2013 nicht zu bestimmen waren. Aufgrund nicht planbarer und damit unvorhersehbarer Entwicklungen im Haushaltsjahr 2013 und unabweisbaren Zahlungsverpflichtungen hat die Landesregierung den Nachtragshaushalt in das Parlament eingebracht.

(Bracht, CDU: Die Unwahrheit, stimmt nicht!)

Sie hat damit ihr pflichtgemäßes Ermessen gemäß den Regeln des Haushaltsrechts ausgeübt.

Der Nachtragshaushalt umfasst im Wesentlichen die Bereiche Kita-Finanzierung, Flughafen Frankfurt-Hahn, Erstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Hochschulfinanzierung. Dazu haben sowohl der Finanzminister als auch meine Kollegen bereits Ausführungen gemacht. Das will ich hier nicht weiter erörtern. Ich will mich auf den haushalterischen Rahmen beschränken, meine Damen und Herren.

Mit dem vorgelegten und eingebrachten Haushaltsentwurf steigen die bereinigten Gesamtausgaben um rund 242 Millionen Euro, und die Ermächtigung zur Nettokreditaufnahme wird um rund 220 Millionen Euro angehoben. Das ist für einen Haushaltspolitiker kein ausgespro-

chener Grund zur Freude, aber es ist erforderlich, um zunächst Rechtsverpflichtungen zu erfüllen, insbesondere die Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung zu unterstützen und sie auch vor möglichen Klagen zu bewahren.

Ich habe sonst von dieser Fraktion oft vermeintlich freundliche Äußerungen gehört. Zu diesem Punkt kam bislang heute noch nichts. Da sieht man, wer Worte hat und wer Taten bringt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Zum anderen gehört aber auch dazu – darüber haben wir ausführlich gesprochen –, eine wirtschaftliche und konzeptionelle Lösung beim Konversionsprojekt Hahn zu erreichen und die Finanzierung bei der Hochschulausbildung sicherzustellen und zu erreichen.

Trotz der Erhöhung der Nettokreditaufnahme ist diese Ermächtigung von der Verfassungsgrenze der zulässigen Verschuldung durch investive Maßnahmen von rund 170 Millionen Euro immer noch deutlich entfernt. Dieser Haushalt entspricht klar der alten goldenen Regel und damit der verfassungsrechtlichen Regelung, wonach Kredite nur in Höhe der Investitionsausgaben aufgenommen werden dürfen.

Der strukturelle Saldo dieses Haushaltes verschlechtert sich durch diesen Nachtrag um 84 Millionen Euro. Auch das ist kein ausgesprochener Grund zur Freude. Aber auch hier halten wir den verfassungsmäßig gebotenen und vorgeschriebenen Abbaupfad beim strukturellen Defizit ein.

Der vorgelegte Nachtragshaushalt ändert nichts am Kurs bei der Einhaltung und Umsetzung der Schuldenbremse. Der politisch vereinbarte und in der Finanzplanung vorgegebene Weg, das Defizit bis zum Ende der Legislaturperiode unverändert zu verringern, wird unverändert eingehalten, meine Damen und Herren.

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen und sich ein wenig in der Fachliteratur umtun und ein wenig schauen, was zum Beispiel die Herrschaften der wissenschaftlichen Seite über unser Vorgehen schreiben, dann werden Sie feststellen, dass die Vorgehensweise beim Thema „Umsetzung der Schuldenbremse, Verankerung in der Verfassung, Ausführungsgesetz und Bestimmungen des Ausführungsgesetzes“ größtenteils gelobt wird. Wenn Sie sich einmal auf den Weg machen würden und die Veröffentlichungen des ZEW aus Mannheim oder der Deutschen Bundesbank lesen, dann werden Sie feststellen, dass uns konstatiert wird, dass wir die härteste und konsequenteste Umsetzung der Schuldenbremse aller Länder haben, meine Damen und Herren, und jetzt kommen Sie von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –

Dr. Weiland, CDU: Wovon träumen Sie denn nachts?)

Das Einhalten der Schuldenbremse heißt für uns auch, dass die zusätzliche Kreditaufnahme nicht allein durch

möglicherweise anfallende konjunkturbedingte steuerliche Mehreinnahmen erreicht wird, sondern dass wir dies in der Form von Ausgabenminderung in folgenden Haushaltsjahren entsprechend kompensieren werden. All Ihre Forderungen – da war Frau Klöckner gerade eben ganz vollmundig mit dabei –, machen Sie das einmal im Nachtragshaushalt 2013.

Meine Damen und Herren, es entspricht nicht der haushaltspolitischen Wirklichkeit, die in einem Nachtragshaushalt entsprechend darzustellen. Wenn das aber Ihr Anspruch ist, bin ich auf Ihre Vorschläge immer wieder einmal gespannt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Jetzt könnten wir uns auf einen sehr einfachen Weg machen, gerade wir als Parlament, und könnten sagen: Ist nicht die wirtschaftliche Lage viel besser als vorhergesehen? Ist die Zinsentwicklung nicht deutlich freundlicher, als wir sie eigentlich vorgesehen haben?

(Bracht, CDU: Trotzdem machen Sie immer
mehr Schulden!)

Würden nicht Mehreinnahmen bei den Steuereinnahmen und gewisse Minderausgaben bei den Zinsausgaben ausreichen, um eine zusätzliche Nettokreditaufnahme zu vermeiden?

Meine Damen und Herren, ich warne vor diesem Weg; denn wir leben in einer Zeit großer Unsicherheiten und großer Unwägbarkeiten. Der Finanzminister hat mit seiner Vorlage genau das Richtige getan. Er hat sich verhalten wie ein vorsichtiger Kaufmann. Er hat einen adäquaten Umgang mit den Risiken und den Chancen im Haushalt abgebildet. Er hat sie hier in seiner Einbringungsrede auch ausdrücklich begründet.

(Bracht, CDU: Ehrabschneidend für die Kaufleute,
so viel Schulden zu machen!)

Die Risiken für diesen Haushalt stecken vor allem in einer nicht absehbaren weiteren konjunkturellen Entwicklung, in einem nicht absehbaren Verhalten der Finanzmärkte bezüglich der Konditionen für die Finanzierung der öffentlichen Hand. Auch in puncto verschiedener Ausgabepositionen sind deutliche Risiken für diesen Haushalt enthalten. Ich darf dabei beispielsweise an die kommenden Tarifabschlüsse erinnern.

Wenn ich mich dann wieder an die vollmundigen Erklärungen der CDU bei den Beamtinnen und Beamten erinnere, dann denke ich einmal, ist das größere Risiko dieses Haushalts eindeutig auf dieser Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Darum ist es richtig und wichtig, in diesem Nachtragshaushalt die erforderlichen Positionen bei der Ausgabenseite anzusetzen und anzuheben, aber kosmetische Operationen am Planergebnis durch Vorbeschriebenes nicht zu tätigen. Diese Vorgehensweise des Parlaments

bindet aber auch die Landesregierung im Sinne einer äußerst sparsamen Mittelbewirtschaftung. Wir im Parlament erwarten, wie gesagt, nicht, dass der volle Betrag der Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2013 und im Rahmen dieser Haushaltsberatung kompensiert werden kann, aber wir erwarten, dass alle Kräfte angespannt werden, dass im Haushaltsvollzug das Ursprungsergebnis bei der Nettokreditaufnahme mindestens erreicht wird und die strukturellen Ausgabenerhöhungen im Doppelhaushalt nicht fortgeführt, sondern kompensiert werden.

Meine Damen und Herren, von der CDU, von der Opposition, Sie haben jetzt zum wiederholten Mal die Vorbehalte vorgetragen, die Sie gegenüber den Vorschlägen der Regierung haben. Sie haben hier an dieser Stelle, an der Stelle des Nachtragshaushalts, das ausgelassen. Sie haben Bedenken vorgetragen, die Sie gegen die Vorgehensweise haben, die Sie gegen die Vorschläge haben, und teilweise in deutlich unsachlicher Art und Weise daran auch Kritik geübt.

(Bracht, CDU: Räumen Sie sie aus!)

Es liegt an Ihnen, gestalterische Vorschläge zu machen. Natürlich ist eine Nachtragshaushaltsberatung eine sehr verkürzte Beratung, aber es handelt sich auch nur um sehr wenige Positionen. Sie können Sie einzeln benennen. Sie haben die Möglichkeit, und die Entscheidung ist an Ihnen, sie zu nutzen oder es bleiben zu lassen. Die Menschen werden im Übrigen ein Urteil darüber fällen.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und der SPD)

Nach all dem, was Sie hier vollmundig verkündet haben, erwarte ich von Ihnen, dass Sie konkrete Vorschläge vorlegen und Ihre konkreten Anforderungen auch benennen. Vollmundiges Verstecken ist da nicht mehr geeignet.

(Bracht, CDU: Solange Sie keine Antworten
auf unsere Fragen geben, bleibt uns
nichts anderes übrig!)

Der Finanzminister hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bezüglich der Ausgaben, die für den Flughafen Hahn vorgesehen sind, eine enge Abstimmung mit der EU-Kommission erfolgen soll. Ich finde, das ist die richtige Vorgehensweise. Ich finde auch, dass dies genügt. Aber vielleicht interessiert die Menschen in der Region Hunsrück durchaus und ganz dringend, was Sie für Vorschläge dazu haben, vielleicht auch über die Vorschläge Ihres CDU-Hunsrück-Papiers hinaus; denn das, was Sie dort vorgeschlagen haben, ist teilweise deckungsgleich mit dem, was wir jetzt auch hier vorschlagen.

(Bracht, CDU: Aber die seriöse Umsetzung
fehlt bei Ihnen!)

Teilweise geht es in Bereiche hinein, die Ihren eigenen Ansprüchen nicht genügen. Sie haben verkündet, die Infrastruktur am Hahn müsse aus Steuermitteln finanziert werden. Wo sind Ihre konformen Vorschläge? Wo sind Sie dafür, dass das eine EU-konforme Regelung

sein soll, meine Damen und Herren? – Ihr Beschluss, Herr Bracht, nicht meiner!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe des Abg. Bracht, CDU, und des Abg.
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Ihre mangelnden inhaltlichen Vorschläge kompensieren Sie ganz gern dadurch, dass Sie ganz toll sind im Backenaufblasen, in Ihrer stetigen sterilen Aufgeregtheit über die Vorschläge der Landesregierung, vor allen Dingen wenn es um die vermeintliche Seriosität und Finanzkompetenz geht. Sie verstecken sich ausschließlich dahinter, dass Sie sagen können: Wir wissen nicht genau, welche Regelung dazu die EU hat, welche einschlägig ist, und ob sie greift. – Das ist Ihre politische Antwort. Sie weigern sich, Vorschläge zu bringen. Sie weigern sich in Teilen sogar, mit uns zu diskutieren. Das ist nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, da reicht es auch nicht, wenn der sehr geschätzte und liebe Kollege Dr. Weiland hier Horrorgemälde des Rechnungshofs erneut verstärkt in der Presse mitteilt und sich quasi zum Sprecher des Rechnungshofs aufschwingt.

Hier wäre es an der Zeit, Vorschläge zu machen. Alles, was Sie von dieser Stelle aus getan haben, waren weitere Vorschläge, um Ausgabenerhöhungen zu machen. Da lasse ich Sie nicht aus der Pflicht heraus. So herum zu reden und andersherum zu handeln, das glaubt Ihnen kein Mensch,

(Dr. Weiland, CDU: Das ist die Unwahrheit!)

und wir als allerletzte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum trägt dieser Entwurf und zeigt dieser Entwurf der Landesregierung die Verantwortung, mit der wir umgehen. Er wird ihr auch gerecht. Meine Damen und Herren, darum ist das der richtige Entwurf und der richtige Vorschlag. Er zeigt auch, dass wir den Weg der Konsolidierung und der Einhaltung der Schuldenbremse unverändert fortsetzen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Gerd Schreiner das Wort.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, Sie hätten

eigentlich damit gerechnet, dass jetzt hier nach der zweiten Runde die Ministerpräsidentin steht und erklärt, dass das, was wir beschließen sollen,

(Ministerpräsidentin Frau Dreyer: Ja,
Herr Schreiner!)

dass der Nachtragshaushalt und die Ermächtigungen, die wir als Parlament nach Wunsch der Regierung erteilen sollen, EU-rechtskonform sind.

(Pörksen, SPD: Das entscheiden wir, wer da steht,
und nicht Sie!)

Sie sehen, die Ministerpräsidentin steht hier nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist ein Problem. Das ist spätestens dann ein Problem, wenn auch Sie, die Sie heute die Zeitung gelesen haben, in Ihrem stillen Kämmerlein in sich gehen und sich fragen, was das denn für Sie als Abgeordnete von SPD und GRÜNEN bedeutet, wenn – ich zitiere „DIE RHEINPFALZ“ von heute – ausdrücklich festgehalten wird: „Recht, das rechtswidriges Handeln erlaubt, ist rechtswidrig.“

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir einer Ermächtigung zustimmen, die rechtswidriges Handeln erlaubt, dann ist das rechtswidrig.

(Pörksen, SPD: Von wem ist denn das?
Von Ihrem Gutachter!)

Gestern haben die Sachverständigen eindeutig gesagt,

(Pörksen, SPD: Was?)

wenn Sie, wenn wir das in dem Wissen um eine mögliche Rechtswidrigkeit tun,

(Pörksen, SPD: Eure haben es gesagt!)

dann ist uns, dem Parlament, auch das zuzurechnen. Herr Kollege Pörksen, auch Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb finde ich es schade, dass hier nicht die Ministerpräsidentin steht und klarstellt, dass es EU-rechtskonform zu machen ist.

(Ramsauer, SPD: Wenigstens das!)

Aber ich möchte den Blick auf die Rede des Herrn Finanzministers werfen, mit der er vorhin den Nachtragshaushalt eingebracht hat. Der entscheidende Satz kam gleich zu Beginn: „Der Flughafen Frankfurt-Hahn (...) benötigt kurzfristig Liquidität (...)!“

Ein paar Seiten später wird er dann auch konkret. Ich zitiere: „Ende März 2013 droht eine Liquiditätslücke, vor allem durch eine endfällige Tilgungszahlung von rund 12,7 Millionen Euro.“ – Wie gesagt, das ist ein Zitat. Der Hahn braucht Geld. Es brennt lichterloh. Das haben wir

schon vor einiger Zeit hören müssen. Jetzt wird es konkret. Es geht um kurzfristige Liquiditätsbedarfe: im März 12,7 Millionen Euro. –

(Frau Thelen, CDU: Der März kam wieder überraschend!)

Der Nachtragshaushalt muss eine Vielzahl von Rechtsanforderungen erfüllen. Eine davon hatten wir eben: das EU-Recht. – Es gibt auch andere Rechtsanforderungen, banalere Rechtsanforderungen. Auch die hat der Finanzminister erwähnt. Auf Seite 2 des schriftlichen Ausdrucks seiner Rede steht – relativ am Anfang nachzulesen –, und er hat es auch genauso gesagt: Der Nachtrag ist von vornherein auf den vordringlichen Bedarf zu beschränken.

Was ist denn der vordringliche Bedarf im Zusammenhang mit den kurzfristigen Liquiditätsbedürfnissen des Flughafens Frankfurt-Hahn? Kurz darauf sagt er auch: „Erstens können der FFHG im Jahr 2013 bis zu 86 Millionen Euro im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens zur Verfügung gestellt werden, wenn dies erforderlich ist, (...)“

Wieder ein wörtliches Zitat: 12,7 Millionen, 86 Millionen – aber nur, wenn dies erforderlich ist, und das unter dem Stichwort, alles würde nur in einem Nachtrag etabliert, wenn es dem vordringlichen Bedarf entspreche.

Eines muss man auf jeden Fall festhalten. Wir stehen am Anfang der Haushaltsberatungen. Wir werden nachfragen. 120 Millionen Euro sind augenscheinlich vielleicht nicht der vordringliche Bedarf. Das ist eine Frage, die die Landesregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen beantworten muss.

Drei Zahlen stehen im Raum, was 2013 der Hahn unbedingt braucht. Sind es 12,7 Millionen Euro, 86 Millionen Euro oder 120 Millionen Euro? 2013 ist das einzige Jahr, über das wir uns Gedanken machen müssen, weil Sie zu Recht festgestellt haben, dass wir für das nächste Jahr schon im Aufstellungsverfahren für den neuen Doppelhaushalt sind.

(Beifall bei der CDU)

Der Hahn braucht kurzfristig Geld. So viel ist klar. Völlig unklar ist, wie viel er braucht. Haushaltsklarheit und -wahrheit und die notwendigen Informationen des Parlaments vor einer so wichtigen Entscheidung wie einer Liquiditätshilfe für eine notleidende Landestochter sehen anders aus.

Insofern müssen Sie sich während der anstehenden Haushaltsberatungen auf unangenehme Fragen einstellen, nämlich wann im Jahr 2013 und warum der Hahn konkret wie viel Geld braucht und wie Sie das EU-rechtskonform machen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – die Gegenfinanzierung, Frau Klöckner und Herr Dr. Weiland haben es angesprochen –, in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und in Zeiten, in denen andere Länder Schulden zurückzahlen – zugegebenermaßen vielleicht nicht Berlin, acht Flächenländer in der Bundesrepublik Deutsch-

land zahlen Schulden zurück –, genehmigen wir uns am Anfang eines Haushaltsjahres einen Nachtragshaushalt in Höhe von 1,5 % des Ausgabevolumens.

Es mag sein, dass jetzt die Sonne scheint. Vor zwei Tagen war es noch düster. Wir sind noch am Anfang des Jahres. Sie können uns nicht ernsthaft weismachen, dass Sie es für unmöglich erachten, in den nächsten zehn Monaten die Mittel einzusparen, die Sie jetzt ausgeben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Köbler, dann ist es auch wohlfeil zu sagen, Sie wollen es im Haushaltsvollzug machen. Ihr Vertrauen in die Landesregierung in allen Ehren, aber hier im Parlament werden die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen beschlossen. Wenn Sie der Landesregierung vertrauen, dass sie ohne Probleme diese 1,5 % einspart, dann sagen Sie der Landesregierung mit einem entsprechenden Deckblatt, dass es nicht in ihr Ermessen gestellt ist.

Sagen Sie als verantwortlicher Abgeordneter, der Verantwortung für die Steuerzahler in diesem Land und für die kommenden Generationen hat, die nicht mit unnötigen Schulden belastet werden sollen, den Menschen und der Landesregierung, dass nur das Geld ausgegeben werden darf, das auch gegengespärt wird.

(Beifall bei der CDU)

In den nächsten Tagen werden wir die Gegenfinanzierung, die EU-Rechtskonformität und insbesondere die Frage, wie hoch konkret zu welchem Zeitpunkt die Bedarfe sind, herausarbeiten müssen. Ich hatte mir zum Thema „EU-Rechtskonformität“ noch ein Zitat herausgesucht, mit dem ich schließen möchte, weil es ein weiteres Schlaglicht auf die Herausforderung wirft, vor der wir stehen. Damit möchte ich wieder den Bogen zu dem zurückschlagen, was ich am Anfang gesagt habe, nämlich – jetzt hat die Ministerpräsidentin die Chance, noch einmal an das Pult zu gehen – warum es wichtig ist, dass wir Klarheit bekommen.

Wenn wir dem Hahn mit einem Nachtragshaushalt helfen wollen, dann muss die Frage, die einer der Gutachter gestern in der Anhörung zum Liquiditätspool aufgeworfen hat, beantwortet werden. Er hat uns nämlich ins Stammbuch geschrieben: Auch Sie haben die Aufgabe, Herr Vizepräsident, darauf zu achten, dass dieses Parlament sein Budgetrecht ordnungsgemäß ausübt.

Dort heißt es: Die intendierte Überführung von Teilen des Liquiditätspools in den Landeshaushalt – es geht um 51 Millionen Euro – im Wege eines Nachtragshaushalts räumt die europarechtlichen Bedenken nicht aus, sondern verschärft sie sogar. Die Überführung der Liquiditätspoolkonten in den Landeshaushalt ist mit den unionsrechtlichen Vorschriften der Artikel 107 ff. des EU-Vertrages unvereinbar.

Wenn wir vernünftig abstimmen sollen, muss die Landesregierung hier an diesem Pult erklären, dass das, was sie von uns erwartet und das wir Ihnen als Ermächtigung geben, rechtsstaatlichen Gepflogenheiten genügt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Herr Weiland hat uns schon
die Ablehnung erklärt!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Kühl.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit nutzen, um auf ein paar Anmerkungen von Frau Klöckner, Herrn Weiland und vielleicht auch noch auf eine Anmerkung von Herrn Schreiner zu reagieren.

Frau Klöckner, Sie haben gefragt – das knüpft eigentlich direkt an das an, was Herr Schreiner am Ende angesprochen hat –, ob es beihilfekonform ist, wenn der Liquiditätspool in den Landeshaushalt überführt wird. Er kann nach unserem Rechtsverständnis gar keinen neuen Beihilfetatbestand auslösen.

Sie und Herr Schreiner haben angesprochen, ob das EU-konform ist. Aus Sicht der EU entsteht ein Beihilfetatbestand bei einem Unternehmen, das begünstigt wird. Es werden keine neuen Kredite ausgereicht. Das alte Kreditverhältnis des Liquiditätspools wird in den Landeshaushalt überführt und dort mit Haushaltskrediten unterlegt.

Das bedeutet für das empfangende Unternehmen keinerlei neuen Tatbestand und keinerlei neue Begünstigungen. Die Tatsache, dass der Liquiditätspool bisher Gegenstand beihilferechtlicher Untersuchungen ist, hat nichts damit zu tun, dass der Liquiditätspool im Land in eine andere haushaltsrechtliche Konstitution gebracht wird.

Herr Weiland hat in seinen Ausführungen den Eindruck erweckt, als würde ein Nachtragshaushalt wie Phönix aus der Asche gezogen, aber es würden schon lange Vorbereitungen getroffen. Sie haben einen Beweis dafür angeführt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Nein, nicht mich, leider nicht. Sie passen nicht richtig auf im Haushalts- und Finanzausschuss. Das ist das Problem. Sie schreiben mir auch dauernd Briefe, die sich eigentlich dadurch beantworten, dass Sie die Protokolle des Haushalts- und Finanzausschusses lesen oder einfach im Haushalts- und Finanzausschuss zuhören würden.

(Frau Klöckner, CDU: Darauf kommen wir noch zu sprechen!)

Lieber Herr Weiland, am 17. Januar hat Herr Staatssekretär Barbaro tatsächlich im Haushalts- und Finanzausschuss über den Liquiditätspool berichtet und Folgendes gesagt – das ist jetzt sinngemäß aus dem Protokoll des Landtags zitiert –: Im Geiste der vorgeschlagenen Regu-

larien sei beabsichtigt, die Inanspruchnahme des Liquiditätspools durch die beiden Flughäfen über den Haushalt abzulösen, sobald sich dafür im Zuge eines Haushalts-gesetzgebungsverfahrens die Möglichkeit bietet.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder es gibt einen Nachtragshaushalt, oder wir tun es im Doppelhaushalt 2014/2015.

(Dr. Weiland, CDU: Dazu habe ich doch gar nichts gesagt!)

– Das haben Sie hier gesagt. Die Landesregierung habe dadurch erkennbar schon gewusst, dass sie einen Nachtragshaushalt verabschiedet.

Lieber Herr Weiland, das ist absurd.

(Dr. Weiland, CDU: Sie haben das heute erklärt, dass Sie das am 17.01. schon gewusst haben!)

Ich habe gesagt, wir tun damit das, was wir am 17. Januar angekündigt haben.

Nichts anderes haben wir getan. Aber wir haben damit nicht das gesagt, was Sie behauptet haben, nämlich dass es uns am 17. Januar schon bewusst gewesen sei, dass wir einen Nachtragshaushalt verabschieden.

(Dr. Weiland, CDU: Doch! Ganz eindeutig!)

Als zweites Beispiel führen Sie die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin ins Feld.

(Zurufe von der CDU)

Herr Weiland, Sie sagen hier, die Ministerpräsidentin habe die Probleme des Flughafens Hahn verschwiegen. Die Ministerpräsidentin hat Folgendes wortwörtlich gesagt – ich zitiere –: „Der Flughafen braucht im Betrieb eine konsequente Umstrukturierung sowie Liquidität, bis diese Umstrukturierung greift und die Europäische Kommission über neue Flughafenleitlinien entschieden hat. Wir haben bereits den Dialog mit der Kommission begonnen, um den weiteren Weg zu besprechen.“ – Sie hat angesprochen, dass sich die Landesregierung gerade darum kümmert, das Liquiditätsproblem des Flughafens Hahn zu lösen. Nach weiteren Gesprächen habe wir entschieden, es auf die Art und Weise zu machen, wie wir es heute im Rahmen der Vorstellung des Nachtragshaushalts dargelegt haben.

Herr Köbler hat in seiner Rede völlig zu Recht gesagt, dass es einer Landesregierung gut ansteht, verschiedene Optionen zu prüfen und dann zu entscheiden, welchen Weg man gehen will. Daraus den Schluss zu ziehen, es sei irgendetwas verschwiegen worden, denn am 30. Januar sei schon irgendetwas bekannt gewesen, ist diffamierend.

Frau Klöckner, Sie reden davon, dass es Rekordsteuereinnahmen gibt, und ziehen daraus den Schluss, deswegen müsse sich eigentlich jedes haushaltspolitische Problem lösen lassen. Diese Suggestion ist völlig falsch. Ich rate Ihnen, in Ihrer Fraktion vielleicht einmal einen guten Volkswirt mit solchen Fragen zu beschäftigen,

statt sich immer von dem – wie heißt der Steuerabschaffungsverein? – Bund der Steuerzahler eine Expertise zu holen.

Wenn wir in einer Volkswirtschaft bei einem konstanten Steuersystem sinkende Steuereinnahmen haben, brennt die Hütte, liebe Frau Klöckner. Dann sind wir in der tiefsten Rezession. Steigende Steuereinnahmen sind in einem gegebenen Steuersystem der Normalfall.

(Zurufe von der CDU)

Dann so zu tun, als würden sich damit alle Haushaltsprobleme lösen lassen, zeugt entweder von Unverständnis, oder man will ein paar Nebelkerzen werfen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

– Herr Bracht, für Sie habe ich auch noch etwas. Ihr Chef-Volkswirt, Herr Weiland, hat eine Rezeptur, die ich bemerkenswert finde. Er sagt, wir müssten mehr für die Beamtengehälter ausgeben, wegen der schlechten Unterrichtsversorgung mehr Lehrer einstellen und außerdem mehr Straßen bauen. Gleichzeitig dürfe es auf keinen Fall zu einer höheren Verschuldung kommen.

Lieber Herr Weiland, ich glaube, Sie sind die personifizierte Quadratur des Kreises.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist zu viel der Ehre! –
Frau Klöckner, CDU: Na, na, na!)

– Doch. Frau Klöckner, Herr Weiland und eben Herr Schreiner haben die Frage gestellt, wie beihilfekonform der Haushalt ist, wenn er vom Parlament verabschiedet wird. Sie führen einen Experten an, den Sie auch zitiert haben.

(Dr. Weiland, CDU: Mehrere! Zwei!)

– Mehrere. Zitiert haben Sie offensichtlich einen. Oder haben beide denselben Textbaustein für Anhörungen bekommen? – Nein.

(Schreiner, CDU: Ich habe sowohl Herrn Rossi
als auch Herrn Kube zitiert!)

Es hätte Ihnen gut angestanden, wenn Sie auch einen anderen Experten aus der Anhörung zitiert hätten, der völlig zu Recht gefragt hat: Welches Rechtsstaatsverständnis hat ein Parlament, wenn man den Haushalt nicht als Haushaltsermächtigung versteht, sondern verlangt, dass die Regierung, damit man die Ermächtigung geben kann, schon zu diesem Zeitpunkt für jede einzelne Auszahlung, die sie vornimmt, nachweisen kann, dass sie rechtskonform ist? – Vor dem Hintergrund des Beihilferechts erscheint Ihnen das auf einmal unglaublich plausibel.

In die Realität umgesetzt würde Ihr Anspruch bedeuten, dass man, bevor dieses Parlament einen Haushalt verabschiedet, beispielsweise von Frau Ahnen verlangt, dass sie Ihnen nachweist, dass die 400 oder 500 Lehrer, die sie im nächsten Haushaltsjahr einstellt, einen, was

die Rechtsvorschriften betrifft, in allen Belangen richtigen Arbeitsvertrag bekommen. Sie würden das erwarten; das ist völlig klar. Es ist völlig normal, dass man diese Ermächtigung in der Erwartung erteilt, dass die Exekutive die Rechtsvorschriften einhält.

(Frau Thelen, CDU: Natürlich erwarten wir ein rechtmäßiges Verhalten dieser Regierung!)

Genauso ist es beim Beihilferecht, und genauso ist es, wenn wir Zuwendungen und Zuschüsse vergeben. Dann müssen wir uns an die Vorschriften nach § 44 LHO halten. Wenn wir Mittel zum Bauen vergeben, vertrauen Sie als Legislative darauf, dass die Exekutive nach Recht und Gesetz handelt. Genau das Gleiche ist bei den Mitteln der Fall, die hier veranschlagt und etatisiert werden.

(Zurufe von der CDU)

Wir, sowohl die Kollegen aus den Regierungsfractionen als auch ich, haben Ihnen heute hier gesagt, dass die Regierung diese Mittel in Abstimmung mit der Europäischen Kommission verausgaben wird, was die Tranchen und die Zinskonditionen betrifft. Mehr kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden.

Das gilt auch für alle anderen Haushaltstitel, beispielsweise für die Mittel, die wir vermutlich verabschiedet werden, damit Frau Alt sie an die Kommunen für den Kindertagesstättenbau weiterleiten kann. Auch dort werden Sie darauf vertrauen müssen, dass die Rechtsvorschriften eingehalten werden.

(Ramsauer, SPD: Alles andere ist üble Nachrede! –
Frau Klöckner, CDU: Das Beihilfeverfahren ist
üble Nachrede? –
Weitere Zurufe von der CDU)

Lieber Herr Bracht, ich glaube, Herr Steinbach wollte auch Ihnen gegenüber nett sein, indem er darauf hingewiesen hat, ein unabhängiges Institut habe festgestellt, dass die Vorschriften zur Schuldenbremse und die Art und Weise, wie die Schuldenbremse umgesetzt wird, in Rheinland-Pfalz als besser beurteilt werden als in allen anderen Bundesländern. Als er das sagte, sind Sie hier vor Lachen zusammengefallen. Sie lachen sich selbst aus, weil Sie diese Vorschriften verabschiedet haben.

(Ramsauer, SPD: So ist das!)

Ich finde das ziemlich trostlos. Sie sollten einmal Ihr Verständnis der Regeln, die Sie in diesem Parlament verabschiedet haben – auch noch mit Verfassungsrang –, überdenken.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich einige Gäste begrüßen. Ich begrüße zunächst die Schülerinnen und

Schüler einer Grundschulklasse der Marksburgschule Braubach. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Mitglieder des DGB-Kreisverbands Bitburg-Prüm. Seien Sie ebenfalls herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Jetzt hat Herr Kollege Dr. Weiland von der CDU-Fraktion zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich habe Verständnis dafür – jedenfalls in einem gewissen Umfang –, dass Sie hier etwas genervt und säuerlich reagieren, dass Sie jedenfalls nicht so souverän auftreten, wie man das von Ihnen gewohnt ist.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Ich habe großes Verständnis dafür; denn Sie müssen hier die Suppe auslöffeln, die andere Ihnen eingebracht haben. Das kann ich gut nachvollziehen. Am Ende ist es immer der Finanzminister, der den Buckel für alles und jedes hinhalten muss. Die Briefe, die ich von Ihnen bekomme, müssen Sie mir schreiben, weil andere – wo auch immer – irgendetwas verbockt haben. Ich habe Verständnis dafür, dass Ihnen das keine Freude macht.

(Fuhr, SPD: Das sieht man Ihnen an!)

Über das, was Sie im Hinblick auf die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. Januar angesprochen haben, brauchen wir nicht groß zu streiten. Sie haben aus dem Protokoll der Ausschusssitzung das, was der Herr Staatssekretär gesagt hat, richtig zitiert. Das widerspricht meiner Aussage nicht. Ich habe aus Ihrer Rede zitiert. Sie haben gesagt, damit würden Sie Ihre Ankündigung aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. Januar 2013 umsetzen.

(Zuruf von Staatsminister Dr. Kühl)

– Das haben Sie so gesagt. – Ich habe es so verstanden, dass Sie am 17. Januar angekündigt haben, Sie würden das umsetzen. Sollte ich das falsch verstanden haben, bin ich gern bereit, es zurückzunehmen. Ich habe es so verstanden, dass der Staatssekretär – nicht Sie persönlich – in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. Januar für das Ministerium angekündigt hat, dass es einen Nachtragshaushalt geben wird, in dem das geregelt ist.

(Ramsauer, CDU: Das genau nicht!)

– Gut. Dann muss sich der Herr Finanzminister in Zukunft vielleicht etwas präziser ausdrücken, um solchen Missverständnissen vorzubeugen.

(Zurufe von der SPD)

Aber dieses Missverständnis, das auszuräumen ich bereit bin, ändert nichts an der Tatsache, dass die Ministerpräsidentin dieses Landes zu dieser entscheidenden Frage hier und heute keinen einzigen Ton gesagt hat.

(Beifall der CDU)

Das ist ein Armutszeugnis, wie es dieses Haus noch nicht erlebt hat.

(Beifall der CDU –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Frau Abgeordnete Julia Klöckner hat das Wort.

(Zurufe aus dem Hause –
Heiterkeit im Hause)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die CDU hat noch eine Redezeit von elf Minuten.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf drei Punkte eingehen, die der Finanzminister angesprochen hatte.

Herr Minister Kühl, wenn nicht jetzt, wann dann wird es möglich werden, in diesem Land zu konsolidieren? – Entweder Sie geben das Ziel auf, irgendwann einmal auf einen grünen Zweig zu kommen, so, wie das übrigens andere Bundesländer geschafft haben, oder Sie legen etwas bei uns aus, was nicht in Ordnung ist. Sie legen uns nahe, wir hätten kein finanzpolitisches Verständnis. Wenn wir es bei den Rekordsteuereinnahmen, die wir haben, und den günstigen Zinsbedingungen, die auch dem Land zugutekommen, was Sie selbst sagen, wenn wir also just unter solchen Rahmenbedingungen es nicht schaffen, Mehrausgaben zu kompensieren, wann sollten wir es sonst schaffen? – Erzählen Sie uns doch nicht, dass Sie das dann im Vollzug schaffen würden.

(Beifall der CDU)

Entweder stimmt das nicht, was Sie sagen, oder es stimmt das nicht, was Herr Kollege Köbler sagt, dass sich einfach im Haushaltsvollzug ergibt, dass wir gegenfinanzieren.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich doch gar nicht gesagt)

Wir können so etwas gerne als Deckblatt gemeinsam verabschieden.

Ein zweiter Punkt. Wenn wir eine Finanzierungslücke haben und schnell gehandelt werden muss, was wir am Hahn sehen – es brennt lichterloh, wie Ihr neuer Geschäftsführer es gesagt hat –, dann frage ich mich, warum Sie jetzt, das heißt, am 19., für den Hahn 120 Millionen Euro von uns freigegeben haben möchten, aber wir, um über dieses brennende Risiko – so nenne ich es jetzt – hinwegzukommen, viel weniger brauchen.

Ich finde es gut, dass wir heute erfahren haben, dass Sie nicht genau sagen können, ob all das, was Sie vorhaben, auch EU-rechtskonform ist. Das haben wir uns so gedacht, dass das wohl so sein wird. Aber dann muss man dies auch einmal sagen.

(Pörksen, SPD: Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

Sie haben es heute zugegeben. Dann könnte man doch einen ganz anderen Weg suchen. Wenn Sie wirklich wollen, dass wir zustimmen und mitmachen können, dann müssen wir aufeinander zugehen. Dann heißt das Ihrerseits, dass Sie überlegen müssen, was Sie uns überhaupt als Nachtragshaushalt vorlegen.

Auch das ist die Frage. Warum sollen wir Ihnen etwas freigeben, was Sie jetzt noch gar nicht komplett brauchen – das wissen Sie –, und die Beratungen zum Doppelhaushalt im Herbst sowieso anstehen. Insofern sind wir sehr konstruktiv dabei.

(Pörksen, SPD: Das merken wir!)

Mich wundert nur, dass wir gescholten werden für Fragen, die wir heute stellen. Die Antworten kennen Sie teilweise heute. Auch Sie lassen sich für die Antworten feiern, dass Sie das jetzt aus Brüssel mitgebracht haben. Aber wir werden von Rot-Grün gescholten, dass wir Fragen stellen, die Rot-Grün schon längst hätte selbst stellen sollen, weil dann wären wir gar nicht in die missliche Lage gekommen, in der wir heute sind.

(Beifall der CDU)

Ein Letztes zum Thema „Vertrauen in die Landesregierung“.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Grundsätzlich habe ich in der Demokratie in die Gesetzmäßigkeit und das Verhalten – egal welcher Regierung, wenn sie demokratisch ist, das ist klar, darüber müssen wir gar nicht reden – ein Grundvertrauen, aber in den Einzelfällen, bei der Umsetzung stellt sich die Frage: Warum sind wir heute zusammen? Warum hatten wir im vergangenen Sommer Sondersitzungen? – Weil das Vertrauen, das wir in Sie hatten, absolut enttäuscht worden ist, weil es einen Offenbarungseid gab. Wir haben aus Erfahrung gelernt.

Aber jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Punkt. Der Unterschied zu den Geldern zum Beispiel für den U3-Ausbau, die übrigens – Stichwort U3-Ausbau –, wo wir klar sagen, das hätte schon längst passieren müssen – – –

Frau Alt, wir haben eine entsprechende Auseinandersetzung inhaltlicher Art gehabt. Die Kommunen haben vorfinanziert. Der Bund hat vorfinanziert. Dass das längst notwendig ist, darüber müssen wir nicht reden.

Herr Kühl, Herr Minister, aber wir haben beim Flughafen Hahn einen ganz anderen Sachverhalt. Hier ist ein Beihilfeverfahren eröffnet. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn wir über U3-Gelder reden. Hier geht es

darum, wie Sie innerhalb des Beihilfeverfahrens eine Transparenz möglich machen, die EU-rechtskonform ist.

(Beifall bei der CDU)

Es gilt das Durchführungsverbot. Wenn wir da keine Fragen hätten, liebe Leute, dann wären wir eine schlechte Opposition. Dann würden wir Ihnen das Regieren einfach machen. Ich glaube, dass Sie dann zufrieden wären, aber das wären dann die Steuerzahler und die Bürgerinnen und Bürger nicht.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegt eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Köbler vor, die direkt auf Frau Abgeordnete Klöckner folgt. Also zunächst Herr Abgeordneter Köbler und dann die Landesregierung. Sie haben natürlich die Chance zu antworten.

Drei Minuten Kurzintervention.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Klöckner, ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, weil wir uns hier inhaltlich über alles streiten können. Aber ich bitte Sie, doch aufzuhören, in der Form fortgesetzt die Unwahrheit zu verbreiten, indem Sie mich schlicht und ergreifend falsch zitieren.

Ich habe gesagt, dass wir dafür sorgen werden, dass Mehrbelastungen, die jetzt dadurch entstehen, dass wir die Operation für den Hahn machen, gegenfinanziert werden, und ich optimistisch bin, dass ein Teil davon schon im Vollzug des Haushalts gelingt und der Rest im nächsten Doppelhaushalt entsprechend dargestellt wird.

(Pörksen, SPD: Genau so!)

Das ist das, was ich gesagt habe. Ich bitte Sie, endlich aufzuhören, mich falsch zu zitieren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Die direkte Replik von Frau Abgeordneter Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Kollege Köbler! Ich bin froh, dass Sie es noch einmal wiederholt haben; denn Sie haben zuge sagt, dass das, was an Mehrausgaben jetzt geschieht – – – Wir sind bei rund 221 Millionen Euro neuen Schulden. Sie schütteln den Kopf. Also nach meiner Rechnung ist das so.

Ich würde gern hören, was Sie glauben, was die neuen Schulden sind.

Sie sagten, dass Sie im Laufe dieses Jahres versuchen, es gegenzufinanzieren – habe ich Sie richtig verstanden? – und dann noch einmal im kommenden Doppelhaushalt abbilden, das heißt, zusätzlich zu dem abbilden, was sowieso laut Schuldenbremse eingespart werden muss, um dann zusätzlich noch einmal einzusparen. Das finde ich gut. Ich bin froh, dass ich Sie jetzt so verstanden habe. So habe ich Sie vorhin nämlich auch verstanden. Vielleicht habe ich mich dann schlecht ausgedrückt.

Lassen Sie uns doch Folgendes machen: genau das im Haushalt beschließen. Dann machen wir den Vorschlag, und dann machen wir das gemeinsam. Und diesem Antrag stimmen wir aber so etwas von sehr schnell zu, das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat nun Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Lieber Herr Präsident, meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen! Ich rede jetzt nicht aufgrund der freundlichen Einladung von Herrn Weiland, keinesfalls,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

aber ich möchte doch zwei, drei Sachen nicht im Raume stehen lassen, zumal uns heute viele Bürger und Bürgerinnen zuhören. Ich denke, insofern ist es angemessen, drei Sätze zur Klärung zu sagen.

Das Erste hat der Finanzminister schon gesagt, meine sehr geehrten Herren und Damen. Ein Nachtragshaushalt wie auch ein Haushalt wird vom Finanzminister eingebracht. Sie brauchen auch keine Angst zu haben. Die Ministerpräsidentin wird selbstverständlich – wie es üblich ist – im Haushalts- und Finanzausschuss anwesend sein und natürlich – falls es notwendig ist – sich in die Abschlussdebatte einmischen. Das ist für mich klar. Das ist Usus in diesem Parlament. Genauso werde ich das in dieser Sache machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt, der mir noch sehr wichtig ist – das geht an Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU –, wenn es um eine Ermächtigung zur konkreten Auszahlung an den Hahn geht, geht es nicht um 120 Millionen Euro – das wissen Sie –, sondern es geht um 80 Millionen Euro netto. Die 120 Millionen Euro addieren sich aus den 80 Millionen netto plus Liquipool.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, der Liquipool – das haben Sie ausführlich diskutiert – hat nur Haushaltstechnik im Hintergrund. Er ist beihilfebefangen. Es

wird sich nichts am Verhältnis Hahn zum Liquipool verändern. Ich bitte Sie, auch da bei der Wahrheit zu bleiben. Wir reden, wenn es um eine Ermächtigung ganz konkret für den Hahn geht, in diesem Haushalt über netto 80 Millionen Euro und brutto 86 Millionen Euro – der Finanzminister hat das bereits gesagt – und nicht über 120 Millionen Euro. Ich wäre Ihnen wirklich sehr verbunden, wenn diese Zahl auch in der Zukunft öffentlich gebraucht wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Wir sind trotzdem bei 120,
weil 80 und 40 ergeben 120!)

Liebe Frau Klöckner, Sie werden hier nicht für Fragen gescholten, die Sie stellen. Das will ich auch noch einmal aus meiner Sicht sagen. Selbstverständlich kann und sollte die Opposition Fragen stellen. Ich finde es aber trotzdem nicht in Ordnung, wenn Fragen, die beantwortet worden sind, immer wieder so wiederholt werden, als wären sie nicht beantwortet worden. Das finde ich nicht okay.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie müssten wissen, auch weil Sie sich viel mit dem Thema befasst haben, die EU wird uns keine schriftliche Bestätigung für diesen Nachtrag geben. Das ist eine Forderung Ihrerseits, die absolut nicht erfüllbar ist. Wir können Ihnen zusagen – das haben der Finanzminister, der Innenminister und alle, die für die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen gesprochen haben, zugesagt –, dass die Tranchen, die wir an den Hahn auf der Grundlage der Ermächtigung des Haushaltes ausgeben, mit der EU sowohl im Hinblick auf das Volumen als auch im Hinblick auf das Thema „marktübliche Verzinsung“ abgesprochen werden. Diese Gespräche laufen. Wir hoffen, Ihnen die Ergebnisse bis zum Abschluss des Haushaltsverfahrens vorlegen zu können.

Meine Damen und Herren, verlangen Sie also nicht etwas, von dem Sie ganz genau wissen, dass das in keiner Weise erfüllbar ist. Das bringt einen dann auf ziemlich komische Gedanken. Das will ich nicht. Ich nehme Ihr Angebot an, dass wir konstruktiv über diese Fragen und auch über die Antworten, die wir Ihnen geben, sprechen, aber ich möchte nicht, dass wir uns dort, wo wir Ihnen Antworten gegeben haben, immer wieder im Kreis drehen und Sie an uns Erwartungen formulieren, die objektiv überhaupt nicht zu erfüllen sind.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein vierter Punkt erscheint mir klarstellungsbedürftig, weil ich mehrfach heute gehört habe, dass am 30. Januar die Landesregierung schon wusste, dass wir einen Nachtrag machen werden. Meine sehr geehrten Herren und Damen, ich sage es Ihnen noch einmal an diesem Pult aus meinem Mund: Das war damals nicht klar. Wir wussten, dass es Ende März ein Liquiditätsproblem auf dem Hahn geben wird, aber selbst der neue Geschäftsführer war bis vor ein paar Wochen noch der Auffassung, dass die Gesellschaft selbst in der Lage

sein wird, das zu wuchten. Wir haben viele Szenarien geprüft. Das war auch richtig. Auch das ist gesagt worden. Wir haben, weil wir uns auch im Gespräch mit der Kommission befinden, dann entschieden, dass der Nachtrag der richtige Weg ist.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Warum bitte hätte ich in einer Regierungserklärung, wenn ich gewusst hätte, dass wir einen Nachtrag machen, das verheimlichen sollen? Ich persönlich bin der Auffassung, dass wir mit dem Nachtrag einen klaren Weg gehen. Den hätte ich am 30. Januar genauso begründet, wie ich mich jetzt in den nächsten Wochen in Diskussionen darüber begeben, dass wir diesen Nachtrag machen.

Insofern unterstellen Sie mir nicht etwas, was nicht stimmt. Wir wussten das Ende Januar nicht. Ansonsten hätte ich das angesprochen. Wir wissen aber heute, dass das der richtige Weg ist. Wir sind auch bereit, die Verantwortung für die Arbeitsplätze, für die Kitas, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für unsere Asylbewerber zu übernehmen und tatsächlich die Dinge auf den Weg zu bringen, die notwendig sind.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich komme noch zu einem allerletzten Punkt. Natürlich ist es für mich als neue Ministerpräsidentin und auch für die Koalition kein besonderes Vergnügen, zusätzliche Belastungen über einen Nachtrag einzubringen. Ich möchte Ihnen aber trotzdem noch einmal sagen, dass wir im Moment der Auffassung sind, dass es der richtige Zeitpunkt ist, um an diesen Stellen zu handeln.

Unsere Kommunen fordern es von uns ein, dass wir bei U3 etwas nachlegen, und zwar nicht eine Minisumme, die wir gerade einmal nebenher genehmigen, sondern eine beträchtliche Summe. Das machen wir mit diesem Nachtrag.

Der Hahn braucht eine Perspektive. Wir wollen den Hahn umstrukturieren und die Arbeitsplätze sichern. Es ist auch ein bisschen Ruhe am Hahn notwendig, damit wir nicht jeden Tag immer wieder über Liquiditätsprobleme miteinander diskutieren.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb verstehe ich Ihre Kritik, das würde ich als Opposition auch so machen, aber ich sage deutlich: Wir sind in der Verfassung mit der Schuldenbremse eine Verpflichtung eingegangen. Wir werden unseren Abbaupfad einhalten. Herr Dr. Kühl hat das Notwendige dazu gesagt.

Derzeit liegen wir mit 234 Millionen Euro über dem Abbaupfad. Das wird uns nicht den Ehrgeiz nehmen, im Haushaltsvollzug so viel wie möglich zusätzlich einzusparen. Selbstverständlich wird aber an der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse nicht gerüttelt. Wir werden diesen Sparkurs weiter gehen. Sie werden in dem neuen Doppelhaushalt, den wir vorlegen, erleben, dass wir das Versprechen, das wir gemeinsam in der Verfassung verankert haben, einhalten werden.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Im Moment – dies nur zur Information – beläuft sich die Redezeit der Fraktion der SPD noch auf 19 Minuten, die der Fraktion der CDU noch auf 14 Minuten und die der Fraktion der GRÜNEN noch auf 24 Minuten. Es liegt eine Meldung für eine Kurzintervention von Herrn Dr. Weiland vor. Herr Dr. Weiland, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Liebe Frau Ministerpräsidentin! Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Auch wenn Sie sie nicht auf meine freundliche Einladung hin gemacht haben, waren sie doch erhellend und führen weiter. Wir sind jetzt an einem wichtigen Punkt angelangt. Ich meine, wir müssen in der Sache miteinander dafür sorgen, dass das aufgeklärt wird. Sie haben gesagt, dass die 51 Millionen Euro – also die 45 Millionen Euro für den Hahn und die 6 Millionen Euro für Zweibrücken – nicht in die Nettokreditaufnahme eingehen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Ministerpräsidentin Frau Dreyer: Das habe ich nicht gesagt!)

Darf ich dann fragen, – – –

Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Dr. Weiland, Sie können natürlich fragen, aber das ist keine Fragestunde. Deshalb muss die Landesregierung nicht antworten, sondern wenn Sie jetzt fragen, ist das eine rhetorische Frage. Die Ministerpräsidentin hat aber natürlich die Möglichkeit, nach Ihnen zu antworten.

(Pörksen, SPD: Das muss sie aber nicht!)

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Ich bedanke mich für die belehrenden Ausführungen, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Braun:

Bitte, gern geschehen.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Dr. Weiland, CDU:

In den Erläuterungen zu Kapitel 20 04 Titel 861 03 neu „Überführung von Liquiditätspoolkonten in den Landeshaushalt“ steht unter anderem: „Durch die gewählte Art der landesinternen Verbuchung wird die bisher erfolgte

und zukünftig erfolgende Ausreichung von Liquidität in der Nettokreditaufnahme des Kernhaushalts erfasst.“ – Das heißt, die 51 Millionen Euro, die bisher über den Liquiditätspool ausgereicht wurden und nicht in der Nettokreditaufnahme des Landeshaushalts erfasst waren, müssen jetzt in der Nettokreditaufnahme des Landeshaushalts erfasst werden. Folglich sind sie der Verschuldung zuzurechnen!

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es folgt jetzt keine Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Weiland, aber es hat sich gemeldet – – –

(Zurufe von der CDU)

Es ist vollkommen klar, dass nicht auf die blaue Karte geantwortet werden muss.

(Zurufe von der CDU)

Die nächste Wortmeldung kommt – liebe Opposition, Sie wissen auch, wenn sich die Regierung meldet, ist ihr das Wort zu erteilen – – –

(Zurufe von der CDU)

Die nächste Wortmeldung ist die von Herrn Dr. Kühl. Für die Landesregierung spricht Herr Dr. Kühl, der Finanzminister.

(Baldauf, CDU: Der antwortet jetzt!)

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Ich denke, das ist jetzt ein schwieriger Ort, um diese Einzelfragen zu klären. Ich will die Frage kurz beantworten.

(Baldauf, CDU: Ah!)

Ich will aber gleich vorschlagen, dass wir die Einzelheiten und solche Fragen in der Ausschusssitzung am kommenden Freitag und, falls weitere Ausschusssitzungen notwendig sind, in einer der darauffolgenden Sitzungen klären.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat gesagt, dass die Landesregierung ermächtigt wird, dem Hahn mehr neue Gesellschafterdarlehen in Höhe von 80 Millionen Euro zu geben.

Die 51 Millionen Euro, die bei dem Liquiditätspool abgebildet sind, stellen Kreditverhältnisse dar, die zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der FFHG bzw. zwischen dem Flughafen in Zweibrücken bestehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Insofern werden dort keine neuen Schuldverhältnisse konstituiert.

Natürlich werden diese 51 Millionen Euro von den Kas-senverstärkungskrediten weggenommen und in Haus-haltskredite überführt und damit in Nettokreditauf-nah-men.

(Licht, CDU: Also neue Schulden!)

Das bedeutet aber aus Sicht der Europäischen Union und aus Sicht des Beihilferechts

(Pörksen, SPD: Darum ging es doch!)

keinerlei Unterschied, weil überhaupt kein neues Kredit-verhältnis konstituiert wird, sondern sich der Kreditgeber Land entscheidet, diese Kredite anders in seinem Fi-nanzgebaren zu decken.

(Pörksen, SPD: Eben!)

Das hat die Ministerpräsidentin erzählt, und das habe ich erzählt. Das ist ein Unterschied zu der Aussage von Herrn Weiland, dass wir so getan hätten, als seien die 51 Millionen Euro nicht durch Nettokreditaufnahme be-lastet, oder bei Ihnen der Eindruck entstanden ist.

Ich glaube, dass solche Fragen geeignet sind, sie in den entsprechenden Ausschussberatungen miteinander zu diskutieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Okay! Danke!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Das Wort hat Frau Abgeordnete Klöckner von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Sie haben eine Redezeit von 14 Minuten.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Danke schön, Herr Präsident.

Frau Ministerpräsidentin, ich möchte auf zwei, drei Punkte eingehen. Sie baten, dass wir nicht einen Eindruck erwecken sollten, umgekehrt bitte ich Sie aber auch, dass Sie uns nicht etwas unterstellen, was nicht stimmt.

Ich möchte das einmal deutlich machen. Sie haben gesagt, wir würden Ihnen Hürden aufstellen, die Sie nicht überwinden könnten. Ich finde diese Unterstellung sehr gewagt. Ich finde das nicht in Ordnung.

Wir hatten mehrere Sitzungen in sehr kurzer Zeit. Die Landesregierung hatte viel mehr Zeit, auch viel mehr Zeit zur Vorbereitung, und vor allem hat sie mehr Perso-nal, und sie hat Gutachten vorliegen, die uns nicht vor-liegen.

Die Landesregierung hat sich für einen Weg ent-schieden, zu dem wir Fragen haben, aber auch Sicherheiten haben wollen; denn ich gehe davon aus, dass Sie gerne hätten, dass wir dieses Risiko bei der Abstimmung über-nehmen; denn darum geht es.

Sie machen auch andere Dinge, bei denen Sie nicht so viel Wert darauf legen, dass wir mitstimmen. Sie legen hier Wert darauf, dass wir mitstimmen. Warum? Aus welchem Grund? – Weil es schiefgehen könnte. Dann ist es immer schön, wenn die Opposition mit dabei ist.

(Baldauf, CDU: Genau das ist der Punkt!)

Das ist legitim. Nur dann bitte ich mit zu bedenken, warum die Opposition Fragen stellt und Anregungen aus Brüssel mitbekommen hat, und zwar folgender Art. Sie haben es vorhin noch einmal konkretisiert.

Dass es um 120 Millionen Euro für den Hahn geht, das ist so. Jetzt wollen Sie von uns zusätzlich die Hand für rund 86 Millionen Euro gehoben haben.

Jetzt haben wir zum 1. April eine Liquiditätslücke. Das ist das Drängende. Deshalb gibt es eine verkürzte Haushaltsberatung.

Hätte die Landesregierung, die wusste, dass der 1. April kommt – das wusste sie nicht erst seit 14 oder 20 Tagen, sondern das wusste sie schon im vergangenen Jahr –, viel früher begonnen, dann hätten wir viel mehr Zeit für die Beratung gehabt, dann hätte es keine Verkürzung der verkürzten Beratung geben müssen, und dann hätte man das, was Sie jetzt aufgrund der Zeit nicht klären konnten, klären können.

Das haben Sie bisher nicht gesagt. Sie haben gesagt, wir können Ihnen keine Antworten geben, weil dies bis zum 19. März nicht möglich ist. Dann aber gehört zur zweiten Hälfte dazu, dass Sie sie hätten geben können, wenn Sie frühzeitig begonnen hätten, wie das andere Länder in EU-Beihilfeverfahren auch gemacht haben.

(Beifall der CDU)

Das ist der Hauptpunkt. Wir sollen Ihnen innerhalb von 14 Tagen vertrauen, es wird schon irgendwie gut gehen.

Jetzt versuchen wir als Opposition, mit Ihnen einen Weg zu finden, wie wir eine Lösung bekommen können.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, wissen Sie, Sie haben heute wirklich sehr übersichtlich dazu beigetragen, sich fachlich damit zu beschäftigen.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Das hat der Weiland besonders bewiesen!)

Ich denke schon, wenn wir uns einmal in der fachlichen Diskussion befinden, es einmal gut sein muss.

Frau Ministerpräsidentin, jetzt befinden wir uns bei der Frage, dass Sie zum 19. März 86 Millionen Euro haben wollen, obwohl ein relativ niedriger Eurobetrag zum 1. April notwendig ist. Jetzt frage ich mich, wenn Sie jetzt noch nichts Sicheres sagen können – Sie sagen, wir können das nicht sicher sagen –, dann ist es mir lieber, dass Sie auf Sicht fahren Schritt für Schritt, es dann aber gründlich machen, und wir dann, je nachdem, wie es

notwendig ist, darüber entscheiden, wenn Sie uns sagen können, ob es jetzt EU-rechtskonform ist, ja oder nein, und dann über alles Weitere entscheiden.

Nur wollen Sie von uns einen Blankoscheck für etwas haben, von dem Sie noch nicht wissen, ob es in Ordnung ist. Sie haben nicht überlegt, ob es vielleicht andere Wege gibt, bei denen die Opposition zustimmen könnte.

(Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

– Frau Schleicher-Rothmund, ich höre Sie. Ich verstehe Sie auch, aber ich teile nicht Ihre Ansicht.

(Ramsauer, SPD: Das müssen Sie auch nicht! – Fuhr, SPD: So geht es uns mit Ihnen!)

Auch das gehört zur Demokratie.

Ich weiß, was Ermächtigungen sind. Wir setzen uns damit auseinander. Deshalb schlage ich vor, lassen Sie uns eine Überlegung anstellen – wir werden noch darüber im Haushalts- und Finanzausschuss diskutieren –: Wie können wir gewährleisten, dass wir nicht am 19. März durch eine verkürzte Beratung einem Sachverhalt zustimmen sollen, von dem Sie selbst noch nicht wissen, ob er in Ordnung sein wird?

(Pörksen, SPD: Sie wollen es doch gar nicht verstehen!)

Der nächste Punkt ist, Sie können sehr wohl, so wie das Hessen und andere in ähnlichen Fragestellungen gemacht haben, Ihr Konzept schriftlich in Brüssel vorlegen. Das kann man. Man wird dafür nicht gescholten. Man bekommt dafür keine Minuspunkte, im Gegenteil. Man kann in Brüssel schriftlich ein Konzept vorlegen, und Brüssel weigert sich nicht, diese Vorlage zu beurteilen.

Das müssten Sie uns dann schriftlich geben, dass sich die EU-Kommission weigert, weil wir etwas anderes dazu gehört haben.

Deshalb lieber gründlich über die Tranchen reden. Ich finde, wir sollten nicht den Fehler begehen – da schaue ich jetzt zu den Kollegen von Rot-Grün –, mit Verve und ohne Hinterfragung all das gut zu finden, was von der Regierung vorgeschlagen wird, und wenn wir als Parlament Fragen haben, weil wir als Parlament der Haushaltsgesetzgeber sind, dann in einer Fundamentalopposition die Opposition letztlich zu bezichtigen, sie würde sich nicht beteiligen. Das ist kein guter Stil.

(Beifall der CDU)

Ich wünsche, dass Sie auch einmal anerkennen – auch das will ich sagen –, dass wir im entsprechenden Gremium einmütig befunden haben, dass wir einer verkürzten Beratung zustimmen; denn hätten wir eine normale Beratungsdauer, dann hätten wir den Nachtragshaushalt erst nach Ostern verabschiedet.

Nur, es brennt auf dem Hahn. Ich frage mich dann wiederum, wenn es so brennt und der 1. April so entscheidend ist, wieso die Landesregierung nicht vorher auf

diese Idee gekommen ist. Sie hatten so lange Zeit. Dann hätten Sie die Fragen, die Sie jetzt aufgrund der Zeit nicht klären können, mit der EU geklärt haben können. Dann hätten wir es viel einfacher gehabt.

Jetzt fordern Sie von uns einen Sprung, den Sie selbst nicht bereit waren, vorher zu machen. Das ist die Grundlage.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Soweit ich sehe, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068 – an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Einbeziehung der Mitglieder des Innenausschusses, des Ausschusses für Integration, Familie, Kinder und Jugend, des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sowie des Wirtschaftsausschusses zu überweisen. Wenn dem so zugestimmt wird, dann ist es so beschlossen. – Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

Ich darf mich bei Ihnen für die Debatte heute bedanken und lade Sie ein zur Sitzung morgen um 09:30 Uhr. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 17:49 Uhr.